



Republik und Socialismus.

Von
Jean Jaurès.
(Paris.)

Es sind nahezu elf Jahre verflossen, seit die deutsche Socialdemokratie ihr Programm schuf; der Programmwurf, der in Erfurt angenommen werden sollte, wurde damals Engels, dem überlebenden Freunde von Marx, vorgelegt. Engels machte gewichtige Einwendungen gegen den politischen Teil dieses Programms. Er fand ihn furchtsam, zerfahren und unwirksam. Man spricht von directem allgemeinem Wahlrecht, sagte er, von Referendum und Volksinitiative. Aber wozu kann das alles nützen, solange die Verfassung des Reiches selbst absolutistisch ist und solange Deutschland, zersplittert in kleine Staaten, wo der Wille der Fürsten herrscht, dem Volkswillen kein freies und einiges Feld bietet? Wie kann man mit solch einer politischen Constitution auf einen regelrechten und ruhigen Uebergang vom Capitalismus zum Socialismus hoffen? Ich citiere hier wörtlich aus dem Briefe von Engels, der in den Papieren Liebknechts gefunden und von Kautsky in der Neuen Zeit veröffentlicht wurde:

„Man redet sich und der Partei vor, ‚die heutige Gesellschaft wachse in den Socialismus hinein‘, ohne sich zu fragen, ob sie nicht damit ebenso notwendig aus ihrer alten Gesellschaftsverfassung hinauswachse; diese alte Hülle ebenso gewaltsam sprengen müsse, wie der Krebs die seine, als ob sie in Deutschland nicht ausserdem die Fesseln der noch halb absolutistischen und obendrein namenlos verworrenen politischen Ordnung zu sprengen habe. Man kann sich vorstellen, die alte Gesellschaft könne friedlich in die neue hineinwachsen in Ländern, wo die Volksvertretung alle Macht in sich concentrirt, wo man verfassungsmässig thun kann, was man will, sobald man die Majorität des Volkes hinter sich hat; in demokratischen Republiken, wie Frankreich und America, in Monarchieen, wie England, wo die bevorstehende Abkaufung der Dynastie tagtäglich in der Presse besprochen wird und wo diese Dynastie gegen den Volkswillen ohnmächtig ist. Aber in Deutsch-

land, wo die Regierung fast allmächtig und der Reichstag und alle anderen Vertretungskörper ohne wirkliche Macht, in Deutschland so etwas proclamieren, und noch dazu ohne Not, heisst das Feigenblatt dem Absolutismus abnehmen und sich selbst vor die Blöße binden. . . . Wenn etwas feststeht, so ist es dies, dass unsere Partei und die Arbeiterklasse nur zur Herrschaft kommen kann unter der Form der demokratischen Republik. Diese ist sogar die spezifische Form für die Dictatur des Proletariats, wie schon die grosse französische Revolution gezeigt hat. Es ist doch undenkbar, dass unsere besten Leute unter einem Kaiser Minister werden sollten, wie Miquel.“

Aus diesen bemerkenswerten Worten von Engels will ich heute nur zwei Punkte herausgreifen.

Zunächst ist die demokratische Republik für den berühmten Freund von Marx nicht, wie bei uns angebliche Marxkener behaupten, eine rein bürgerliche Staatsform, die das Proletariat so wenig, wie jede andere Regierungsform, angeht. Die Republik ist vielmehr nach Engels die politische Form des Socialismus: sie kündigt ihn an, sie bereitet ihn vor, sie enthält ihn schon zum Teil, weil nur sie ihn ohne Bruch der Entwicklung herbeiführen kann.

Wir waren es also, die den wahren Gedanken von Marx treu waren, als wir in der Krisis der französischen Freiheiten die Republik gegen alle ihre Feinde verteidigten. Und diejenigen, die unter dem Vorwand der Revolution und der doctrinären Reinheit armseligerweise zur politischen Abstinenz ihre Zuflucht nahmen, sind den socialistischen Gedanken untreu geworden; nicht minder auch der revolutionären Tradition des französischen Proletariats. Engels spricht von der Republik von 1793, jener Revolution, die einige französische Socialisten als eine ausschliesslich bürgerliche bezeichnen, die aber einen Augenblick, wie Engels sagt, das Instrument in der Hand der Dictatur des Proletariats war. Als ich mit Gabriel Deville in den Archiven nach Documenten über die Revolution suchte, las ich mit freudiger Erregung folgendes Fragment eines Tagebuches von Babeuf. Babeuf beglückwünscht sich, die Revolution und die Republik verteidigt zu haben, selbst als sie sich in den Händen der Volksfeinde befanden. Er beglückwünscht sich dazu, die Republik gerettet zu haben, selbst auf die Gefahr hin, die unwürdigen Männer, die sie vertreten, mit gerettet zu haben. „Ja,“ sagt er, „wenn die Royalisten am 13. Vendémiaire nicht triumphiert haben, so deshalb, weil die Demokraten in dieser grossen Gefahr der öffentlichen Freiheit fühlten, dass sie um einer Verfolger retten mussten, die so oft die Freiheit verraten hatten, deren Tod aber doch den Untergang der Freiheit bedeutet hätte.“

Wunderbare Worte, die gegen den Genossen Vaillant schreien! Sie lassen nichts von den Vorwänden bestehen, mit denen er seine politische Abstinenz und seine Balancierpolitik in den Tagen der republicanischen Gefahr, in der boulangistischen und in der

nationalistischen Krisis decken wollte. Er eignet sich einen ihm nicht zustehenden Namen an, wenn er sich für einen Anhänger des Babouvismus ausgiebt, wir waren es, die in jenen sorgenvollen Tagen dem revolutionären Communismus Frankreichs treu blieben.

Die Worte Engels' zeigen uns auch, wieweit sich die deutschen Socialisten mit den Mitteln zur Verwirklichung des Communismus beschäftigten. Engels bedauert leidenschaftlich, dass es keine deutsche Republik giebt. Und er lässt durchblicken, dass, so sehr es ihm auch widerstrebt, socialistische Minister unter einem Kaiser zu sehen, es ihm doch natürlich scheinen würde, wenn sie sich an der Regierung einer demokratischen Republik beteiligten, die dem Socialismus zustrebt. Wie die mitgetheilten Fragmente ergeben, ging Liebknecht noch weiter, da er die Teilnahme der Socialisten an der Regierung selbst unter einer monarchischen Verfassung voraussah; wie es aber auch immer mit der vollkommen secundären Ministerfrage gewesen sein mag, das Problem, das ihnen allen unter den Nägeln brannte, war dieses: Wie wird sich der Uebergang von der bürgerlichen zur communistischen Gesellschaft vollziehen? Auf welchem Wege? Durch welche Entwicklung? Das ist das Problem, das, wie ich zu sagen wage, unsern Gedanken stets beherrscht. Der theoretischen und praktischen Lösung dieses Problems haben wir ohne Rückhalt unsere ganze Denk- und Thatkraft gewidmet.

Einen Augenblick, im Ueberschwang des grossen socialistischen Sieges von 1893, im gerechten Stolz auf den wachsenden Einfluss unserer Partei glaubte ich den endlichen Sieg näher, als er war. Wie oft bedeutete mir der Genosse Vaillant, ich möchte mich doch nicht so gefährlichen Illusionen hingeben! Wie oft hat er uns vor den von Guesde beliebten Prophezeiungen auf einen baldigen Termin und vor der mystischen Aussicht auf befreiende Katastrophen gewarnt! Aber selbst in dieser Periode der begeisterten Hoffnung auf schnelle Verwirklichung des Endziels habe ich nie das Reformwerk vernachlässigt, war ich stets bemüht, unseren Reformplänen eine socialistische Richtung zu geben. Nie habe ich hierin nur Palliativmittel für das gegenwärtige Elend, sondern einen Anfang socialistischer Organisation gesehen: Keime des Communismus, die auf dem capitalistischen Boden ausgesät wurden. Als ich die in den Cahiers der revolutionären Bauern von 1789 niedergelegten Ideen wieder aufgriff und verlangte, der Staat solle durch ein Getreideeinfuhrmonopol sich auf die Institution einer öffentlichen Volksverpflegung vorbereiten, die von Arbeiter- und Bauerngenossenschaften im Verein mit dem Volke selbst geleitet werden sollten; als ich in der Zuckerdebatte die Verstaatlichung der Raffinerieen und Fabriken forderte, die unter der Verwaltung und Controle der Nation durch die organisierte Arbeiterclassen betrieben werden sollten — wegen des Rübenankaufs sollten sie sich mit ländlichen Productivassocationen und mit ländlichen Arbeitern, denen ein Minimallohn garantiert war, in Verbindung setzen —; als ich die Aufhebung des Privatbesitzes an Bergwerken forderte, deren

Leitung einem aus Vertretern des Staates, der gesamten Arbeiterclassen und der Bergarbeiter zusammengesetzten Arbeitsrat unterstellt werden sollte, war ich nicht nur auf die Beschränkung der Capitalmacht und auf die Verbesserung der Lage des Proletariats bedacht: ich wollte hauptsächlich in die heutige Gesellschaft neue, zugleich staatliche und genossenschaftliche, communistische und proletarische Formen des Eigentums einführen, die allmählich den Rahmen des Capitalismus sprengen sollten. Aus dieser Anschauung heraus widersetzte ich mich entschieden den Freunden von Guesde, als sie bei der Gründung der Arbeiterglashütte, in den vorbereitenden Versammlungen zu Paris, diese Glashütte nur zu einer „Glashütte für die Glasarbeiter“, zu einer von Arbeitern ausgeführten Nachahmung der capitalistischen Glashütte machen wollten. Mit all meinen Kräften unterstützte ich diejenigen, die daraus das Gemeineigentum aller Arbeiterorganisationen schaffen wollten und geschaffen haben, den Typus des Eigentums, der sich dem proletarischen Communismus in der heutigen Gesellschaft am meisten nähert. Ich wurde also stets von dem geleitet, was Marx so vortrefflich die revolutionäre Evolution nennt. Diese besteht meiner Meinung nach darin, in die heutige Gesellschaft Eigentumsformen einzuführen, die ihr widersprechen und über ihren Rahmen hinausgehen, die die neue Gesellschaft ankündigen und vorbereiten und durch ihre organische Kraft die Auflösung der alten Welt beschleunigen. Die Reformen sind in meinen Augen nicht nur Linderungsmittel, sie sind und sollen sein Vorbereitungen.

Das ist der Gedanke, der mich seit dem Beginn des Kampfes beseelt hat. Das ist die Methode der Verwirklichung des Socialismus, die ich fünf Jahre parlamentarischen Lebens, die nichts als eine Kette von Arbeit und Kampf waren, angewandt habe. Und da man mich zwingt, von mir zu sprechen, und mich nötigt, den Teil des Volksvertrauens zu verteidigen, den ich mir zu gunsten der Revolution erobert habe und mir erhalten will, so sage ich ganz offen, dass ich dieser Methode vollkommen treu geblieben bin.

Vor vier Jahren habe ich an dem abscheulichen Aufwallen der Dummheit und der Barbarei, an der traurigen Verkümmern des Willens und Gewissens gesehen, dass das Hindrängen und Hinstreben zum Socialismus nicht genügt, dass vielmehr die erschütterte republicanische Freiheit gefestigt werden müsse. Wenn der Bergmann, der mit seinem Pickel einen Steinkohlenblock nach dem andern löst, plötzlich bemerkt, dass die Galerie und die Stützen wanken, dass die Decke sich senkt, so legt er für einen Augenblick die Haue bei Seite und befestigt erst wieder die Stützen. Heisst das nun, dass er seine Arbeit eingestellt und sein starkes Handwerkszeug hat liegen lassen? Nein, im Gegenteil, er hat den Fortgang und den Erfolg seiner Arbeit gesichert. In Lille, Roubaix, Paris, Carmaux, Rive de Gier habe ich gesehen, dass die capitalistische Macht noch grösser und widerstandsfähiger ist, als Guesde uns gesagt hatte. Und ich habe eingesehen, dass wir andauernder

und bedeutender Anstrengung und einer langen Reihe von Thaten bedürfen, um die schlimmsten Vorurteile zu entwaffnen und die Gewissen zu wecken. Es schien mir nicht ohne Bedeutung für die Bekämpfung eines Teils der feindseligen Vorurteile, dass die bürgerliche Gesellschaft selbst in einer Stunde der Not gezwungen war, einem Socialisten einen Teil der Macht zu übertragen. Ich glaube, dass dieses Ereignis, was auch kommen mag, und wenn es sich auch niemals wiederholen würde, der Propaganda in nächster Zukunft dienen wird. Trotz schwieriger Umstände glaubte ich, dass es der Mühe wert sei, dieser Combination durch ihre Dauer eine historische Wichtigkeit zu verleihen. Ich meine auch noch, dass es verhängnisvoll sein würde, ihr ein übereiltes Ende zu bereiten.

Aber nicht nur, um mich den principiellen Entscheidungen unserer Congresse zu fügen, sondern mit wohlbedachter persönlicher Ueberzeugung sage ich offen, dass ich es für falsch halten würde, wenn die socialistische Partei sich in der Folgezeit an der Zusammensetzung der Regierung beteiligen würde. Die socialistische Partei muss sich erst selbst Zeit lassen, von einem gewissen Abstand aus die guten und schlechten Wirkungen der Beteiligung zu beurteilen. Sie muss die Ereignisse in die rechte Perspective stellen können. Und zunächst muss sie auch ihre ganze Kraft aufsparen, um vor dem Parlament und dem Lande ihr vergrössertes und erneutes Actionsprogramm zu entfalten. Sie wird es mit der grössern Autorität thun, die ihr ihre bestimmende Rolle in grossen Krisen der Freiheit und der Nation verschafft hat. Sie wird es thun vor weniger brutal voreingenommenen und den neuen Freiheiten zugänglicheren Geistern. Sie wird es thun, ohne einen Augenblick auf Teilreformen zu verzichten, die sie von der republicanischen Regierung erlangen kann, ohne das Ministerium, in dem sie nicht vertreten ist, durch eine systematische Opposition zur Unfruchtbarkeit zu verurteilen, aber sie wird es thun mit dem Bestreben, ihr Princip stets mit voller Klarheit hervortreten zu lassen.

Die Stunde ist wirklich gekommen, da auch das Problem des Eigentums vor das Parlament gebracht werden kann und muss, nicht mehr durch einfache theoretische Erklärungen, sondern durch grosse, bestimmte und praktische Pläne, in denen die notwendige und rasche Socialisierung eines grossen Teiles des capitalistischen industriellen und landwirtschaftlichen Besitzes eine bestimmte juristische und ökonomische Form annehmen wird. Die Stunde ist gekommen, die bürgerlichen politischen Parteien nicht nur vor allgemeine Formeln, sondern vor ein tiefes und umfassendes Actionsprogramm zu stellen, das die Frage der Eigentumsordnung aufrollt und wissenschaftlich den socialistischen Gedanken darstellt.

Es ist mein aufrichtiger Stolz, mich für mein Teil als Kämpfer gestern wie heute unverdrossen auf diese grosse Aufgabe vorbereitet zu haben. Ich habe unter den Beschimpfungen wie unter den Beifallszurufen gearbeitet. Und ich habe die feste Ueberzeugung, dass die Frucht dieser Arbeit nicht verloren sein wird.

Staatspflicht und Kampforganisation.

Von

Adolph von Elm.

(Hamburg.)

Die im letzten Jahr in allen grösseren Städten festgestellte grosse Arbeitslosigkeit hat die Frage der Arbeitslosenversicherung einmal wieder zum Gegenstand allgemeiner Erörterungen gemacht. Sowohl im deutschen Reichstage, als auch in der Presse ist über die Pflicht von Reich, Staat und Gemeinde gesprochen worden, zur Linderung der herrschenden Not unverzüglich Massnahmen zu ergreifen. Das praktische Ergebnis ist bedauerlicherweise für die Arbeitslosen kein erfreuliches gewesen. Die Vertreter der herrschenden Classen stehen der gegenwärtigen Krisis rat- und thatlos gegenüber. Es ist wohl gerade nicht immer böser Wille, der sie zu ihrem ablehnenden Verhalten veranlasst. Das Problem der Unterstützung der Arbeitslosen ist in der heutigen capitalistischen Gesellschaft nicht von heute auf morgen zu lösen; ohne eine gründliche Reform an Haupt und Gliedern wird die Lösung nicht möglich sein, und da ist es schon zu verstehen, dass die Verfechter des capitalistischen Systems vor den unangenehmen Thatsachen, wie Vogel Strauss, den Kopf in den Sand stecken.

Das einzig probate Mittel, die Arbeitslosigkeit auf ein normales Mass herabzumindern, ist eine Regelung der Production; diese ernstlich wollen heisst dem heutigen Wirtschaftssystem überhaupt den Krieg erklären; es wäre widernatürlich, dies von den „Stützen der Gesellschaft“ zu erwarten.

Ein Anfang zur Regelung der anarchischen Verhältnisse wäre eine allgemeine, durch Reichsgesetz festgesetzte Verkürzung der Arbeitszeit; der Zeitpunkt, dieselbe zur Vorbeugung der jetzt herrschenden Arbeitslosigkeit vorzunehmen, ist verpasst worden; die Arbeitsdauer musste in der letzten Zeit in vielen Industrien gewaltsam beschränkt werden; ein grosser Teil der noch beschäftigten Arbeiter arbeitet infolge der Geschäftsstockung 2, 3, 4 Stunden täglich weniger, als zur Zeit der Hochconjunctur. Was sollte es deshalb in diesem Moment viel nützen können, wenn auf gesetzlichem Wege die Arbeitszeit verkürzt werden würde? Für die Opfer der bisherigen planlosen Wirtschaft ist es zu spät. Auch Notstandarbeiten lassen sich nicht herzaubern; auch diese wollen in den Gemeinden planmässig vorbereitet sein. Durch Vornahme einiger plötzlich beschlossenen Gemeindearbeiten wird immer nur ein geringer Bruchteil der Arbeitslosen Nutzen haben. Wenn die Gesellschaft auch in diesem Jahrzehnt, seit der letzten Krisis, wieder einmal ihre Pflicht vernachlässigt hat, ist es ganz unmöglich, das bisher Versäumte im Handumdrehen nachzuholen.

Von principiellen Gesichtspuncten aus betrachtet, unterliegt es gar keinem Zweifel: Pflicht der heutigen Gesellschaft ist es unstreitig, die Arbeiter vor den Folgen der capitalistischen Produktionsweise zu schützen. Es ist geradezu grausam und unmenschlich, die Arbeiter für die Sünden der Gesellschaft büssen zu lassen; die Verantwortung für das heutige System trägt die ganze Gesellschaft, die Arbeiter selbst trifft keine Schuld an der allgemeinen Arbeitslosigkeit. Auch wer auf dem Boden der jetzigen Wirtschaftsordnung steht, kann die Pflicht der Gesellschaft nicht bestreiten, für die Arbeitslosen zu sorgen. Erachtet doch der Staat es als seine ganz besondere Aufgabe, das tote Eigentum gegen alle Angriffe mit dem Aufgebot seiner ganzen Machtmittel energisch zu schützen, wie viel mehr müsste er es als seine Pflicht betrachten, das lebendige — und in der Regel einzige — Eigentum des

Arbeiters, die Arbeitskraft, vor vorzeitiger Aufzehrung und Vernichtung zu bewahren¹⁾. Principiell ist es deshalb auch durchaus berechtigt, an den heutigen Staat die Forderung zu stellen, die Arbeitslosen ausreichend zu unterstützen. Es ist daher auch erklärlich, dass eine Anzahl, namentlich radical gesinnter, Arbeiter jahrzehntelang die gewerkschaftliche Arbeitslosenunterstützung förmlich als einen Verrat am Princip betrachtete und sie energisch bekämpfte. Dazu kommt, dass meistens ganz übertriebene Vorstellungen von den Kosten der Arbeitslosenunterstützung in Arbeiterkreisen herrschten und heute zum Teil noch herrschen und man es einfach für unmöglich hielt, dass Arbeiter die erforderlichen Beiträge zur Durchführung der Arbeitslosenunterstützung erschwingen könnten. Erfreulicherweise ist durch die praktische Arbeit auf gewerkschaftlichem Gebiet schon mancher Gewerkschaftsführer aus einem Saulus zu einem Paulus geworden; in den letzten Jahren haben mehrere grosse Centralverbände, so vor allem der Metallarbeiterverband mit einer Mitgliederzahl von über 100 000, die Arbeitslosenunterstützung eingeführt; der Verband der Holzarbeiter mit circa 75 000 Mitgliedern dürfte bald nachfolgen. Wenn daher heute ernstlich wiederum die staatliche Arbeitslosenversicherung in einer Form propagiert wird, durch welche die gewerkschaftliche Arbeitslosenunterstützung völlig illusorisch gemacht werden würde, so dürfte es wohl geboten sein, in den Kreisen der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter sich einmal ernstlich mit dieser Frage zu beschäftigen.

In richtiger Erkenntnis der grossen Bedeutung der Sache hat denn auch die Generalcommission und der Ausschuss der freien Gewerkschaften beschlossen, die Arbeitslosenversicherung auf die Tagesordnung des zum 16. Juni d. J. nach Stuttgart einberufenen Gewerkschaftscongresses zu setzen.

Darüber sind allerdings auch die Befürworter der Pläne der staatlichen — oder sagen wir richtiger — Reichsarbeitslosenversicherung nicht im Zweifel, dass dieselbe in der nächsten Zukunft nicht durchgeführt werden wird und dass, wenn Bundesrat und Reichstag sich wirklich über einen solchen Plan einigen würden, dieser den berechtigten Wünschen der Arbeiter nicht im entferntesten entsprechen dürfte. Es wäre ja auch zu naiv, anzunehmen, im jetzigen Preussen-Deutschland, im heutigen Polizei- und Militairstaat, der bisher noch stets das Bestreben bekundet hat, den Arbeitern das geringe Mass von Freiheiten zu verkümmern, wäre eine Arbeitslosenversicherung auf demokratischer Basis bei voller Selbstverwaltung der Arbeiter denkbar. „Gefahr ist nicht, doch gut ist's, wenn Du wachst“. Obgleich die Möglichkeit der Durchführung einer staatlichen Arbeitslosenversicherung noch in weiter, weiter Ferne liegt, ist es heute doch schon unumgänglich notwendig, sich über die Richtung klar zu werden, nach der gesteuert werden muss.

Einig ist man sich in der socialdemokratischen Partei darüber, dass die Befreiung der Arbeiterclassen in erster Linie (im Programm heisst es sogar nur) das Werk der Arbeiterclassen, einig auch darüber, dass sie nur durch Organisation — politische und gewerkschaftliche — möglich sein wird. In logischer Consequenz dieser allgemein anerkannten Wahrheit dürfte es deshalb wohl geboten sein, alle gesetzgeberischen Vorschläge auch von dem Gesichtspunct aus zu prüfen, ob durch Verwirklichung derselben die Arbeiterorganisationen in ihrer Entwicklung gehemmt oder gefördert werden.

Die Arbeitslosenunterstützung dürfte bisher wohl in keiner Organisation

¹⁾ Ausführlicheres hierüber siehe Herman Greulich: Arbeitslosenunterstützung und Arbeitsnachweis; pag. 198.

lediglich als Selbstzweck — sondern immer nur als Mittel zum Zweck — eingeführt worden sein. Nicht, um der Gesellschaft eine ihr grundsätzlich zukommende Pflicht abzunehmen, sondern zum Zweck der Stärkung der Organisation beschloss man, die arbeitslosen Collegen zu unterstützen. Die Arbeitslosenunterstützung hat sich als das beste Mittel bewährt, die Arbeiter fester an die Gewerkschaft zu ketten, ihnen im täglichen Kampfe um die durch einen Strike errungenen Vorteile den Rücken zu stärken. Nehmen wir z. B. die Durchführung des zwischen Principalen und Gehilfen vereinbarten Tarifes bei den Buchdruckern; es dürfte wohl von keiner Seite bestritten werden, dass ohne Arbeitslosenunterstützung ein solcher Tarif gar nicht aufrecht zu erhalten wäre. Aber, wird man einwenden, was würde denn geändert sein, wenn die arbeitslosen Buchdrucker nicht mehr durch ihre Gewerkschaft, sondern durch den Staat unterstützt werden würden? Sollte es unter uns noch wirklich solche Phantasten geben, die wähnen, dass sich der Staat oder die Gemeinde jemals darauf einlassen würde, strikende oder gemassregelte Arbeiter zu unterstützen? Von dem Moment an, wo das Reich die Arbeitslosen — und, was ja ohne weiteres die Folge sein müsste, auch die Reisenden — unterstützt, wo, um dies praktisch durchzuführen, über das ganze Reich ein Netz eng mit einander verbundener kommunaler Arbeitsnachweise gebildet wäre, sind die Gewerkschaften ganz ausser stande, lediglich zu Strike-zwecken ihre Mitglieder ständig an die Organisation zu fesseln. Strikevereine sind, das lehrt die gewerkschaftliche Praxis, noch niemals von Bestand gewesen — während oder kurz vor einer Lohnbewegung, gewiss, da strömen die Arbeiter in Schaaren in die Organisation; jeder Gewerkschafter aber weiss, welch ein geringer Teil nach dem Strike in ihr verblieb, wenn sie lediglich zum Zweck des Strikes gebildet war. Wer da glaubt, die Arbeiter seien schon so weit gewerkschaftlich und politisch geschult, dass sie ohne genügend wirksame Bindemittel in normalen Zeiten ihrer Organisation treu bleiben würden, kennt dieselben gar zu wenig. Alle bisher gemachten Erfahrungen beweisen das Gegenteil. Die Reichsarbeitslosenversicherung würde die Gewerkschaften der Hauptmittel berauben, die Arbeiter durch Berücksichtigung ihrer materiellen Interessen an die Organisation zu fesseln. Reiseunterstützung zahlen fast alle Gewerkschaften mit nur einzelnen Ausnahmen; es sind mithin bei der Regelung dieser Frage nicht nur diejenigen Gewerkschaften interessiert, die Arbeitslosenunterstützung zahlen. Wird Reiseunterstützung seitens des Reichs gezahlt, was liegt dann näher, als dass auch das Herbergswesen staatlich geregelt wird! Wir würden dann wahrscheinlich recht bald staatliche oder gemeindliche „Herbergen zur Heimat“ haben, in welchen die wandernden Arbeiter von einer hohen Obrigkeit zur „Gottesfurcht und frommen Sitte“ angehalten werden würden.

Ein Mangel an Beamten für die Verwaltung der ganzen Einrichtung würde allerdings nicht im geringsten vorhanden sein; über pensionierte Officiere und Unterofficiere verfügt der Militärstaat in Hülle und Fülle — für die höheren Beamtenstellen würde man die ersteren, für die niederen die letzteren selbstverständlich als in erster Linie qualifiziert erachten. Welch idealer Zustand! Militärischer Drill während der ganzen Lebenszeit; unter der väterlichen Obhut von in der Caserne und im Polizeidienst geschulten, im Bureaokratismus vertrockneten Beamten würden alle deutschen Staatsangehörigen, die in der Wahl ihrer Eltern nicht vorsichtig genug waren, durchs Leben wandeln.

Gewährung eines grösseren Masses von Coalitionsfreiheit — Unsinn — ist doch Graf von Posadowsky schon jetzt der Meinung, die deutschen Arbeiter bedürften der Coalitionsfreiheit wegen des ihnen gewährten Wahlrechtes, wegen der für sie geschaffenen Kranken-, Unfall-, Invaliditäts- und Altersversicherung

überhaupt nicht; käme noch eine Reichsarbeitslosenversicherung hinzu, so würde die Regierung zweifellos allen Ernstes den Standpunct vertreten, für den deutschen Arbeiter sei nun aber so ausreichend in allen Notlagen gesorgt, dass nur gewissenlose Hetzer, die am allerbesten hinter schwedischen Gardinen untergebracht sind, noch das Recht der Bildung und Förderung von „Strikevereinen“ — wie es dann die Gewerkschaften in Wirklichkeit auch nur noch sein würden — beanspruchen könnten.

Ich bin überzeugt, die Befürworter der Reichsarbeitslosenversicherung werden mich der Schwarzmalerei zeihen; sie werden von der ständig fortschreitenden Demokratisierung sprechen und eine solche Entwicklung einfach für ein Ding der Unmöglichkeit erklären. So sehr ich nun überzeugt bin, dass bei ständiger Entwicklung der wirtschaftlichen Organisationen der Arbeiter diese einen gewaltigen Einfluss auf den Ausbau sämtlicher gesellschaftlichen Institutionen in demokratischem Sinne ausüben werden, so unumstösslich fest steht aber auch für mich, dass mit der Schwächung der Arbeitervereinigungen dieser Ausbau ins Stocken geraten wird. Die Demokratie ist eine Pflanze, die zu ihrer kräftigen Entwicklung der belebenden Selbstbethätigung der arbeitenden Classe bedarf; nur durch die Thätigkeit der Arbeiter in von ihnen selbst errichteten und geleiteten Organisationen ist die notwendige Erziehung und Schulung zur Selbstverwaltung, zur Demokratie denkbar. Nimmt man den Organisationen einen Zweig nach dem andern, um die erfreulichen Anfänge demokratischer Selbstverwaltung weiter fördern zu können, so steht zu befürchten, dass die vorhandenen Keime, weil ihnen die Nahrung fehlt, bald erstickt werden. Eine Reichsarbeitslosenversicherung bedeutet eine gewaltige Stärkung der Machtmittel des Staates; wir haben uns bisher gegen das Tabaksmonopol gewehrt, in erster Linie deshalb, weil wir unter den obwaltenden Verhältnissen eine solche Stärkung als eine Gefahr für die demokratische Entwicklung betrachten — in dem Plan einer Verstaatlichung der Arbeitslosenunterstützung liegt wahrlich noch eine weit grössere Gefahr.

Aber selbst, wenn es sich nicht, wie in Deutschland, um einen monarchisch regierten Militär- und Polizeistaat handelte, selbst in demokratischen Ländern hat die Durchführung einer staatlichen Arbeitslosenversicherung grosse Bedenken. Wo immer der Capitalismus herrscht — seien es nun Monarchieen oder Republiken — wird derselbe derartigen Institutionen seinen Stempel aufdrücken. Nehmen wir z. B. die demokratische Schweiz. In Basel, Zürich, St. Gallen, Bern sind ja bereits Versuche mit einer Gemeindearbeitslosenversicherung, sowohl mit der obligatorischen, wie mit der freiwilligen, gemacht. Dieselben sind sämtlich als gescheitert zu betrachten, und die gewerkschaftlichen Organisationen in der Schweiz scheinen von den getroffenen Einrichtungen wenig entzückt gewesen zu sein. Das Berner Reglement schliesst die Arbeitslosenunterstützung aus „bei Entlassung wegen Faulheit, Liederlichkeit, Unverträglichkeit, Ungehorsam und dergl.“ Auch in den übrigen Orten finden wir Bestimmungen, nach welchen auf Arbeitslosenunterstützung kein Anspruch erhoben werden kann: bei freiwilligem Austritt aus einer Stellung, bei Strikes und Entlassungen wegen groben Selbstverschuldens. Wer soll darüber entscheiden? Das Urteil des Arbeiters über die Berechtigung der Entlassung wird mit dem des Arbeitgebers äusserst selten übereinstimmen. Ueberträgt man die Entscheidung aus Arbeitgebern und Arbeitnehmern zusammengesetzten Gerichten, so wird die Arbeit kaum zu bewältigen sein, in der Regel werden Zeugen vernommen werden müssen u. s. w. Kurz, auf dem Papier lässt sich ein Plan einer staatlichen Versicherung sehr schön und herrlich ausmalen, in der Praxis gestalten sich die Dinge ganz anders.

Selbst ein wahrlich nicht des Radicalismus verdächtiger Mann, wie

Professor Dr. Georg Schanz, kommt bei Erörterung der praktischen Schwierigkeiten zu folgendem Resultat: „Man sieht, die Unterscheidung von verschuldeter und unverschuldeter Arbeitslosigkeit führt stets in eine bedenkliche Situation. Wendet man sie streng an, so entsteht eine missliche Untersuchung, und man ändert doch nichts an den objectiven Folgen der Arbeitslosigkeit... In manchen Fällen ist überhaupt schwer, das Richtige zu treffen... Denkt man ferner an die schwierigen Fälle der halbgelernten und ungelerten Arbeit, der Zuweisung geringerer, schlechter bezahlter Stellen, unliebsamer Orte und Personen, der Aufforderung zur Uebersiedelung, so bedarf es wohl wenig Phantasie, um sich die Erbitterung vorzustellen, welche die Arbeitslosenversicherung stets erregen wird, wenn der Arbeiter — sei es mit Recht oder Unrecht — der ihm gemachten Zumutung widerspricht, sein Widerspruch als nicht begründet genug zurückgewiesen und ihm die Unterstützung daraufhin versagt wird. Der freie Arbeitsvertrag hat dann tatsächlich für den Arbeitslosen aufgehört.“

Wenn zwei dasselbe thun, ist die Wirkung auf andere nicht immer dieselbe. Auch die Gewerkschaften, welche Arbeitslosenunterstützung zahlen, werden für die Auszahlung derselben ein gewerblich moralisches Verhalten gegenüber dem Arbeitgeber vorschreiben müssen — schon im eigenen Interesse, da, wenn sie bei gröblicher Selbstverschuldung ohne weiteres Unterstützung zahlen wollten, sie zu befürchten hätten, dass die Arbeitgeber die Einstellung ihrer arbeitslosen Mitglieder ablehnen würden. Auch sie werden deshalb manchmal mit Hilfe von aus den Reihen ihrer Mitglieder gebildeten Commissionen eine förmliche Gerichtssitzung mit Zeugenverhör über Arbeitslose abhalten müssen. In vereinzelt Fällen wird, wenn vorherige Ermahnungen und Rügen sich als fruchtlos erwiesen haben, auch auf Aberkennung der Unterstützung für die ganze Dauer der Arbeitslosigkeit oder für eine bestimmte Zeit — je nach der Schwere des Falles — erkannt werden müssen. Ebenfalls werden sie bei consequenter Weigerung lediger Arbeitsloser, in einem andern Ort, wo Vacanzen vorhanden sind, eine Stellung anzunehmen, denselben die Unterstützung entziehen müssen. Die Wirkung eines solchen Verfahrens wird aber eine ganz andere sein, als wenn ein aus Beamten, Arbeitgebern und Arbeitnehmern gebildetes Gericht sein Urteil fällt. Bei einer von seinen eigenen organisierten Berufsgenossen gefällten Entscheidung wird dem Betreffenden begreiflich gemacht werden, dass dieselbe im Interesse der Gewerkschaft, um ihr Ansehen zu wahren, notwendig war — er wird sich ihr in der Regel ohne besondere Bitterkeit fügen. Hat der Arbeitslose die Empfindung nicht, dass, obgleich er persönlich darunter leiden muss, dennoch das Allgemeininteresse durch die Entziehung der Unterstützung gefördert wird, so wirkt letztere demoralisierend, während sie im andern Falle eine erzieherische Wirkung ausübt. Und das dürfte von grösserem Wert sein, als die Ersparung von Unterstützungsgeldern; die Arbeiterclasse auf das sittliche Niveau der Selbstverantwortlichkeit zu heben, muss eines der Hauptzwecke aller Arbeiterfürsorge sein. Von diesem Gesichtspunct aus muss auch der Vorschlag des Professors Dr. Georg Schanz entschieden bekämpft werden, zum Zweck der Arbeitslosenversicherung den individuellen Sparzwang für alle Arbeiter einzuführen. Es würde dadurch der Sinn für die gemeinsamen Interessen erstickt werden; wer den Fortschritt und die Cultur fördern will, muss an einem derartigen Unterfangen jegliche Mitwirkung grundsätzlich ablehnen.

Ausserdem dürfte für die Arbeitslosen der individuelle Sparzwang auch wenig nutzbringend sein; wer die Dinge aus eigener praktischer Erfahrung kennt, weiss, dass unter ganz normalen Verhältnissen ein Teil der Arbeitslosen

recht häufig ohne irgend ein eigenes Verschulden arbeitslos geworden ist; es mögen die fleissigsten und solidesten Leute sein, trifft sie das Unglück, nacheinander mehrere Male nur Aushilfsstellen zu bekommen, so entfällt auf sie im Laufe eines Jahres eine Arbeitslosigkeit, die nach Monaten zählt. Mir sind Fälle bekannt, wo sich ein solches Missgeschick bei sehr tüchtigen Arbeitern jahraus, jahrein wiederholte, bis es ihnen endlich einmal glückte, eine Arbeitsstelle von längerer Dauer zu erhalten. Was nützt einem solchen Unglücklichen der individuelle Sparzwang? Trotz desselben würde er in Pauperismus versinken und wahrscheinlich nie wieder dazu kommen, sich emporzuarbeiten. Wenn irgend ein System Erbitterung und heftigste Opposition hervorzurufen geeignet ist, dann ist es der individuelle Sparzwang.

Wollen Staat und Gemeinde den Arbeitslosen gegenüber ihre Pflicht erfüllen, dann giebt es dazu nur ein einziges Mittel, bei dessen Anwendung alle vorerwähnten Nachteile und Mängel ausgeschlossen sind: man betrachte die Gewerkschaften von vornherein als die einzig qualifizierten Träger der Versicherung und weise ihnen aus Staats- und Gemeindemitteln Gelder zur Unterstützung der Arbeitslosen zu und verpflichte eventuell durch Reichsgesetz die Arbeitgeber ihrerseits zu einer je nach der Zahl der von ihnen beschäftigten Arbeiter festgesetzten Beisteuer an den Staat oder die Gemeinde.

Ich bin überzeugt, man wird mir entgegenhalten: das werden wir nie erreichen. Es fällt auch mir natürlich nicht ein, zu glauben, die heutigen Regierungs- oder Gemeindevertreter, denen die Wahrung der Besitzinteressen das Allerheiligste ist, würden diesen Plan irgendwelche Sympathie entgegenbringen. Aber mit der Erstarbung der Demokratie und dem Wachstum der Gewerkschaftsbewegung dürfte die Durchführung dieses Vorschlages kaum einem grösseren Widerstand begegnen, als dies bei einer staatlichen oder Gemeindearbeitslosenversicherung der Fall sein wird. Die Durchführung der letzteren beiden Versicherungsarten ist mit so vielen Schwierigkeiten verknüpft, dass, wenn einmal grundsätzlich die Pflicht der Gesellschaft zur Unterstützung der Arbeitslosen anerkannt wird, schon der Einfachheit wegen es leichter fallen dürfte, die Gewährung von Zuschüssen an die Gewerkschaften durchzusetzen, als irgend eine sonstige Versicherungsart.

Ist doch bereits ein Anfang gemacht. Der Gemeinderat von Gent in Belgien hat am 29. October 1900 mit 32 gegen eine Stimme (ein Mitglied enthielt sich der Abstimmung) der Gewährung von Zuschüssen zur Unterstützung der Arbeitslosen durch die Gewerkschaften grundsätzlich seine Zustimmung erteilt und vorläufig zu diesem Zweck die Summe von 10 000 Francs bewilligt. Je nach der Höhe des zur Verfügung stehenden Fonds soll den Gewerkschaften auf je 1 Franc von ihnen zu zahlender Unterstützung pro Tag 50 bis 100 % Zuschuss gewährt werden. Bei Strikes und Aussperrungen wird aus Unparteilichkeitsrücksichten aus diesem Fonds selbstverständlich keine Unterstützung gezahlt. Die Controle der Gewerkschaften soll durch einen Controleur ausgeübt werden, der verpflichtet sein soll, den Mitgliedern der Verwaltungscommission des Fonds, unter der Bedingung der eidlichen Zusage der Geheimhaltung über seine persönlichen Feststellungen aus den Büchern der Fachvereine, auf Wunsch Mitteilungen zu machen.

Die fast einmütige Zustimmung zu diesem Vorschlag — auch seitens der Arbeitgeber in der Commission — wurde allerdings nur dadurch erreicht, dass auch für Nichtfachvereiner die Unterstützung organisiert wurde. Für diese wurde eine auf facultativer Grundlage basierte Sparcasse gebildet; von der Gemeinde soll den Sparern bei Erfüllung sämtlicher von den Fachvereinen

vorgeschriebenen Bedingungen zur Erlangung der Unterstützung der procentual gleich hohe Zuschuss, wie den Fachvereinsmitgliedern, gewährt werden.

Der Versuch soll sich vorläufig nur auf die Dauer von drei Jahren erstrecken, um zu vermeiden, dass etwa sich herausstellende Fehler des Systems ohne weiteres beibehalten werden. Der Verwaltungskommission gehören auch fünf Vertreter der zur Beteiligung an dem Fonds eingetragenen Vereine an.

Die Genter Casse zur Unterstützung der Arbeitslosen hat ihre Thätigkeit am 1. August 1901 begonnen, die Sparcasse ist noch nicht in Action getreten, da selbstverständlich eine Carenzzeit für die freiwillig Sparenden vorgesehen werden musste.

Die Arbeiterschaft Gents ist gewerkschaftlich sehr gut organisiert; mit Einschluss der Auslader und der Heimarbeiter der Confectionsindustrie zählt Gent eine industrielle Arbeiterschaft von 36 500 Personen, von diesen gehören 19 212 den Fachvereinen an, und zwar 10 899 den socialistischen, 3621 den katholischen, 1572 den liberalen, 3120 den parteilosen. Nach dem Bericht von Dr. Louis Varlez, Arbeitscorrespondent in Gent, hatten bis Mitte October v. J. 22 den verschiedenen politischen Richtungen, mit Ausnahme der liberalen, angehörenden Fachvereine, mit 12 492 Mitgliedern, ihre Statuten eintragen lassen, bei 3 weiteren schwebte das Eintragungsverfahren²⁾. Im Monat August v. J. verausgabten die 10 damals angeschlossenen Fachvereine ihrerseits 3903,16 Francs Arbeitslosengelder und erhielten einen Zuschuss von 1229,87 Francs, im September wurden von 13 eingetragenen Vereinen 5579,03 Francs verausgabt; der gewährte Zuschuss betrug 1821,13 Francs.

Die Genter Einrichtung hat bei den Gewerkschaften in Belgien Zustimmung gefunden, in allen grösseren Industrieorten haben die Arbeiter eine lebhaft Agitation für die Einführung der Arbeitslosenversicherung nach dem Genter Muster begonnen; im belgischen Parlament forderte der Premierminister de Smet de Nayer die Gemeinden auf, dem trefflichen Vorgehen der Stadt Gent zu folgen. Die socialistischen Abgeordneten Bertrand und Anseele sprachen ebenfalls ihre Zustimmung aus; von dem socialistischen Abgeordneten Denis wurde beantragt, diese Arbeitslosenversicherung seitens des Staates durch Zuschüsse zu fördern.

Gegen die Einführung des Genter Systems der communalen Arbeitslosenversicherung in Deutschland können mehrere scheinbar berechtigte Einwände gemacht werden.

Zunächst wird jedenfalls die facultative Einrichtung bemängelt werden. Zweifellos hat die Zwangsversicherung vor der freiwilligen den Vorzug, dass durch Beteiligung sämtlicher Arbeiter die erforderlichen Beiträge geringere, als bei einer freiwilligen Versicherung, sein werden; diese Thatsache kann mich jedoch nicht veranlassen, deshalb einer obligatorischen Reichsversicherung zuzustimmen; weit sympathischer ist mir dann noch immer eine obligatorische Verpflichtung für sämtliche Arbeiter und Arbeiterinnen zum Beitritt zu ihren respectiven beruflichen Organisationen.

Auch dass ein grosser Teil der Landarbeiter noch kein Coalitionsrecht besitzt, kann kein Grund sein, die Reichsversicherung zu propagieren; erkämpfen wir denselben zunächst das Coalitionsrecht, dadurch wird ihnen mehr genützt, als wenn ihnen die Zwangsjacke der Reichsversicherung angelegt wird und sie dadurch an dem so notwendigen corporativen Zusammenschluss für lange Zeit gehindert werden.

Der Haupteinwand gegen die gewerkschaftliche Arbeitslosenunterstützung

²⁾ Dr. Louis Varlez: Die Communalversicherung gegen Arbeitslosigkeit in Gent. Archiv für sociale Gesetzgebung und Statistik. VII. Bd., pag. 248 ff.

ist der, dass die dazu erforderlichen Beiträge für eine grosse Zahl von Arbeitern unerschwinglich sein werden.

Es ist nun zunächst nicht recht einzusehen, warum für die Arbeiter die Sachlage günstiger wird, wenn durch das Reich obligatorisch die Arbeitslosenversicherung durchgeführt wird, als wenn bei einem obligatorischen Beitritt zu den Gewerkschaften Reich, Staat und Gemeinde Zuschüsse leisten und eventuell auch die Arbeitgeber zu einer Beisteuer je nach der Zahl der von ihnen beschäftigten Arbeiter gesetzlich verpflichtet werden. Im Gegenteil, die Verwaltungskosten dürften, wenn die Gewerkschaften die Träger der Versicherung sind, weit geringere sein, als bei einer Reichsversicherung. In den Gewerkschaften wird ein gut Teil Verwaltungsarbeit ohne Bezahlung geleistet, und selbst wenn in Deutschland die Arbeitslosenversicherung der Invaliditätsversicherung, wie vorgeschlagen worden ist, angegliedert werden würde, so dürften die Kosten doch erheblich höhere sein, weil sämtliche Verwaltungsarbeiten bezahlt werden müssten.

Im übrigen ist es mir ganz unverständlich, wie jemand auch nur an die Möglichkeit der Durchführung einer Reichsarbeitslosenversicherung glauben kann ohne die ständige Mitwirkung der gewerkschaftlichen Organisationen. Ohne diese Mitarbeit ist nach meinem Dafürhalten ein so kostspieliger Controlapparat erforderlich, dass voraussichtlich in der Praxis daran der ganze Plan scheitern würde. Gibt man aber die Notwendigkeit der Mitarbeit der Gewerkschaften zu, dann ist es doch von vornherein consequenter, dieselben zu Trägern der ganzen Versicherung zu machen.

Die staatliche Arbeitslosenversicherung müsste ausserdem zu einer höchst bedenklichen allgemeinen Schablonisierung führen in Bezug auf die Höhe und Dauer der Unterstützungen, die Carenzzeit und die sonstigen Unterstützungsvorschriften; der Eigenart der verschiedenen Gewerbe könnte, will man nicht eine äusserst complicierte Buchführung einführen und dadurch die Verwaltungskosten ganz enorm steigern, keine Rechnung getragen werden. Erwägen wir das in den Gewerkschaften in England Gewordene, so haben wir ein so buntes Bild vor Augen, dass es ungemein schwierig fallen dürfte, die ganzen Einrichtungen in einer übersichtlichen Tabelle zusammen zu fassen.

Nach einer von mir im Jahre 1898 veröffentlichten umfassenderen Arbeit über die Arbeitslosenunterstützung in den deutschen Gewerkschaften³⁾ sind nachstehende zwei Tabellen ausgearbeitet, zu deren Ergänzung bis auf die neueste Zeit mir momentan das nötige Material und auch die Zeit fehlt, die aber schon für die Einrichtungen in den im Jahre 1896 Arbeitslosenunterstützung zahlenden Centralverbänden eine grosse Mannigfaltigkeit zeigen. Der Bericht der Generalcommission über das Jahr 1900 führt ausser den in diesen Tabellen genannten Gewerkschaften noch die folgenden auf, in welchen jetzt Arbeitslosenunterstützung gezahlt wird: Buchbinder, Buchdruckereihilfsarbeiter, Graveure und Ciseleure, Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter, Handlungsgehilfen, Conditoren, Lithographen und Steindruckere, Metallarbeiter und Schmiede⁴⁾. Immerhin dürften auch die für die Verhältnisse bis 1896 ausgearbeiteten Tabellen zeigen, welche eminenten Schwierigkeiten es bieten würde, die staatliche Arbeitslosenversicherung den beruflichen Bedürfnissen der Arbeiter anzupassen.

Das einzig uns zur Verfügung stehende zuverlässige Material über Arbeitslosenunterstützung ist durch die Praxis der Gewerkschaften gewonnen: daher mag zunächst die tabellarische Uebersicht hier Platz finden.

³⁾ Erforderliche Beitragshöhe zur Arbeitslosenunterstützung. Correspondenzblatt der Generalcommission der Gewerkschaften Deutschlands, 1898, No. 30–31.

⁴⁾ Vergl. Correspondenzblatt, 1901, No. 34.

Die Gewerkschaft zahlt Arbeitslosenunterstützung.

Name der Organisation	Mitglieder im Jahre 1896	bei einer Carenzzeit von ... Wochen	nach einer Wartezeit von ... Tagen	bis zu ... Tagen	Für die betreff. Anspruchszeit kommt in Betracht Bruchteil der durchschnittl. Mitgliederzahl, welcher bei Berechnung der Verhältniszahlen in Ansatz gebracht worden ist.	pro Tag	Per Woche entfällt auf den Kopf Prämie in Pfg.	gezahlt seit Jahren	
Bildhauer . . .	3 260	52	8	70		1,00	17 $\frac{1}{2}$	3	
Brauer	8 028	{ 26 52	14	40 45	$\frac{1}{8}$ $\frac{7}{8}$	0,50 1,00	a)	1 $\frac{1}{6}$	4
Buchdrucker . .	21 002	{ 100 150 750	—	70 140 280	$\frac{1}{16}$ $\frac{7}{16}$ $\frac{1}{2}$	1,00 1,00 1,00		10 $\frac{1}{2}$	17
Cigarrensortierer	650	{ 26 39 52	—	28 56 56	Beitragsjahre \times 4 — unterstützte Wochen $\frac{1}{12}$ $\frac{11}{12}$	p. Woche 6,00 bis zu 9,00 u. 0,50		8	5
Former	3 035	52	14	56	—	0,50 b)		$\frac{1}{3}$	3
Glasarbeiter . .	2 292	26	14	70	—	0,75 c) 1,00 d) 1,50 e)		5	5
Glaser	1 212	26	—	21	—	1,00		1 $\frac{1}{2}$	5
Handschuhmach.	2 983	{ 52 104	7	56 56	$\frac{1}{7}$ $\frac{6}{7}$	0,75 f) 1,00 g)		16	5
Hutmacher . . .	3 353	{ 52 52	—	I. Cl. { 70 60 II. Cl. { 70 60	— — —	1,16 h) 1,35 0,60 i) 0,70		15 $\frac{1}{2}$	5
Kupferschmiede .	3 199	52	6	78	—	1,25 k) 0,57 1,15		4 $\frac{2}{3}$	5
Porcellanarbeiter	8 109	52	—	91	—	1,43 1,71 2,14	l)	8	4

Bemerkungen: a) Krankheit = Arbeitslosigkeit. b) Weitere Unterstützung nach 26 Wochen. c) Bei 10–15 Pfg. Wochenbeitrag. d) Bei 20 Pfg. Wochenbeitrag. e) Bei 30 Pfg. Wochenbeitrag. f) Bei langer Arbeitslosigkeit vom 1. Tage an. g) Nach 8 Wochen erst wieder, nachdem 26 Wochen beigesteuert ist. h) Oder auf Reisen 70 Pfg. pro Tag, 120 Tage lang. i) Infolge Strikes bis 10 Mk. per Woche, für 1 Kind 1 Mk. per Woche, weibliche Mitglieder 6 Mk. per Woche bei 10 Pfg. Beitrag. k) Nach Zahlung von 135 Mk. beginnt eine neue Carenzpflicht von 52 Wochen. l) Reise- und Arbeitslosenunterstützung zusammen. Beiträge pro Woche resp. 10 Pfg., 20 Pfg., 25 Pfg., 30 Pfg., 35 Pfg.

Die Cigarrensortierer haben im letzten Jahr ihre Arbeitslosenunterstützung wesentlich erhöht, dasselbe geschah von den Buchdruckern im Jahre 1899⁵⁾. Die Ausgaben der letzteren Gewerkschaft bieten zu einer durchschnittlichen Berechnung die beste Grundlage, weil in derselben circa 75 % der Berufsangehörigen organisiert sind. Von der in nebenstehender Tabelle gegebenen Durchschnittsberechnung für 17 Jahre weichen die Jahre 1897, 1898, 1899 nicht wesentlich ab; in diesen 3 Jahren wurde bei einer durchschnittlichen Mitgliederzahl von 24 410 433 673 Mark pro Jahr verausgabt — das macht pro Mitglied und Woche 11 $\frac{1}{2}$ Pfennig. Im Jahre 1900, in welchem die bedeutenden Mehrleistungen der Gewerkschaft voll zum Ausdruck kommen,

⁵⁾ Vergl. Fanny Imle: Die Arbeitslosenunterstützung in den deutschen Gewerkschaften. Socialistische Monatshefte, 1902, I. Bd., No. 2, pag. 142.

Verhältniszahlen für nebenstehende Tabelle.

Name der Organisation	Durchschnittliche jährliche Mitgliederzahl	Prämien	Zahlung pro Tag	Anzahl der versicherten Tage	Der Tag, mit dem die Auszahlung beginnt	Carenzzeit
Bildhauer	3 092	541,100	3 092,00	216 440	24 736	160 784
Brauer	5 811	67,795	{ 1 452,75 2 905,50	29 140 228 825	81 354	151 086
Buchdrucker . . .	13 441	1 411,305	13 441,00	{ 58 810 823 340 1 881 600		1 344 000
Cigarrensortierer .	578	46,240	578,00	{ 1 344 29 680		15 028
Former	2 617	8,723	1 308,50	146 552	36 638	136 084
Glasarbeiter	2 242	112,100	{ 560,25 747,00 1 120,50	156 940	31 388	58 292
Glaser	1 355	20,325	1 355,00	28 455		35 230
Handschuhmacher .	2 539	406,240	{ 951,75 1 269,00 808,52	142 184	17 773	132 028
Hutmacher	2 788	432,140	{ 940,95 418,20 487,90	167 280		144 976
Kupferschmiede . .	2 869	133,886	{ 356,25 790,02 1 593,90	223 782	17 214	149 188
Porcellanarbeiter .	6 931	554,480	{ 1 981,98 2 370,06 2 966,04	630 721		360 412
	44 263	3734,334	44 725,07	4 765 083	209 103	2 687 108
Im Durchschnitt		8,43 Pfg.	1,014 Mk.	107,65 Tage	4,72 Tage	60,78 W.

wurden jedoch bei 28 838 Mitgliedern 267 136 Mark an Arbeitslosenunterstützung verausgabt oder $17\frac{1}{3}$ Pfennig pro Mitglied und Woche. Während bis 1899 die Arbeitslosenunterstützung nur 1 Mark pro Tag betrug, wird jetzt jedoch auch 1,25 resp. 1,50 Mark (8,75 resp. 10,50 Mark pro Woche) bezahlt; auch beträgt die Carenzzeit jetzt für reisende Arbeitslose nur noch 6 Wochen; für Arbeitslose am Ort nur noch 75 Wochen.

Nach der obigen Durchschnittsrechnung für sämtliche Gewerkschaften war für die Zahlung von 1 Mark Unterstützung pro Tag ein Beitrag von $8\frac{1}{2}$ Pfennig pro Woche und Mitglied (die Verwaltungskosten nicht mit gerechnet) erforderlich. Wenn nun auch anzunehmen ist, dass die jetzige grosse Arbeitslosigkeit auch die allgemeine Durchschnittsrechnung ungünstiger gestalten wird, so dürften doch die übertriebenen Vorstellungen von den erforderlichen, nicht aufzubringenden Beiträgen durch die bisherigen tatsächlichen Feststellungen gründlich widerlegt sein. Werden Reich, Staat, Gemeinde und Arbeitgeber ebenfalls zur Deckung der Kosten der Arbeitslosenunterstützung herangezogen, so dürfte auch in denjenigen Gewerben, in welchen zur Zeit die Organisationen wegen der in denselben obwaltenden besonders schwierigen Verhältnisse vor einer Einführung der Arbeitslosenunterstützung noch zurückschrecken, dieselbe auf einer sicheren Basis durchzuführen möglich sein.

Mit diesen Erwägungen ist der vorliegende Gegenstand keineswegs erschöpfend behandelt; es lag mir vor allem daran, noch rechtzeitig vor dem Gewerkschaftscongress diese Sache in den Kreisen der organisierten Arbeiter ihrer principiellen Tragweite nach erörtert zu sehen; birgt doch jede Neigung, schwierige socialökonomische Probleme durch staatsocialistische Experimente lösen zu wollen, für die Massen eine gewisse Gefahr in sich, die Hilfe jenseit der eigenen Machtsphäre zu suchen.

Eines aber thut heut vor allem not: dass sich beim Aufrollen derartiger Fragen von höchster wirtschaftspolitischer Bedeutung die organisierten Proletarier und ihre verantwortlichen Führer nicht beeinflussen und lahm legen lassen in dem rastlosen und consequenten Auf- und Ausbau ihrer eigenen Machtmittel. Wenn irgendwo, heisst's hier: Stillstand ist Rückschritt!

Auf allen Gewerkschaftscongressen und Verbandstagen der letzten Jahre fanden diejenigen Resolutionen mit stetig steigender Stimmenzahl Annahme, welche sich „im Princip“ für die Notwendigkeit der Arbeitslosenunterstützung durch die Gewerkschaften erklärten. Das alte Schreckbild, dass durch die bei Einführung der Arbeitslosenunterstützung notwendig werdende Erhöhung der Beiträge grössere Massen von Mitgliedern der Organisation den Rücken kehren würden, hat, durch Thatsachen widerlegt, seine Wirkung mehr und mehr verloren. Den schlagenden Beweis hierfür bietet wohl die Gestaltung der Zahlenverhältnisse in der Metallarbeiterorganisation.

Der Beitrag der Metallarbeiter für ihre Gewerkschaft betrug im Jahre 1898 vor Einführung der Arbeitslosenunterstützung 20 Pfennig pro Woche, vom 1. Juli 1899 ab 30 Pfennig pro Woche; die Auszahlung der Unterstützung erfolgte erst nach Ansammlung des nötigen Reservefonds vom 1. Juli 1900 ab. Im Jahre 1898 betrug die Mitgliederzahl 75 431, im Jahre 1899 85 013, im Jahre 1900 100 762. In diesem Jahre verausgabte die Organisation für ihre Strikenden und Gemassregelten 349 775, für Reiseunterstützung 69 191, für Arbeitslosenunterstützung 50 577 Mark.

Man kann durchdrungen sein von der Ueberzeugung, dass der Staat über kurz oder lang gezwungen sein wird, nicht nur aus humanitären Gründen, sondern aus Selbsterhaltungspflicht dem Versinken immer grösserer Schichten des Volkes in Pauperismus zu steuern durch Zuschüsse zu den in den Gewerkschaften organisierten Arbeitslosenversicherungscassen, namentlich bei denjenigen Berufen, welche durch ungünstige wechselnde Erwerbsverhältnisse auf besonders niedriger Stufe der Lebenshaltung stehen. In der Natur der Sache aber liegt es, dass ein solcher Versicherungsschutz gegen die gemeinschädlichen Auswüchse und notwendigen Begleiterscheinungen der capitalistischen Productionsform eine Umgestaltung oder gar eine Beseitigung derselben herbeizuführen absolut ungeeignet ist, was ja schon durch Ausserkrafsetzung der Unterstützung bei Strikes und Aussperrungen dargethan ist.

Zur Erfüllung ihrer culturellen Riesenaufgabe bedürfen also die Gewerkschaftsorganisationen auch nach Gewährung einer solchen staatlichen Beihilfe in erster Linie des Zusammenschlusses aller Angehörigen ihres Berufes, und um diesen Zusammenschluss zu beschleunigen und das Verbleiben der Massen in der Organisation zu sichern, giebt es nach allen Erfahrungen mühseligster Organisationsarbeit kein wirksameres Mittel, als die mit dem Arbeitsnachweis organisch verbundene Arbeitslosenunterstützung durch die Organisationen.

Weist man Staat und Gesellschaft die Pflicht zu, die Opfer ihrer Welt-einrichtung gegen die schädigenden Wirkungen derselben zu versichern, so sollen sich die Gewerkschaften um keinen Preis die wirksamste Waffe im unvermeidlichen Kampfe um die materiellen und geistigen Interessen der Arbeiterschaft aus den Händen winden lassen.

Historisches und Theoretisches zur socialdemokratischen Revisionsbewegung.

Von

Paul Kampffmeyer.

(Frankfurt a. M.)

Das zehnte Tausend der Bernsteinschen Voraussetzungen ist erschienen. Dieses zehnte Tausend veranlasst Kautsky zu einem Rückblick auf die revisionistische Bewegung der „Bernsteinianer“. In einem Artikel, überschrieben: Der Rückzug der Zehntausend, meint er: „Die Anabasis ist zu Ende, die Katabasis beginnt.“

Es ist richtig, die „Bernsteinianer“ haben sich in letzter Zeit ruhig verhalten — ruhig nicht etwa, weil sie nichts mehr zu sagen wussten, sondern weil sie, des Wortstreites müde, zu Thaten ausgriffen. Sie verstanden die ernste Mahnung der Genossen: Wirkt euch aus, handelt, und sie sprachen zu sich selbst: Im Anfang war die That. Bernstein ging unter die Parlamentarier, Elm wirkt in noch verstärkterem Masse als bisher in der Gewerkschafts- und Genossenschaftsbewegung, David tummelt sein Streitrösslein unermüdlich in der hessischen Kammer und vollendet sein grosses Agrarwerk.

Mit einer anspruchslosen Vorrede hat Bernstein das zehnte Tausend in die Welt gesandt. Ein tiefer Friede liegt über dieser Vorrede. Bernstein ist kein neuer Rufer im Streit, er führt seine Zehntausend in keinen frisch-fröhlichen Principienkampf. Er legt uns gelassen sein Buch zur eingehenden sachlichen Prüfung vor. Und diese Stimmung scheint uns die rechte zu sein. In der Siedehitze einer kampfeslustigen Volksversammlung gedeiht die wissenschaftliche Beweisführung nicht. Die Volksversammlung freut sich des erregten, rechtshaberischen Wortgefechts. Hier aber muss es bei dem ernstesten wissenschaftlichen Suchen nach Wahrheit still in uns sein. Weit aus dem trüben Dunstkreis einer fanatischen Rechthaberei haben wir zu rücken.

Der Revisionismus in der Socialdemokratie reicht weit hinter Bernstein zurück. Er knüpft vor allem an zwei Bewegungen an: an die Vollmar-Bewegung und an die Bewegung der „Jungen“. Vollmar scheint uns zuerst consequent mit der Katastrophentheorie zu brechen. Der Capitalismus und der Socialismus sind für ihn keine völlig unvermittelten Gegensätze. Der Capitalismus wird bei ihm nicht durch den unüberbrückbaren Gegensatz zwischen den Productivkräften und den Productionsverhältnissen gesprengt. Man vergesse nicht, dass nach Marx und seinen wirklichen treuen Anhängern die Entwicklung der Widersprüche einer Productionsform der einzige geschichtliche Weg ihrer Auflösung und Neugestaltung ist. Ein dialektisches Gesetz waltet in den geschichtlichen Processen. Ein Umschlagen der Extreme in ihr Gegenteil zeigt sich bei den auf Gegensätzen basierenden Productionsverhältnissen. Eine eifrige Schülerin von Karl Marx, Rosa Luxemburg, legt folgerichtig aus der Theorie von der notwendigen Verschärfung der Gegensätze die Taktik der Socialdemokratie in ungefähr folgenden Ausführungen fest: Die socialdemokratische Taktik hat sich auf die einmal gegebene Richtung der Entwicklung zu stützen, sie hat dann ihre Consequenzen auf die Spitze zu treiben, sie muss die thatsächlich objective Entwicklung vorwegnehmen und sich auf den Boden der zur vollsten Reife entwickelten Widersprüche

stellen. Die politischen und ökonomischen Kämpfe haben schliesslich im Proletariat die Ueberzeugung von der Unmöglichkeit, seine Lage gründlich durch diesen Kampf aufzubessern, zu wecken. Die politischen und wirtschaftlichen Kämpfe haben nur das Bewusstsein der Arbeiterklasse zu socialisieren. Wenn man sie als Mittel zur unmittelbaren Socialisierung der capitalistischen Wirtschaft auffasst, versagen sie nicht nur die ihnen angedichtete Wirkung, sondern büssen zugleich auch die andere einzig mögliche Bedeutung ein: sie hören auf, Erziehungsmittel der Arbeiterklasse zur proletarischen Revolution zu sein.

Vollmar stellt sich den wirtschaftlichen und politischen Entwicklungsprocess als einen allmählichen Socialisierungsprocess vor. „Wie die natürlichen Verhältnisse,“ so hebt er in seiner Rede über die nächsten Aufgaben der deutschen Socialdemokratie hervor, „nicht in ruckweisen, plötzlich und unvermittelt einander folgenden Umwälzungen sich entwickeln, so lösen die gesellschaftlichen Ordnungen einander nicht als abgeschlossene, unvermittelte Einheiten ab. Es giebt auch hier so wenig künstliches Machen, als ein plötzliches Abreissen und Wiederbeginnen, sondern das Alte wächst allmählich, viel zu langsam für den hochfliegenden Sinn, aber sicher in das Neue hinein. Dieses tausendfache Wurzeln des Heutigen im Gestrigen und des Morgen im Heute lässt nichts Absolutes aufkommen; alle politischen und gesellschaftlichen Zustände sind etwas Relatives, sind Uebergangsformen. Die heutige Form zu benutzen, um auf die Gestaltung der morgigen Einfluss zu üben, das muss unsere Aufgabe sein.“ In vollständiger Harmonie mit seinen ökonomischen Entwicklungsideen betrachtet Vollmar den Staat als einen sich stetig umgestaltenden Machtapparat. Die Eroberung der politischen Macht ist nicht das Resultat eines Schlages. Diese Eroberung geht allmählich und stückweise vor sich. Die stückweise Eroberung der politischen Macht bedingt eben eine allmähliche Wesensänderung des Staates.

Ein zweiter revisionistischer Einbruch in die Marxsche Theorie erfolgte von der linken Seite. Die „Jungen“ wiesen auf den innigen Zusammenhang zwischen der ökonomischen und der politischen Macht hin. Nur eine ökonomisch erstarkende Classe kann sich nach ihrer Ansicht die politische Macht erringen. Sie betonten: die ökonomische Abhängigkeit ist die Grundlage der Knechtschaft in jeder Form. Die Grundlage der politischen Macht ist die ökonomische. Die politische Macht einer Classe ist durch die ökonomische Macht derselben bedingt. Das Schlagwort der „Jungen“ wurde nun: Eroberung der ökonomischen Macht! Sie verstanden unter dieser Eroberung die revolutionäre Besitzergreifung der wirtschaftlichen Machtmittel, der Productionsmittel durch das Proletariat. Das Proletariat schuf sich eine revolutionäre socialistische gewerkschaftliche Organisation. Mit Hilfe dieser Organisation setzte es eines Tages die Besitzer der Productionsmittel matt. Die Bourgeoisie musste capitulieren, die revolutionären Gewerkschaften nahmen die Productionsmittel in Besitz. Die „Jungen“ schrieben die ruckweise, plötzliche, revolutionäre Eroberung der ökonomischen Macht in ihr Programm. Sie nahmen im Anschluss an Marx eine Verschärfung der wirtschaftlichen Gegensätze an, und sie steuerten in ihrer Taktik planmässig auf die Verschärfung dieser Gegensätze los. Der Staat arbeitete nach ihrer Ueberzeugung seinen Classencharakter immer brutaler heraus. Die politische und wirtschaftliche Reformthätigkeit war angesichts dieser Entwicklung von Gesellschaft und Staat zu einem vollkommenen Schiffbruch verdammt. Daher gehörte eine allmähliche und stückweise Eroberung der politischen Macht in das Reich der

Utopie. Wegen der Aussichtslosigkeit aller ökonomischen und politischen Reformen in dem immer capitalistischer werdenden Classenstaate verwarfen die „Jungen“ oder Unabhängigen Socialisten den politischen Kampf. Sie rüsteten die Arbeiter zu einem revolutionären Kampf auf wirtschaftlichem Gebiete, sie bereiteten die revolutionäre Eroberung der ökonomischen Macht vor.

In diesem Streit zwischen der Vollmarschen Richtung und der Bewegung der Unabhängigen dämmerte ein Gedanke auf, der die Ideengänge derselben aus ihrer bisherigen Festigkeit heraus- und in eine schwankende Bewegung hineinbringen musste: Ist denn das Hereinbrechen der socialen Katastrophe, der Revolution eine felsenfeste Gewissheit, wird diese Revolution wie eine überirdische Gottheit herniedersteigen, um alle Wunden mit einmal zu heilen? Es folgte dieser, im Lichte einer revolutionären Weltanschauung sehr ketzerischen Idee eine rein „bersteinianische“ Betrachtung auf dem Fusse: Wir müssen uns daran gewöhnen, alle unsere Zukunftspläne auf innere berechenbare, nicht auf äussere ganz uncontrolierbare Factoren aufzubauen. Die innere Fortentwicklung der Arbeiter, die Kräftigung ihres Machtbewusstseins, ihre zielbewusste Thätigkeit, ihre Befähigung zu der wirtschaftlichen Führung der Production, das sind wirklich bestimmte zuverlässige Grössen, die man bei socialpolitischen Berechnungen gebrauchen kann. Gewiss, wir leugnen nicht, dass grosse äussere unvorhergesehene Ereignisse eine bedeutende Rolle in den Emancipationskämpfen der Arbeiterclassen spielen können, aber es steht auch fest, dass sie nur dann mit Erfolg von derselben ausgenutzt werden können, wenn diese die innere Reife zur Verwaltung der Production erlangt hat. Dieser Gedanke wurde dann von den Unabhängigen später zu einer Theorie einer allmählichen Eroberung der ökonomischen, socialen und politischen Macht ausgearbeitet.

Die revisionistischen Bestrebungen Vollmars und der „Jungen“ riefen keine grössere Bewegung in der socialistischen Welt hervor. Erst die Aufsätze Eduard Bernsteins in den Jahren 1897—1898 erzeugten theoretische Auseinandersetzungen von grösserer Bedeutung. Wir nennen hier vor allen den Aufsatz Bernsteins: Der Kampf der Socialdemokratie und die Revolution der Gesellschaft. Seine revisionistischen Aufsätze krönte dann Bernstein mit seinem bekannten Buch: Die Voraussetzungen des Socialismus und die Aufgaben der Socialdemokratie. Die Hauptbedeutung dieses Buches besteht meines Erachtens in dem Nachweis, dass sich die capitalistischen Gegensätze durch die Verelendung der Massen nicht in dem Masse zu verschärfen brauchen, dass eine gewaltsame Sprengung der capitalistischen Productionsform eine unumgängliche Notwendigkeit wird. Mit diesem Nachweis verband Bernstein zugleich eine eingehende Untersuchung über die Möglichkeit der Socialdemokratie, ihre Principien durch eine allmähliche Socialisierung und Demokratisierung der capitalistischen Gesellschaft zur Durchführung zu bringen. Die Genossenschafts- und Gewerkschaftsbewegung erschien nun in dem Lichte der Bernsteinschen Betrachtung als eine notwendige Voraussetzung des Socialismus. Die Arbeiterschutzgesetzgebung würdigte Bernstein als einen planmässigen Eingriff der Gesellschaft in das capitalistische Productionssystem, und er legte dieser Gesetzgebung eine grosse principielle Bedeutung bei. Die Umbildung der Functionen der Gemeinde durch den Municipalsocialismus betrachtete er als einen wesentlichen Schritt zum Socialismus. Die Demokratie erschien in dem Bernsteinschen Buch als die notwendige politische Form, in der sich die gesellschaftliche Entwicklung vom Capitalismus zum Socialismus bewegen

musste. Ich will hier nicht auf Nebenfragen eingehen: auf die berühmte Gegenüberstellung von „Endziel“ und „Bewegung“, auf die Einschätzung der Lebenskraft und Leistungsfähigkeit des Liberalismus, auf manche Bemerkungen über den historischen Materialismus, — all das berührt nicht das eigentliche Wesen des Bernsteinschen Buches. Dieses Wesen gipfelt eben, wie schon hervorgehoben, in dem Nachweis von der Möglichkeit einer allmählichen Demokratisierung und Socialisierung der capitalistischen Wirtschaft. Und die Aufgabe der Socialdemokratie sieht Bernstein in dieser planmässigen Demokratisierung und Socialisierung des heutigen Wirtschaftssystems. Nicht unbewusste ökonomische Mächte erzeugen in dialektischen Umschlagsprocessen mit „Naturnotwendigkeit“ die socialistische Gesellschaftsordnung, sondern bewusst handelnde Menschen gestalten planmässig diese Ordnung. Die Notwendigkeit des Socialismus steht für Bernstein keineswegs von vornherein objectiv fest.

Kann man überhaupt von einer objectiven Notwendigkeit des Socialismus sprechen? Aus welchen Ueberlegungen heraus entsprang die Idee von einer objectiven Notwendigkeit des Socialismus? Nun, der Marxismus wollte dem Socialismus alles Utopistische abstreifen. Er sollte nicht mehr als das blossе ideelle Product eines geistreichen Socialreformers erscheinen. Der Socialismus sollte gleichsam schon äusserlich, gegenständlich, mit Händen greifbar sein. Daher suchte der Marxismus den Socialismus in den äusseren ökonomischen Gestaltungen der capitalistischen Welt zu entdecken. Der Socialismus lag schon als werdender socialer Organismus in dem Widerspruch zwischen den Productivkräften und den Productionsformen eingebettet. Dieser Widerspruch ward keine willkürliche Schöpfung des Menschenkopfes, er steckte in den Dingen selbst, in den ökonomischen und socialen Erscheinungen des Capitalismus, in allen Lebensäusserungen desselben. Die socialistische Idee war nun nichts anderes, als die Widerspiegelung des capitalistischen Widerspruchs in den Köpfen der Menschen. Der Socialismus wird als der Gedankenreflex des thatsächlichen Conflicts zwischen den Productivkräften und den capitalistischen Productionsverhältnissen definiert. Er gilt nach Engels als die ideelle Rückspiegelung dieses Conflicts in den Köpfen zunächst der Classe, die direct unter ihm leidet, der Arbeiterclassе. Das Ideelle ist nach Marx das im Menschenkopf umgesetzte und übersetzte Materielle. Die erkenntnistheoretische Seite der Frage beleuchte ich hier nicht. Das Materielle, der objective Conflict erzeugt die socialistische Idee. Der Socialismus trägt die Charaktermerkmale einer streng notwendigen Weltanschauung an sich. In England, wo der Conflict zwischen den Productivkräften und den Productionsverhältnissen am reinsten und stärksten bisher zum Ausdruck gelangt ist, müsste daher die socialistische Idee sich am klarsten ausgesprochen haben und über die zahlreichste Anhängerschaft verfügen. In England beherrscht nun der Socialismus durchaus nicht die Gedanken- und Gefühlswelt der englischen Arbeiterschaft. Der objective Conflict, dessen Schärfe von Marx und Engels so nachdrücklich geschildert ist, muss wenig Einfluss auf die Köpfe der englischen Arbeiter gehabt haben, dass er sich nicht sofort ideell in der Form socialistischer Ideen umsetzte. Kautsky löst das Rätsel, weshalb sich dieser alles umwälzende Widerspruch zwischen den Productivkräften und den capitalistischen Productionsverhältnissen nicht in einer proletarisch-socialistischen Weltanschauung durchsetzte, nicht mit der Bemerkung: „In England hat schon der blossе Glaube einiger Schichten von Arbeiteraristokraten, dass sie zu den privilegierten Classen gehören, ihre geistige

und politische Widerstandskraft gegenüber den Besitzenden sehr geschwächt und den Socialismus zur einstweiligen Ohnmacht verurteilt.“ Armseliger Widerspruch, du kannst die gesamten ökonomischen und socialen Verhältnisse Englands auf den Kopf stellen, und du vermagst nicht mit dem Glauben, mit der Einbildung von einigen sich aristokratisch dünkenden proletarischen Schichten aufzuräumen! Der Glaube, diese ideelle Macht, versetzt wirklich Berge. Die Lösung der Frage, weshalb der durch die capitalistische Wirtschaftsweise gehende Widerspruch sich nicht in die Köpfe der englischen Arbeiter eingrub, ist vielleicht in der Richtung zu suchen, dass dieser Widerspruch überhaupt nicht so sehr auf der Oberfläche liegt, wie die Marxisten anzunehmen scheinen. In diesem Sinne betonte ich schon an anderer Stelle, dass wohl eine gewisse Schärfe der Beobachtung und grössere Übung im abstracten Denken dazu gehören muss, um dem Widerspruch in seinem Ursprung und Entwicklungsgange auf die Spur zu kommen.

Der Conflict zwischen den Productivkräften und den capitalistischen Productionsverhältnissen spiegelt sich durchaus nicht mit Naturnotwendigkeit in den Köpfen der grossen proletarischen Massen wieder. Aber selbst vorausgesetzt, er thäte es, so könnte sich doch nur der Conflict von heute, nicht der von morgen, widerspiegeln. Wenn man von der objectiven Notwendigkeit des Socialismus, von dem durch die ökonomischen Thatsachen selbst gebotenen Eintreten der socialistischen Productionsordnung redet, so nimmt man die Entwicklung zu jener Ordnung einfach geistig schon vorweg. Man stellt sich eben vor: der Conflict wächst sich nach einer mutmasslichen Richtung hin aus. Wir stellen eben nur Mutmassungen, Hypothesen über diesen Conflict auf, nichts weiter! Und diese unsere Hypothesen über die zukünftige sociale Ordnung verwandeln wir in die objective, in die thatsächliche Ordnung selbst! Wir spielen in diesem Falle die Rolle der „Vorsehung“.

Vergessen wir also nicht, wir beschreiten das Gebiet der Hypothese, wenn wir uns über die sociale Zukunftsordnung äussern. Die Hypothesen, die wir nun über jene Ordnung aufstellen, haben eine mehr oder weniger grosse Wahrscheinlichkeit. Die Marxisten nehmen an, der Widerspruch zwischen den Productivkräften und Productionsverhältnissen steigert sich bis zu einer Höhe, wo die Productivkräfte die zu eng gewordenen Productionsverhältnisse zersprengen. Die „Bernsteinianer“ heben die Möglichkeit hervor, dass die Gesellschaft dank ihrer wachsenden ökonomischen und politischen Macht die Productivkräfte lenken und zügeln lernt und die Productionsverhältnisse, d. h. die capitalistischen Eigentumsverhältnisse, im socialistischen Sinne ausweitet. Hier stehen sich zwei Hypothesen gegenüber, die man ganz ruhig wissenschaftlich, ohne persönlichen Groll, discutieren sollte.

Die marxistischen Widerspruchstheoretiker werden nun leicht durch die Annahme einer wachsenden Verschärfung des capitalistischen Widerspruchs bis an die Grenze der Verelendungstheorie gedrängt. Die Zunahme der Productivkräfte resultiert aus der sich stetig steigenden Vermehrung der arbeitsparenden Dampf- und Werkzeugmaschinen. Die Maschinen verdrängen erst relativ und dann absolut die Proletarier aus der Arbeit. Die Armee der Unbeschäftigten, die Reservearmee, vermehrt sich um immer neue Bataillone. Diese Armee kann schliesslich so erstarken, dass nicht nur eine relative, sondern auch eine absolute Verschlechterung der Lebenslage der Arbeiter eintritt, das heisst eine thatsächliche

Verelendung derselben. Es fragt sich nun: Lassen die Arbeiter diese ihre sociale Position verschlechternde Tendenz der Wirtschaftsweise, ohne die Hände zu rühren, auf sich wirken? Nein! Ueber dieses Nein sind sich die Marxisten und die „Bernsteinianer“ einig. Der Streit zwischen den feindlichen Brüdern beginnt sich erst über die Tragweite und die Macht des Widerstandes der Arbeiter zu entzünden. Der radicale von einer Rosa Luxemburg vertretene Standpunct wertet den socialisierenden und demokratisierenden Einfluss der Macht der Arbeiter sehr gering. Die politischen und ökonomischen Kämpfe sind ihm nur Erziehungsmittel der Arbeiter zur socialen Revolution. Kautsky hat in einer Polemik mit dem Verfasser dieses Aufsatzes die ökonomische und politische Macht der Arbeiterclassen nicht eben hoch eingeschätzt. Nach Kautskys Ansicht presst der Capitalismus die Staatsgewalt immer rücksichtsloser in seinen Dienst. Aus diesen Anschauungen folgt logisch, dass der Staat immer mehr und mehr vom einseitigen capitalistischen Ausbeutungsgeist erfüllt wird. Die Demokratisierung und Socialisierung des heutigen Staates stellt sich angesichts dieser politischen Entwicklung als völlig aussichtslos dar. An einer anderen Stelle der erwähnten Polemik spricht Kautsky direct von einem steigenden Einfluss der Capitalistenclassen im Staate. Dieser Einfluss zeitigt erbitterte Classenkämpfe. Diese Kämpfe spitzen sich zu einem Kampf um die gesamte Staatsgewalt zu. Es handelt sich dann um eine revolutionäre That: um die Eroberung der ganzen Staatsgewalt.

Das starre Festhalten der Marxisten an der Theorie von den wachsenden Classengegensätzen hat für die Taktik derselben eine grundlegende Bedeutung. Die Zuspitzung dieser Classengegensätze ist für alle Widerspruchstheoretiker der unwiderlegliche Beweis für die Verschärfung des Classenkampfes. Diese theoretische Vorstellung hat nun zur Voraussetzung die stillschweigende Annahme, dass sich mit dem Wachstum des Reichthums und der Macht auf dem einen Pol und mit der Zunahme der Not und des Elends auf dem andern zugleich die Kampfesfreudigkeit des Proletariats steigert. Haben Armut und Elend, das lehrt schon der Augenschein, ein bestimmtes Mass überschritten, so wirken sie auf den Verarmenden und Verelendenden nicht mehr revolutionär, sondern reactionär ein. Sie treiben ihn dann nicht zu mutigen Thaten vorwärts, sondern werfen ihn in eine dumpfe Verzweiflung und völlige Energielosigkeit zurück. Ganze Gruppen verarmter Proletarier verlassen in vollständiger Kampfesmüdigkeit das industrielle Schlachtfeld und wandern aus. Nicht der verelendete, sondern der materiell aufstrebende Arbeiter ist meist Socialdemokrat. Ein ökonomisch sinkendes Proletariat kann im Classenkampf erlahmen und im Bewusstsein seiner Ohnmacht die Waffen vor der Bourgeoisie strecken. In diesem Falle dämpft sich trotz der Verschärfung der Classengegensätze die Flamme des Classenkampfes ab. Eine wirtschaftlich erstarkende Arbeiterschaft kann durch ihre wachsende ökonomische Macht zu immer kühnern Vorgehen gegen die Bourgeoisie ermutigt werden. Die Bourgeoisie hält ihrerseits krampfhaft ihre Machtposition fest. Der Classenkampf wird in diesem Falle an Heftigkeit beträchtlich zunehmen. Die Würdigung der starken proletarischen Machtmittel kann umgekehrt die Bourgeoisie zu Concessionen geneigt machen. In diesem Falle schwächt sich die Zündkraft des Classenkampfes ab. Der Eidschwur zur Theorie von der schrittweise wachsenden ökonomischen und politischen Macht des Proletariats schliesst durchaus nicht das Bekenntnis ein, dass der Classenkampf sich auf alle Fälle mildert.

Die Hypothese von der Notwendigkeit des Socialismus stützt Kautsky in seinem Aufsatz: Der Rückzug der Zehntausend auf die Zunahme der Besitzlosen. Versteht er unter den Besitzlosen die Nichtbesitzer von Productionsmitteln, so bedeutet diese Zunahme durchaus noch nicht ein durchschlagendes Moment für die Notwendigkeit des Socialismus. Die Nichtbesitzer der Productionsmittel erhielten in England seit den dreissiger Jahren des XIX. Jahrhunderts einen sehr erheblichen Zuwachs, die Masse der zum Socialismus mit Leidenschaft und Hingebung drängenden englischen Arbeiterschaft vermehrte sich durchaus nicht dementsprechend. England hat bisher noch keine proletarisch-socialistische Massenbewegung, wohl aber das im Verhältnis zu England noch sehr kleinbürgerliche Deutschland. Der Verlust der Productionsmittel schliesst nun nicht immer einen Zustand der völligen Besitzlosigkeit ein. Der Kleinmeister kann z. B. seine zwerghaften Productionsmittel verlieren, und er kann dann in einer Grosstadt als „abhängiger“ Werkmeister seine wirtschaftliche und sociale Position beträchtlich erweitern. Seine Stellung in der Fabrik ist, da er über umfassende Kenntnis verfügt, freier, als seine frühere. Früher hatte er vor jedem, der ihm einen Auftrag von wenigen Pfennigen übertrug, zu katzbuckeln. Er musste seinen Kunden nachrennen und sich willig ihren Launen fügen. Die wirtschaftliche Macht des neugebackenen Werkmeisters auf dem Warenmarkte ist beträchtlich gewachsen. Vorher stand er als armseliger selbständiger Productionsmittelbesitzer in der Knechtschaft der Krämer, die ihm in seiner ewigen Geldverlegenheit Waren vorschossen. Jetzt betritt er fordernd und bestimmend als gut bezahlter Werkmeister den Warenmarkt. Seine gehobenen Einkommensverhältnisse erlauben dem Werkmeister, seinen geistigen Besitzstand erheblich zu erweitern. Social repräsentiert er mehr, als vorher als selbständiger Productionsmittelbesitzer. Für den Werkmeister war der Verlust der Productionsmittel ein ökonomischer und socialer Fortschritt. Für grosse Gruppen der Hausindustriellen ist das Productionsmittel ein directes Knechtschaftsmittel. Der Untergang dieses Eigentums bedeutet für sie mitunter den ersten Schritt zur wirtschaftlichen Besserstellung. Sie vermehren ihren Besitz an Haushaltungsgegenständen, sie leben auf einem grösseren Fusse, als vordem. Grosse Gruppen selbständiger Bauern führen nach den Erhebungen des Vereins für Socialpolitik eine kümmerlichere Existenz, als die Fabrikarbeiter. Diese Bauern steigen vielfach ökonomisch und social aufwärts, wenn sie ihre Productionsmittel veräussern und in einer Fabrikstadt eine geeignete Arbeit annehmen. Die Zahl der Productionsmittelbesitzer kann sinken, die Zahl der Besitzenden trotzdem steigen. Der blosse Besitz der Productionsmittel ist nicht allein entscheidend für die ökonomische und sociale Stellung irgend einer Person, sondern die Summe von Unterhaltungsmitteln aller Art, die sie sich mit Hilfe dieser Mittel erkaufen kann. Namentlich ist der Nichtbesitzer der Productionsmittel keineswegs immer ein Proletarier. Wollte ich jedem Nichtbesitzer von Productionsmitteln das Prädicat eines Proletariers anheften, so müsste ich hochbezahlte kaufmännische Betriebsdirectoren und Ingenieure zu den Proletariern zählen.

Zahlreiche englische Producenten wurden enteignet, aber sie gewannen eine breitere wirtschaftliche Existenz in der Fabrikstadt. Infolgedessen gaben sie sich mit ihrer Lage zufrieden. Die Gleichgiltigkeit vieler englischer Arbeiter gegenüber den grossen idealen Bestrebungen erklärt sich vielleicht aus ihrer Besserstellung. Sie besaßen mehr, als vorher, obwohl sie ihre Productionsmittel ver-

loren hatten. Jedenfalls können wir aus der ökonomischen und socialen Geschichte Englands die folgenden Schlüsse ziehen: Der Verlust der Productionsmittel ist nicht gleichbedeutend mit völliger Besitzlosigkeit, der Verlust der Productionsmittel macht die Arbeiter nicht auf alle Fälle zu Socialisten. Ja, in den Zeiten, wo England noch einen viel grösseren Procentsatz von Productionsmittelbesitzern aufwies, als jetzt, war es viel revolutionärer und socialistischer gesinnt. Wir meinen das England von 1830—1848. Mit der Abnahme der Productionsmittelbesitzer hat durchaus nicht zugleich der proletarische Socialismus zugenommen.

Aber selbst wenn wir annehmen, dass die Besitzlosen, das heisst in diesem Falle die der Productionsmittel beraubten und eine ärmliche Existenz führenden Proletarier beträchtlich zugenommen haben, folgt aus dieser Thatsache noch lange nicht die Notwendigkeit des Socialismus. Diese Proletarier können ein geistiges Pflanzendasein führen. Sie dämmern wie im Halbschlaf dahin. Sie vergleichen ihre Situation nicht mit der Lage anderer Gesellschaftsclassen. In ihrer geistigen Unbildung, — denn sie waren mitunter ohne jede Volksschulbildung — mögen zahllose englische Arbeiter gar nicht ihre Classenlage erfasst haben. Eine intellectuell hochstehende, principielle Litteratur muss bei dem Arbeiter erst das richtige Verständniss für seine Classenlage wecken. Aus diesem Grunde erklärt es sich wohl auch psychologisch, dass gegenüber Bernstein manche mitten in der Propaganda stehende Socialdemokraten die Notwendigkeit einer energischen Betonung des Endziels hervorheben zu müssen glaubten. Aber selbst das Erwachen der Arbeiter zum Socialismus genügt nicht zu ihrem endgiltigen Sieg. Die Arbeiter können zu kraft- und machtlos sein zur Erringung der ökonomischen und politischen Macht. Es gehört also zur Fleischwerdung des Socialismus mehr, als die Enteignung der Massen und ihre äussere Bekehrung zum Socialismus. Diese Voraussetzungen genügen also nicht zur Durchführung der socialistischen Gesellschaftsordnung. Ja, an welche Voraussetzungen ist diese gebunden? In persönlicher Hinsicht müssen zur Begründung des Socialismus Männer vorhanden sein, die unzufrieden mit ihrer socialen Existenz sind und diese weiter ausgestalten wollen, die vielleicht selbst gar nicht einmal Nichtbesitzende sind, sich aber als solche fühlen. Der Kreis der Socialdemokraten ist, wie die Zusammensetzung der socialdemokratischen Partei beweist, durchaus nicht auf die Nichtbesitzer von Productionsmitteln beschränkt. Die Nichtbesitzer werden aber immerhin die Kerntuppe des Socialismus abgeben. Also persönlich ist die Voraussetzung des Socialismus an das Vorhandensein von zahlreichen mit ihrer socialen Existenz unzufriedenen Menschen geknüpft. Aber Unzufriedene sind beileibe noch keine Socialisten. Die Unzufriedenen müssen die innere Ueberzeugung haben, dass diese ihre unzulängliche Existenz bestimmt wird durch das Wesen der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Verfassung ihrer Zeit. Aus dieser Ueberzeugung ergiebt sich die Negation dieser zur Zeit bestehenden ökonomischen und socialen Ordnung. Diese zur Zeit bestehende Ordnung — und hier drängt sich sofort der sachliche für die Begründung des Socialismus massgebende Factor hervor — ist die auf dem Privateigentum an Productionsmitteln basierende Wirtschaftsordnung. Das Erfassen dieser Wirtschaftsordnung setzt selbstverständlich eine gewisse Uebung im abstracten Denken und Vergleichen voraus. Der Socialismus fliegt eben den Arbeitern nicht an. Die Länder mit guter Schulbildung und einer reichen wissenschaftlichen Tradition scheinen daher — ich würdige hier nur den persönlichen Factor — besonders günstige Daseins-

bedingungen für den Socialismus zu bieten. Der Inhalt der sachlichen Erfordernisse des Socialismus ist mit der blossen Existenz der Privatwirtschaftsordnung noch nicht erschöpft. Die Wirtschaftsordnung muss bereits Ansätze zu collectivistischen Betrieben haben, zu Grossbetrieben, die auf der gemeinschaftlichen Arbeit zahlreicher Arbeiter beruhen. Der grosse Fortschritt der combinirten, gesellschaftlichen Arbeit muss schon klar aus dieser Wirtschaftsordnung hervorleuchten. Die Leitung der combinirten, gesellschaftlichen Arbeit darf nicht vollständig mit dem Productionsmittelbesitz verbunden sein. Wenn sie vom Besitz losgelöst ist, dann zeigt es sich, dass die Leitung vergesellschafteter Arbeit zu einer selbständigen Function geworden ist, die ohne weiteres sachverständigen Personen, technischen und kaufmännischen Directoren und Beamten übertragen werden kann. Die Wirtschaftsordnung hat ferner die leichte und schnelle Verbindung der mit der socialen Ordnung principiell im Unfrieden lebenden Massen zu schaffen, damit diese Menschen durch Organisationen zusammengefasst werden und planmässig und einheitlich handeln können. Diese Organisationen werden vorzugsweise aus den schon durch die Fabriken zusammengescharten besitzlosen Arbeitermassen bestehen. Das einheitliche, planmässige Handeln der Masse stellt sich als ein grosser cultureller Fortschritt dar. Er beruht zum Teil auf der wachsenden Einsicht der Massen in die wirtschaftlichen und socialen Zusammenhänge. Diese Einsicht, die den früheren unterdrückten, in einem unbewussten, geistig dämmerhaften Zustande dahinlebenden Massen fremd war, ist erst durch die Demokratisierung der geistigen Arbeit durch die moderne Presse möglich geworden. Die Wissenschaft erhält eine immer grössere Verbreitung, und sie gewinnt dem Utopismus Provinz um Provinz ab. Sie strebt mit Hochdruck ihre Verwandlung vom Geheimgut einer Secte zum Gemeingut des ganzen Volkes an. Bewusstes Denken und Handeln wird ein immer wichtigerer Factor in der Menschheitsgeschichte. Der Zusammenschluss zielbewusster, solidarisch handelnder Menschen schafft immer neue grosse Kraftmittelpuncte. Zahllose individuelle Willensströme, so führte ich an anderer Stelle aus, verschmelzen zu einem bewussten handelnden Gesamtwillen. Die Schöpfung und Ausgestaltung machtvoller, zielklarer ökonomischer und politischer Organisationen verbürgt erst die wirkliche Fleischwerdung der socialistischen Gesellschaftsordnung. Daher ist in menschlich-persönlicher Hinsicht dem Socialismus noch nicht die Eingangsthür geöffnet, wenn sich selbst grosse Massen der Arbeiterschaft zum socialistischen Princip bekennen. Die Massen müssen zur Verwirklichung der socialistischen Wirtschaftsordnung die nötige Macht zu wirtschaftlichen Umgestaltungen im grossen Stil in sich vereinigen. Wenn sie selbst schon gesellschaftlich im Grossbetrieb organisiert sind, so haben sie doch erst den Betrieben einen gesellschaftlichen Charakter aufzuprägen. Sie sind das Fundament der Betriebe, sie können sich zu einer festen Körperschaft zusammenschliessen, die einen Einfluss auf das ganze Geschäftsgebaren, auf die Verfassung des Betriebes gewinnt. Sie können das private Fabrikunternehmen in eine constitutionelle Fabrik wandeln. Es handelt sich, soll der Socialismus über den Capitalismus triumphieren, um eine systematische Erweiterung der ökonomischen und politischen Einflussphäre der socialdemokratischen Arbeiterschaft. Und diese Taktik — man kann sie eine gut „bersteinianische“ nennen — befolgt seit Jahrzehnten klar die deutsche Socialdemokratie. Sie dringt in alle wirtschaftlichen und politischen Einrichtungen ein. Sie setzt die Basis des Staates in den

Millionen von Staatsarbeitern und Unterbeamten zusammen, sie lebt ihren gemeinschaftlichen Geist in der Gemeinde und in der Genossenschaft aus, sie schafft sich in den Grossbetrieben eine mächtige Vertreterschaft, kurz, in allen Institutionen richtet sie sich starke Bollwerke auf. Da sich ökonomische Macht wegen des untrennbaren Zusammenhanges von Oekonomie und Politik allmählich in staatliche Machtorganisationen umsetzt, verstärkt sich im wachsenden Masse die staatliche Position der Arbeiterklasse. Der Staat erhält neue sociale Functionen, er wird ein gemeinwirtschaftlicher Arbeiterstaat — natürlich nicht ohne einen langwierigen und erbitterten Kampf zwischen sich befehdenden Classen.

Zur theoretischen Begründung des Socialismus ist noch lange nicht das letzte Wort gesprochen worden. An der Begründung des Socialismus durch das Erfurter Programm ist in der Zwischenzeit so mancher guter Parteigenosse irre geworden. Selbst ein so entschiedener Gegner Bernsteins, wie August Bebel, kündigt die Revision des Erfurter Programms an.

Diese Revision des Programms ist der erste Sieg der Revisionisten.

Das zehnte Tausend der Bernsteinschen Voraussetzungen hat nicht alarmierend gewirkt, wie seiner Zeit das erste. Darin hat Kautsky recht; nur die Ursache scheint er nicht zu erkennen. Als das Buch erschien, regte es uns an, nachzudenken über die Principien unseres eigenen Handelns. Wir fanden, dass dieses längst „bersteinianisch“ war, dass wir, um mit Bernstein zu reden, nur nicht gewagt haben, das zu scheinen, was wir waren. Mittlerweile haben wir das gelernt. Und wir gingen daran, unsere Anschauungen selber zu revidieren. Das zehnte Tausend trifft in der That eine veränderte Situation: Der Revisionismus hat aufgehört, überraschend zu sein, — er ist selbstverständlich geworden.

Aus dem Nachlass von Marx und Engels.

Von

Max Schippel.

(Berlin.)

Die schönste litterarische Gabe, welche uns die letzten Monate gebracht haben, bildet die Veröffentlichung der älteren Arbeiten von Marx und Engels, soweit diese Arbeiten für die Gegenwart verschollen oder auch früher niemals zum Abdruck gelangt waren.

Die fesselnde Anziehungskraft dieser Jugendwerke wird noch erhöht durch die historischen Einführungen des Herausgebers. Franz Mehring hat in stetiger Steigerung eine unbestrittene Meisterschaft darin erworben: grosse wissenschaftliche und künstlerische Strömungen in ihren Zusammenhängen mit der allgemeinen gesellschaftlichen Entwicklung zu verfolgen, sie in ihrem Sonderwesen psychologisch zu zergliedern und zu charakterisieren, ihre Rückwirkung auf das Gesamtleben eines Volkes darzulegen. Wenn mitunter ein starker subjectiver Ton in diese Ausführungen hineinklingt, so giebt er ihnen wiederum mehr Farbe und Leben, so dass man diese, an sich überflüssige und empfindliche Gemüter vielleicht störende Zuthat weiter nicht zu bedauern braucht. Hier handelt es sich lediglich um den correspondierenden Fehler einer Eigenart, wie sie Mehring vor allen parteigenössischen Schriftstellern voraus hat. . . .

Der zweite Band der Publication, der nunmehr vorliegt¹⁾, umschliesst die Jahre 1844 bis 1847. Sowohl das historische Milieu, die Vorgänge jener Zeit selber, wie auch die erreichte individuelle Entwicklungshöhe und Stellung der Verfasser geben diesen Schriften eine ganz ausnahmsweise Bedeutung.

Die Auflösung der alten Lebensverhältnisse, die Unruhe des Neuwerdenden und doch nicht ins Leben Getretenen spiegeln sich kaum je in so zahllosen geistigen Waffengängen wieder, wie vor 1848, trotz aller Censurstreiche und alles Polizeiregiments. In allen Köpfen schwirrt es von Problemen und Forderungen. In der Philosophie und Theologie — wie man damals immer hinzufügen muss —, in den socialen und historischen Wissenschaften sind grosse Umwälzungen theils bereits erfolgt, theils bis zum Knospenspringen reif. Aber wie immer in solchen Uebergangszuständen spreizt sich auch mehr wie je die Unreife und Charlatanerie als wahres befreiendes Evangelium, und jedes solche Evangelium findet gleichfalls seine Gläubigen und sein gross Publicum. Niemals gab es für Kampfahne zahlreichere und wichtigere Streitfragen, die „ausgefochten“ werden mussten.

Als ein Paar nicht zu beruhigender Kampfahne lernen wir auch Marx und Engels kennen. Mehring legt dabei Wert auf den Nachweis, dass „die Karnickel, die angefangen haben“, immer auf der Gegenseite zu suchen waren. Für die Beziehungen zwischen Ruge und Marx sind Mehrings Darlegungen in der That überzeugend und dankenswert. Im übrigen scheint mir nach einem halben Jahrhundert diese Karnickelfeststellung ebenso unsicher, wie ungeheuer gleichgiltig; die Freude an den litterarischen Kampfesäusserungen selber kann heute dadurch in keiner Weise mehr beeinflusst werden.

Hier rückt uns vor allem Marx in seiner ganzen Grösse als bahnbrechender Reformator unserer Geschichts- und Gesellschaftsauffassung nahe. Er ist seit den Deutsch-Französischen Jahrbüchern, deren Inhalt noch in den ersten Band hineingenommen ist, in seiner später epochemachenden Grundanschauung im wesentlichen ein Fertiger. Doch diese Grundanschauung auf immer neue sociale Gebiete anzuwenden, sie mit rückständigeren und direct entgegengesetzten Auffassungen zu vergleichen und zu messen, sie dabei zu immer schärferer Präcision herauszuarbeiten, dazu zwingen ihn und Engels gerade die Auseinandersetzungen mit der speculierenden „heiligen Familie“ Bauer, mit den kannegiessernden Demokraten à la Heinzen, mit dem „schwärmerischen Gefühl und declamatorischen Talent“ Kriegeres, mit dem Staatssocialismus des Rheinischen Beobachters. Mitunter sind es freilich recht ungemütliche und ärgerliche kritische Aprilschauer, die der Leser in diesen polemischen Schriften über sich ergehen lassen muss. Indes, man sieht und fühlt förmlich, wie dabei gleichzeitig alle Keime und Sprossen eines grossen wissenschaftlichen Fortschrittes sich entfalten. Eine trotz aller äusserlichen Erstarrung lebensvolle und hochinteressante Zeit spiegelt sich in einer aufstrebenden neuen sociologischen „Weltanschauung“ wieder — was liesse sich, trotz alles mitgeschleppten vergänglichen Ballastes, Anziehenderes denken?

In erster Linie aus dem vergänglichen Beiwerk ergibt sich freilich eines

¹⁾ Aus dem litterarischen Nachlass von Karl Marx, Friedrich Engels und Ferdinand Lassalle Herausgegeben von Franz Mehring. II. Gesammelte Schriften von Karl Marx und Friedrich Engels von Juli 1844 bis November 1847. Stuttgart. Verlag von J. H. W. Dietz Nachf. 1902.

schlagend: dass nämlich die ganze neue Richtung, trotz alles unentbehrlichen überschwänglichen Selbstgefühls und aller internationalen Bundesbrüderschaften, vorläufig gar nichts hinter sich hatte und für die reale politische Entwicklung Deutschlands und des übrigen Europa zunächst gänzlich bedeutungslos war. Alle diese Stürme, unter denen die Grundvesten des alten Regimes wanken und stürzen sollten, bleiben Stürme in den Tintenfässern einer kleinen Schriftstellerelite mit einem winzigen Anhang von gebildeten humanen Bourgeois und einem vielleicht noch winzigeren Anhang von aussergewöhnlichen Arbeitern, die innerlich mit der grossen Arbeitermasse oft noch weniger zusammenhängen, wie mancher Bourgeois. Hess ist stolz darauf, wenn er vom Gesellschaftsspiegel zweihundert und sechshundert Exemplare absetzt, und doch wendet sich die Zeitschrift thatsächlich vor allem an „den auf Communismus vorzubereitenden Philister“. Gleichwohl sieht man die unwiderstehlichen Vollstrecker des proletarischen Weltgerichts alle Tage schon vor der Thür. Engels bringt es zu ein paar Versammlungen in Elberfeld, und sofort ist er ob des Unerhörten und Glorreichen aus Rand und Band: „Wir haben gestern im grössten Saal und ersten Gasthof der Stadt unsere dritte communistische Versammlung abgehalten, die erste 40, die zweite 130, die dritte wenigstens 200 (!) Menschen stark. Ganz Elberfeld und Barmen, von der Geldaristokratie bis zur Epicerie, nur (!) das Proletariat ausgeschlossen (!), war vertreten. Hess hielt einen Vortrag, Gedichte von Müller, Püttman und Stücke aus Shelley wurden gelesen, ebenso der Artikel über die bestehenden communistischen Colonieen im Bürgerbuch. Nachher discutirt bis 1 Uhr. Das Ding zieht ungeheuer. Man spricht von nichts als von Communismus, und jeden Tag fallen uns neue Anhänger zu. Der Wupperthaler Communismus ist une vérité, ja beinahe schon eine Macht. Was das für ein günstiger Boden hier ist, davon hast Du keine Vorstellung. Das dümmste, indolenteste, philisterhafteste Volk, das sich für nichts in der Welt interessiert hat, fängt an beinahe zu schwärmen für den Communismus. Wie lang man dem Ding noch so zusehen wird, weiss ich nicht, aber die Polizei ist jedenfalls in der höchsten Verlegenheit.“

Die Kehrseite dieser nichtgewollten, thatsächlichen Exklusivität ist, wie immer, dass Silbenstechereien, Wortklaubereien und mitunter die ungeheuerlichsten Gedankenverrenkungen gegenüber dem Widerpart dauernd eine Rolle spielen, wie sie vor einem grösseren Leserkreise und innerhalb einer wirklichen „Bewegung“ höchstens vorübergehend denkbar wäre, weil hier niemand für derartige leere und ziellose Wortturniere längere Zeit Geschmack und Verständnis haben würde. Die ersten Jahrzehnte des XIX. Jahrhunderts haben uns zwar an mancherlei Ueberpolemik gewöhnt — man denke, um ein bekanntes Beispiel heranzuziehen, nur an Heines Kämpfe gegen Platen und besonders gegen Börne. Aber was in dieser Beziehung in der Heiligen Familie geleistet wird, ragt über alles Vorstellbare hinaus: Die Brüder Bauer haben seit December 1843 die Allgemeine Litteraturzeitung in Charlottenburg herausgegeben, offenbar ohne Leser, denn nach einem Jahr war der ganze Spuk sang- und klanglos bereits wieder vorbei. Trotzdem hat sich

Marx, mit Unterstützung von Engels, seit September 1844 daran gemacht, der Bauerschen Zeitschrift auf Schritt und Tritt kritisch nachzugehen. Ein grosser Teil, fast die Hälfte der Auseinandersetzungen, ist sogar dem unglaublichen Tiefsinn gewidmet, den Széligy, „ein würdiger Jünger Bruno Bauers“, aus Sues Geheimnissen von Paris als Lösung aller Welträtsel herausphilosophiert hatte! Und diese zwanzig und einige Bogen Gegenkritik gegen ein kaum gelesenes Journal erscheinen dann gar noch, als Bruno Bauers Unternehmen längst das Zeitliche gesegnet hatte! Selbst Engels, der nur ein paar Druckseiten im Anfang beisteuerte, findet „das Ding zu gross. Die souveräne Verachtung, mit der wir beide gegen die Litteraturzeitung auftreten, bildet einen argen Gegensatz gegen die zweiundzwanzig Bogen, die wir ihr dedicieren. Dazu wird doch das meiste von der Kritik der Speculation und des abstracten Wesens dem grösseren Publicum unverständlich bleiben und auch nicht allgemein interessieren!“

Und doch hat Mehring recht gethan, die verschollene Schrift unverkürzt aufzunehmen, denn eine Ausscheidung des Ueberflüssigen und zum Teil Geschmacklosen ist ohne Willkür und Vandalismus kaum möglich, und ein Beiseitlassen des ganzen Werkes verbot sich nicht minder, als gerade in der Heiligen Familie einige der schönsten Offenbarungen des Marxschen Genius zu suchen sind, die auch in der meisterhaften Form, in der ehernen Gedrungenheit der Sprache zu dem Hervorragendsten gehören, was Marx je geschrieben hat. Man lese nur seine Skizze der Geschichte Frankreichs in der Revolution, unter dem napoleonischen Terrorismus und unter der Restauration oder seine Darstellung der Entwicklung des englischen und französischen philosophischen Materialismus und der schliesslichen Rückwirkungen dieser Philosophie auf die socialen Theorien, die Bemerkungen über die Judenemancipation oder über das Wesen der philosophischen Abstraction und derjenigen Philosophie, die ihre eigenen Abstractionen als lebendige, selbständige Erkenntnisquellen behandelt, oder die wundervolle Charakterisierung der bürgerlichen Bestimmtheit der „Menschenrechte“...

Einen sehr hohen Rang nimmt ferner die Auseinandersetzung von Marx mit Karl Heinzen (Die moralisierende Kritik und die kritische Moral) ein. Die Entwicklung des Absolutismus und seiner verschiedenen Phasen aus der allgemeinen gesellschaftlichen Unterlage ist eine der schlagendsten Abführungen der landläufigen demokratischen Anschauung, dass nur „Dummheit und Verworfenheit der Menschheit diesen Missbrauch Jahrhunderte lang geduldet“ habe. Auch über die „Eigentumsfrage“ spricht Marx hier bereits mit der vollen Klarheit des historisch geschulten Communisten:

„Die Eigentumsfrage, wie sie „unserer Zeit“ gestellt wurde, ist keineswegs auch nur als Frage formuliert in der Heinzenschen Form wieder zu erkennen, „ob es recht sei, dass der eine Mensch alles und der andere nichts besitze, ob der einzelne Mensch überhaupt etwas besitzen dürfe“, und dergleichen simplen Gewissensfragen und Rechtsphrasen.

Die Frage des Eigentums ist eine sehr verschiedene, je nach der verschiedenen Entwicklungsstufe der Industrie im allgemeinen und nach der besonderen Entwicklungsstufe derselben in den verschiedenen Ländern.

Für den galizischen Bauern z. B. reducirt sich die Eigentumsfrage auf die Verwandlung von feudalem Grundeigentum in kleines bürger-

liches Grundeigentum. Sie hat für ihn denselben Sinn, den sie für den französischen Bauern von 1789 hatte.

Der englische Landbautagelöhner steht dagegen in gar keinem Verhältnis zum Grundeigentümer. Er steht bloss in einem Verhältnis zum Pächter, das heisst zum industriellen Capitalisten, der die Agriculture fabrikmässig betreibt. Dieser industrielle Capitalist seinerseits, der dem Grundeigentümer eine Rente zahlt, steht dagegen in einem directen Verhältnis zum Grundeigentümer. Die Abschaffung (?) des Grundeigentums ist daher die wichtigste Eigentumsfrage, wie sie für die englische industrielle Bourgeoisie besteht, und der Kampf gegen die Korngesetze hatte keinen anderen (?) Sinn. Die Abschaffung des Capitals dagegen ist die Eigentumsfrage im Sinne des englischen Landbautagelöhners so gut, wie des englischen Fabrikarbeiters.

In der englischen sowohl wie in der französischen Revolution stellte sich die Eigentumsfrage so dar, dass es sich um die Geltendmachung der freien Concurrenz handelte und die Abschaffung aller feudalen Eigentumsverhältnisse, wie Gutsherrlichkeit, Zünfte, Monopole u. s. w., die für die vom XVI. bis XVIII. Jahrhundert entwickelte Industrie sich in Fesseln verwandelt hatten. In „unserer Zeit“ endlich hat die Eigentumsfrage den Sinn, dass es sich um die Aufhebung der Collisionen handelt, die aus der grossen Industrie, der Entwicklung des Weltmarktes und der freien Concurrenz hervorgegangen sind.

Die Eigentumsfrage, je nach der verschiedenen Entwicklungsstufe der Industrie, war immer die Lebensfrage einer bestimmten Classe. Im XVII. und XVIII. Jahrhundert, wo es sich um die Abschaffung der feudalen Eigentumsverhältnisse handelte, war die Eigentumsfrage die Lebensfrage der bürgerlichen Classe. Im XIX. Jahrhundert, wo es sich darum handelt, die bürgerlichen Eigentumsverhältnisse abzuschaffen, ist die Eigentumsfrage eine Lebensfrage der Arbeiterklasse. Die Eigentumsfrage, die in „unserer Zeit“ weltgeschichtliche Frage ist, hat also nur in der modernen bürgerlichen Gesellschaft einen Sinn. Je entwickelter diese Gesellschaft ist, je mehr die Bourgeoisie sich also in einem Land ökonomisch entwickelt und darum auch die Staatsmacht einen bürgerlichen Ausdruck angenommen hat, desto greller tritt die sociale Frage hervor, in Frankreich greller, als in Deutschland, in England greller, als in Frankreich, in der constitutionellen Monarchie greller, als in der absoluten, in der Republik greller, als in der constitutionellen Monarchie.“

Weitere Arbeiten von Engels und Marx werden mitgeteilt aus dem Pariser Vorwärts, der Deutschen Brüsseler Zeitung und den bekannteren Zeitschriften des deutschen Socialismus, wie sie damals neben und nach einander in der rheinisch-westfälischen Ecke Deutschlands erschienen. Ohne Ausnahme sind diese Wiedergaben lehrreiche Beiträge zur Geschichte jener denkwürdigen Zeit.

Mitunter fehlt selbst die „Actualität“ nicht. Solernen wir Engels — wie fast alle Arbeiterführer der grossindustriellen Gebiete des damaligen Deutschland — mehrfach als strammen Schutzzöllner kennen. Um die Wette mit List und allen Listianern sieht er im freien Handel mit England den Ruin der deutschen Industrieentwicklung: „Unsere Zölle sind zu wirklichen Schutzzöllen zu niedrig, zur Handelsfreiheit zu hoch.... Wenn wir die Handelsfreiheit proclamieren und unsere Zölle aufheben, so ist unsere gesamte Industrie mit Ausnahme weniger Zweige ruiniert. Von Baumwollspinnerei, von mechanischer Weberei, von den meisten Zweigen der Baumwollen- und Wollenindustrie, von bedeutenden Branchen der Seidenindustrie, von beinahe der ganzen Eisengewinnung und Eisenverarbeitung kann dann keine Rede mehr sein. Die in allen diesen Zweigen plötzlich brotlos gewordenen Arbeiter würden in Massen auf den Ackerbau und die Trümmer der Industrie geworfen werden, der Pauperismus würde überall aus dem Boden

wachsen... Das Bürgertum kann sich in der That nicht halten, nicht befestigen, nicht zu unumschränkter Macht gelangen, wenn es nicht seine Industrie und seinen Handel durch künstliche Mittel schirmt und pflegt. Ohne Schutz gegen die ausländische Industrie wäre es in einem Jahrzehnt zerquetscht und niedergestampft“. Engels bezweifelt freilich, ob England das Heranwachsen eines industriellen Concurrenten „dulden“ könne; „es muss, um seine Industrie vor dem Untergange zu schützen, die Industrie aller anderen Länder darniederhalten; die Behauptung des industriellen Monopols ist für England nicht mehr eine blosser Frage des grösseren oder geringeren Gewinnes, sie ist eine Lebensfrage geworden.“ Aber selbst beim Siege der Schutzzollpolitik in Deutschland werde... die geknechtete Lohnarbeit doch nicht verschwinden und die Emancipation der Lohnarbeiterklasse doch noch kommen — was wohl selbst damals, vor mehr als fünfzig Jahren, kaum von irgend einem Parteigenossen behauptet oder bestritten worden ist! Charakteristisch für den Realpolitiker Engels ist jedoch die Schlussfolgerung, die er trotz der unvermeidlichen „socialen Revolution“ zuletzt zog:

„Den klugen Bourgeois braucht es niemand zu sagen, dass der Arbeiter, herrsche nun das Schutzzoll- oder Freihandels- oder ein aus beiden gemischtes System, keinen höheren Arbeitslohn erhält, als gerade zu seiner notdürftigsten Unterhaltung hinreicht. Der Arbeiter bekommt auf der einen, wie auf der anderen Seite netto das, was er braucht, um als Arbeitsmaschine im Gange zu bleiben.

Dem Proletarier, dem Besitzlosen, könnte es also dem Anschein nach sehr gleichgültig sein, ob die Schutz- oder Freihandelsmänner das entscheidende Wort führen. Da aber, wie oben gesagt, die *Bourgeoisie* in Deutschland des Schutzes gegen das Ausland *bedarf*, um mit den mittelalterlichen Ueberresten einer Feudalaristokratie und dem modernen... von Gottes Gnaden aufzuräumen und *ihr* eigenstes, innerstes Wesen rein und lauter zur Entfaltung zu bringen, so hat auch die arbeitende Classe ein Interesse an dem, was der Bourgeoisie zur ungeschmälernten Herrschaft verhilft... Mit der Herrschaft des Bürgertums gelangen auch die Arbeiter, von den Verhältnissen getrieben, zu dem unendlich wichtigen Fortschritt, dass sie nicht mehr als einzelne, als höchstens ein paar Hunderte oder Tausende gegen das Bestehende auftreten und sich empören, sondern dass sie allesamt als eine Classe mit ihren besonderen Interessen und Grundsätzen, ihrem letzten und schlimmsten Erbfeinde — der Bourgeoisie — nach gemeinsamem Plane und mit vereinter Macht zu Leibe rücken.“

Ob das Engelssche Urteil über die Industrierückständigkeit Deutschlands und die Notwendigkeit der Staatshilfe für das deutsche Industriecapital richtig auch nur für jene Zeit war, steht natürlich auf einem ganz anderen Blatte. Selbst wenn es für jene Zeit richtig war, beweist es selbstverständlich nichts für deutsche Schutzzölle in der Gegenwart. Aber die Folgerungen aus seiner Voraussetzung hat Engels unumstösslich richtig gezogen, während der „wahre Socialist“ Grün Thränen um den armen weissgebluteten Consumenten vergoss und den Zollverein erwünschte, der „dem Nackten, Frierenden die Lappen zur Bedeckung seiner Blösse noch verteuert, um die Stützen des Throns, die freisinnigen Geldherren, etwas wurmfester zu machen.“ Ist — darin wird man Engels unbedingt beistimmen müssen — ein Zoll nötig zur Productionserhaltung und Productionsentwicklung, so hat trotz aller Preiserhöhung auch die Arbeiterklasse, in ihrem eigenen Classeninteresse, für ihn einzutreten.²⁾

²⁾ Vgl. mein Buch: Grundzüge der Handelspolitik, pag. 342—343, und über die Haltung der grossindustriellen Arbeiterschichten zur damaligen deutschen Schutzzollbewegung pag. 344 ff.

Auch auf die ursprünglichen, später in vielem berichtigten Gedankengänge der beiden socialistischen Denker über die Verelendung der Massen, über die massgebende Rolle des Proletariats bereits in der Gegenwart, über die nächste revolutionäre Bewegung fällt durch die Publication manches helle Licht, wie nicht minder auf den männlich unabhängigen Charakter von Marx und das menschlich schöne Verhältnis zwischen den beiden congenialen Freunden, das vielfach an das Verhältnis zwischen Liszt und Richard Wagner erinnert.

Doch möge für heute diese Skizze genügen, deren Zweck erfüllt ist, wenn der Leser zu dem Werke selber greift.

Polemisches über Polemik.

Von

Eduard Bernstein.

(Berlin.)

Auf einen Schelmen – keinen Schelmen.

Der soeben erschienene zweite Band des von Mehring herausgegebenen litterarischen Nachlasses von Marx, Engels und Lassalle bringt fast nur polemische Arbeiten von Marx und Engels: den polemischen Artikel von Marx gegen Arnold Ruge aus dem Pariser Vorwärts, die Streitschrift gegen die Gebrüder Bauer (Die heilige Familie oder Kritik der kritischen Kritik), die Abfertigung Karl Heinzens durch Marx in der Deutschen Brüsseler Zeitung (Die moralisierende Kritik und die kritische Moral) und daneben noch kleinere polemische Arbeiten, Auszüge aus solchen und Referate über andere, deren Aufnahme in die Sammlung Mehring aus von ihm näher dargelegten Gründen nicht für erforderlich hielt.

Es ist nicht meine Absicht, hier eine Kritik der polemischen Manier von Marx und Engels, wie sie sich in diesen Arbeiten zeigt, zu versuchen. Mehring, der sehr energisch betont und an mehreren Beispielen belegt, dass Marx und Engels bei ihren polemischen Feldzügen gewöhnlich die Provocierten waren, giebt selbst zu, dass sie in ihrer Polemik zuweilen über die Schnur gehauen haben. Hinsichtlich der Vertreter der deutschen Ideologie der vierziger Jahre z. B., an denen Marx und Engels im Communistischen Manifest und anderen der gleichen Periode angehörenden Schriften so scharfe Kritik geübt haben, erkennt er zwar die Berechtigung dieser Kritik durchaus an, er bemerkt aber doch, es sei trotzdem unrichtig, diese Leute „einfach im Lichte dieser Kritik zu betrachten, wie es namentlich auch in der heutigen socialistischen Litteratur üblich geworden ist“¹⁾, und rügt ferner, dass aus der Kritik des Communistischen Manifestes am deutschen Socialismus der damaligen Zeit nachträglich das Wesen dieses Socialismus construiert worden sei. „Es hiesse den Tyrannen übertyrannen und eben dadurch in hoffnungslose Verwirrung geraten, wenn man auf die blosse Autorität von Marx und Engels hin die Hess und Grün verdonnern wollte“²⁾. Und diese Mahnworte sind sehr am Platze.

Die zusätzliche Bemerkung Mehrings freilich, die „orthodoxen Marxisten“ verfielen nicht in den bezeichneten Fehler, nötigt zu einem ziemlich grossen Fragezeichen. Allerdings setzt Mehring den Ausdruck *orthodoxe*

¹⁾ Vergl. Aus dem litterarischen Nachlass von Karl Marx, Friedrich Engels und Ferdinand Lassalle. Herausgegeben von Franz Mehring. II. Bd., pag. 347.

²⁾ a. a. O., pag. 348.

Marxisten in Anführungszeichen, aber das kann nur besagen, dass nach seiner Ansicht diejenigen, welche man mit diesem Titel belegt, in Wirklichkeit gar nicht orthodox sind. Das mag in einzelnen Fällen zutreffen, trotzdem giebt es eine marxistische Orthodoxie, und gerade das besagte Reconstruieren auf Grund der Worte des oder der Meister gehört zu ihren charakteristischen Merkmalen. Denn es liegt tief im Wesen aller Orthodoxie, wie überhaupt allen Schulentums begründet, und ich wüsste auch keinen litterarisch thatigen Schüler von Marx und Engels zu nennen, der es nicht in der einen oder andern Weise geübt hätte, dagegen gar manchen, der immer wieder darauf verfällt. Ist es doch noch gar nicht lange her, dass man überhaupt erst angefangen hat, sich mit den von Marx und Engels kritisierten Socialisten genauer zu befassen, und dass hier noch vieles zu bessern ist, wird Mehring schwerlich bestreiten wollen. Es sei Beispiels halber nur dann erinnert, mit welchem Entsetzen gerade einer von denjenigen, die Mehring wahrscheinlich zu den Orthodoxen in Gänsefüsschen rechnet, seiner Zeit die Bemerkung aufnahm, man könne auch von dem „Kleinbürger“ Proudhon noch etwas lernen.

Von eben derselben Seite ist jüngst in einer Besprechung des vorliegenden Bandes Marx- und Engels-Nachlass mit einem gewissen Stolz darauf hingewiesen worden, dass, wenn Marx und Engels sich einmal auf eine Polemik einliessen, sie dem Grundsatz folgten: auf einen Schelmen anderthalb! und dann sachlich Sieger blieben. Nun bezieht sich freilich die Stelle, wo Marx sich zu jener Praxis bekennt³⁾, bloss auf persönliche oder politische Angriffe: sofern es aber zutrifft, dass er und Engels sich auch in Controversen, bei denen es sich um theoretische Streitfragen handelte, von der besagten Maxime leiten liessen, würde dies gerade ein Grund sein, ihre dort über ihre Gegner gefallenen Urtheile um so kritischer aufzunehmen. Denn bei all solchem Ueberbieten in der Polemik pflegt, ohne dass darum Falsches behauptet zu werden braucht, die Wahrheit in der einen oder andern Weise zu kurz zu kommen. Man wird es daher, wo ihm so grosse Vorzüge gegenüberstehen, wie bei Marx und Engels, mit in den Kauf nehmen, im allgemeinen aber ist es eine keineswegs zu empfehlende Methode. Bei Schriften, die so reiche Schätze wertvoller Belehrung bieten, wie die grosse Mehrheit der polemischen Arbeiten von Marx und Engels, sieht man gern über das Unrecht hinweg, das darin etwa dem jeweiligen Gegner zugefügt wird. Aber schliesslich bleibt Unrecht immer Unrecht, wo und von wem immer es begangen wurde. Dies muss um so mehr betont werden, als sich immer wieder Leute finden, die ihre Gutesinnlichkeit durch möglichst slavische Nachahmung der Aeusserlichkeiten der Meister bekunden zu müssen glauben. Indes, die Sache wird dadurch wahrlich nicht besser, dass ohne den Entgelt irgend eines schöpferischen Gedankens das immer wieder aufgetischt wird, was bloss Manier bei Marx und Engels war.

Nun hat man allerhand bequeme Formeln zur Hand, die Auflehnung gegen polemische Unbilligkeiten in Verruf zu bringen oder geradezu zu verdächtigen. Wer Miene macht, dergleichen zu begehen, ist ein Philister, der kein starkes Wort vertragen kann, ein beschränkter Kopf, der nicht einsieht, dass, wo es Klarheit zu schaffen gilt, alle persönlichen Rücksichten zu schweigen haben; er will vertuschen, wo scharfe Heraushebung der Gegensätze am Platze ist, er nimmt für die zu bekämpfende Person oder Sache Partei, und was dergleichen Unterstellungen mehr sind. Je nachdem wird als schlagendstes Argument noch der Hinweis darauf ins Feld geführt, dass ja gerade die rücksichtslose Bekämpfung aller falschen Apostel durch Marx und Engels bzw. diese und Lassalle die Socialdemokratie zu dem gemacht habe, was sie heute sei.

³⁾ Herr Vogt, pag. 151.

Diese scheinbar so plausible Argumentation, auf die manchmal selbst Leute hineinfallen, die sonst klar zu sehen pflegen, leidet an dem bösen Fehler, dass sie die Gesichtspunkte verschiebt. Möglich, dass es Leute giebt, die wirklich kein derbes Wort vertragen können oder das kindische Verlangen stellen, man solle um des lieben Friedens willen keine tiefgehenden Discussionen pflegen. Das gilt aber nicht von denen, gegen die dergleichen ins Feld geführt wird. Für diese, und speciell den Schreiber dieses, hat es sich nie um Verpönung einer grundsätzlichen Auseinandersetzung gehandelt, sind derbe Ausdrücke allein nie ein Grund gewesen, den Stab über einen Angreifer zu brechen. Alle darauf hinauslaufenden Behauptungen ermangeln der tatsächlichen Unterlage. Es muss dies hier constatirt werden, da von seiten der Redaction der Neuen Zeit jetzt wieder Versuche gemacht werden, den Anschein zu erwecken, als könne man auf dieser Seite keine scharfe Auseinandersetzung, keine derbe Polemik vertragen. Thatsächlich sind es ganz andere Dinge, die von hier aus abgewiesen worden sind.

* * *

Die Petite République Socialiste brachte neulich einen hübschen Artikel Gérard-Richards, überschrieben: Les Censeurs. Es ward darin erzählt, wie auf der letzten Konferenz der internationalen socialistischen Comités zu Brüssel nach Beendigung der angesetzten Tagesordnung der Bürger Ed. Vaillant sich erhob und mit sehr gewichtiger Miene erklärt habe, er müsse noch einen ernsthaften Verstoß gegen die Pflichten internationaler Rücksicht zur Sprache bringen. Alle Welt war auf schreckliche Enthüllungen vorbereitet, als es sich herausstellte, dass der Vorfall, der den Protest Vaillants veranlasst hatte, der Abdruck des Jaurèschen Artikels: Einbildung oder Wirklichkeit? durch das Brüsseler Peuple war. Die Leser der Socialistischen Monatshefte haben das Delict gelesen und können danach die Schwere des Falles beurteilen. Die allerliebste Plauderei enthält eine Stelle, in der Lafargues Deductionsweise etwas ironisirt wird. Durch die Reproduction dieser Stelle sollte sich das Organ der belgischen Socialdemokratie eines höchst verwerflichen Vergehens gegen die wahre Internationalität schuldig gemacht haben.

Leider konnte sich das internationale Comité nicht entschliessen, den verhängnisvollen Artikel dem Scheiterhaufen zu überliefern. Es begnügte sich damit, den Wunsch auszusprechen, dass man allerwärts in internationalen Dingen möglichste Rücksicht obwalten lasse.

Wie verfahren aber diejenigen, als deren Sachwalter Ed. Vaillant auf der Konferenz internationale Sittencensur übte? Welche Sprache führt man in den Organen dieser Richtung gegen diejenigen Socialisten anderer Länder, die sich erlauben, in Bezug auf irgend welche Fragen anderer Ansicht zu sein, als sie? Wir haben in Deutschland Proben dafür an den gehässigen Angriffen auf Jaurès, G. Deville u. s. w., von denen in dem Artikel über die jüngste Entwicklung der französischen Socialdemokratie im vorigen Hefte dieser Zeitschrift gesprochen wurde und die seitdem noch eine Steigerung erfahren haben. Da handelt es sich nicht etwa um blosse Ironisierungen, die den politischen Charakter, die Parteihre unangetastet lassen, da werden vielmehr gleich Aechtungen ausgesprochen, die direct die politische Ehre angreifen, werden Kreuzzüge gepredigt, als handle es sich um unberufene Eindringlinge oder Verräter, und so sicher ist der Obercensor in Deutschland seiner Sache, dass er über Jaurès auch alsbald den Fluch der Nachwelt ausspricht, der diesen „Parteiverderber“ — sollte es nicht richtiger heißen: Partei s p i e l - Verderber? — für immer dem Reich der Verdammten überliefert.⁴⁾

⁴⁾ Erlaubte es der Raum, so würde ich gern hier einen Artikel: Im Kampf reproducieren, den Jaurès in der Petite République vom 31. März als Antwort auf einen ähn-

Aber der Wahrheit die Ehre. Die bezeichneten Ausfälle gegen diejenigen französischen Socialisten, die eine andere Taktik befolgen, als sie zur Zeit von Jules Guesde, Paul Lafargue u. s. w. für richtig gehalten wird, sind noch harmlos im Verhältnis zu den Liebenswürdigkeiten, mit denen aus dem gleichen Lager anderwärts auf diejenigen losgezogen wird, die sich den Zorn der alleinigen Hüter der vollen und ganzen Wahrheit zugezogen haben.

Es sei z. B. nur an die im Vorwärts zur Sprache gebrachten Gehässigkeiten erinnert, mit denen in der von G. Plechanow und Genossen herausgegebenen Sarja⁵⁾ der Pariser Correspondent des Vorwärts, Genosse Kritschewsky, bedacht worden ist. Kritschewsky ist, wie man weiss, keineswegs ein Jaurèsist. Er ist auch kein Parteigänger von Struve und Prokopowitsch in Russland und würde sich sehr dagegen verwalten, „Bernsteinianer“ zu sein. Nein, es trennt ihn nur eine ganz kleine Nuance von den Leuten der Sarja. Aber diese Nuance, die innerhalb der deutschen Partei kaum bemerkt werden würde, genügte, Kritschewsky in einen Topf mit Leuten zu werfen, die man der schmutzigsten Verleumdung beschuldigte. Dass in der gleichen Nummer der Sarja der Schreiber dieses das Zeugnis ausgestellt erhielt, er sei ein toter Mann, dem man höchstens noch eine Leichenrede widme, dann aber mit ihm fertig sei, dass die Leichenrede denn auch den Lesern nicht vor-enthalten blieb, die Beschäftigung mit dem für tot Erklärten sich aber durch die ganze Nummer der Sarja munter weiter fortzog, mag als erheiterndes Factum hier eingeflochten werden. Diese rosenfingerige Morgengöttin scheint dem Fischhandel nicht ganz fern zu stehen.

Oder braucht noch an die Kampfweise von de Leon in New York gegen die Socialisten erinnert zu werden, die in der Auffassung der für America angemessenen Parteipolitik anderer Meinung sind, als er? Und da wir einmal bei dem Thema sind, sollen auch die feigen Verdächtigungen nicht übergangen

lichen Angriff veröffentlicht hat. Indes wird ein Teil genügen. Jaurès schildert die Wahl-agitation, die er in seinem und zwei anderen Wahlkreisen des Departements Tarn führt, die sämtlich jetzt conservativ vertreten sind (durch zwei Mitglieder der sehr einflussreichen Familie Reille und den Marquis de Solage). Die Kreise sind zum grossen Teil noch stark ländlich, und da gilt es, die Kleinbauern und Halbpächter für den Socialismus zu gewinnen. Jaurès führt aus, wie dieses durch Anknüpfung an ihre eigenartige Lage geschieht, wie „nach und nach die Grundzüge des bäuerlichen Collectivismus in ihrem Kopf bestimmtere Gestalt annehmen und immer mehr mit dem Collectivismus der Arbeiter, der allgemeinen Vergesellschaftung der Productionsmittel, zusammenfallen“. „In diesem Sinne werden unsere propagandistischen Arbeiten bei der ländlichen Bevölkerung geleitet. Und indem wir ihnen zeigen, dass die Arbeiter aller Länder durch ihren Bund den allgemeinen Frieden und die Abrüstung vorbereiten, eröffnen wir den Bauern den weiten internationalen Horizont.“ Dann heisst es weiter: „Wohlan, wenn wir tüchtig gekämpft haben, um die wirklichen, die materiellen Ideen des Socialismus in die Köpfe zu bringen; wenn wir mit dem Geist der Routine, dem Vorurteil, den Rückständen des religiösen Fanatismus gerungen haben, die im Gebiet der Cevennen immer wieder aufzuslammen bereit sind; wenn wir des Abends etwas ermüdet, aber doch froh darüber heimkehren, dass wir eine gesunde und redliche Propagandaarbeit gemacht haben, dann lesen wir in Revuen, in denen junge und ernsthafte Doctoren alle Woche den Socialismus retten, dass wir „kleinbürgerlichen“ Socialismus betreiben. Das ist jetzt das Modewort. Oder aber, sie geben ihrer noblen Furcht vor einer „Rückkehr“ eines Millerand in die socialistische Partei Ausdruck. Es genügt ihnen nicht, dass der Congress von Tours sich aufs klarste und entschiedenste über die Frage der Teilnahme von Socialisten an der Regierung ausgesprochen hat. Es genügt ihnen nicht, dass wir erklärt haben, dass „in unseren Augen die in Rede stehende Regierungcombination mit der Legislaturperiode ihr normales Ende nimmt.“ Nein, was sie jetzt quält, ist die Furcht, dass Millerand als Socialist seinen Anteil an den Arbeiten und Kämpfen der Socialisten wieder aufnehmen könne. Sie schärfen wütend die doctrinäre Mistgabel, die ihn austreiben soll . . .“

⁵⁾ Zu deutsch: Die Morgenröte.

werden, welche die Bürger Belfort Bax und H. M. Hyndman *ungezeichnet* in den Spalten der Londoner Justice gegen den Schreiber dieses in die Welt gesetzt haben, Verdächtigungen, die lediglich politischer Verketzerungssucht entsprungen sind — denn persönlich habe ich mit den Genannten nichts zu thun — und die schliesslich in jenem aus Anlass der Breslauer Nachwahl von Frankreich aus versandten *anonymen Circular* gipfelten, das selbst den Conservativen und Antisemiten in Breslau, so wenig sie es sonst an Angriffen fehlen liessen, zu erbärmlich war, um es im Wahlkampf auszunutzen.

Wo gekämpft wird, geht es selten ohne persönliche Angriffe ab, und in der Hitze des Gefechts fällt manches Wort, das man gut thut, nicht auf die Wagschale zu legen. Etwas anderes aber ist es, wenn die Verketzerung Andersgesinnter zur Regel wird und das ganze Parteileben durchseucht.

Die Leute, auf die hier verwiesen wurde, spielen sämtlich die Rolle der sachkundigen Interpreten und Hüter der marxistischen Lehre. Nun wäre nichts abgeschmackter, als behaupten oder auch nur den Gedanken erwecken zu wollen, es sei diese Art Verketzerei irgendwie notwendig mit der marxistischen Lehre verknüpft oder auf Marxisten beschränkt. Sie ist auch von anderen geübt worden und steht nirgends in der Marx'schen Lehre vorgeschrieben. Aber es ist doch nicht ganz zufällig, dass es — von den Anarchisten abgesehen, die überhaupt eine Sonderstellung einnehmen, — in der internationalen Socialdemokratie keine Fraction giebt, bei der die polemischen Ungezogenheiten so eingewurzelt sind, wie gerade in der marxistischen. Schou vor Jahren machte mich einmal ein mittlerweile verstorbener gut internationaler ausländischer Socialist, der durchaus kein Gegner von Marx war, auf diesen Umstand aufmerksam, und obwohl ich mich damals sträubte, ihm die Richtigkeit seiner Behauptung zuzugeben, muss ich doch sagen, dass sie nicht ohne Eindruck auf mich geblieben ist und mich veranlasst hat, diesem Punkte meine Aufmerksamkeit zuzuwenden. Ich glaube denn auch, die Gründe für die Erscheinung einigermassen erkannt zu haben.

*

*

*

Gabriel Deville hat vor einiger Zeit K. Kautsky vorgeworfen, er polemisiere im Geiste des Reliquienhüters. Er erhielt darauf von Kautsky zur Antwort, das sei die Sprache des Renegaten, der das, was er einst verehrte, als Reliquie verspötte. Aber, wie Deville ihm sofort erwiderte, es handelt sich nicht um Verspottung von Reliquien, sondern um Kennzeichnung des Geistes, der Denkweise des Reliquienhüters. Man begreift ohne weiteres den grossen Unterschied. Warum Kautsky sich über ihn hinwegsetzte, entzieht sich meiner Kenntnis. Ignorierte er ihn bloss, um sich an das Wort Reliquie zu klammern und Deville um so bequemer im Lichte eines Renegaten erscheinen zu lassen, so beurteilt eine solche Kampfweise sich von selbst. Sah er ihn aber wirklich nicht, so zeigt dies nur, dass Deville wirklich ins Schwarze getroffen und eine der bestimmenden Ursachen von Kautskys polemischen Unsitten blossgelegt hat.

Der Geist des Reliquienhüters, der Geist des eifersüchtigen Inhabers eines Cultusobjects, das keine Concurrenz verträgt, der Geist des engherzigen Aufbewahrers einer Antiquität, deren Wert gleich null ist, wenn nur der geringste Zweifel an ihrem Alter und Titel Boden gewinnt, — aus ihm heraus erklären sich die bald hochmütigen, bald ängstlichen, bald pathetischen und bald rabulistischen Ausfälle, die eine ruhige, sachgemässe Auseinandersetzung immer wieder vereiteln, die es unmöglich machen, wenn nicht Hausgenossenschaft, so doch wenigstens leidliche Nachbarschaft zu halten.

Und denselben Geist, nur nach dem Grade des Wissens und Charakters, des politischen und des gesellschaftlichen Tactes unterschieden, findet man

bei den übrigen Leuten, die sich für die berufenen Hüter der einzigen Wahrheit halten. Je geringer diese Qualitäten entwickelt sind, um so grösser der Hochmut und die Engherzigkeit; je mehr entfernt vom Genie der Meister, um so stärker die Tendenz, sie in dem nachzuahmen, wie sie sich geräuspert und wie sie gespuckt haben. In der Nachahmung der Fehler von Marx und Engels haben es denn einige Leute auch wirklich zu grosser Virtuosität gebracht.

Auf diese Weise ist es gekommen, dass der Name *Marxist* vielfach gleichbedeutend mit engherzigem Zelotismus geworden ist, mit allem, was Unfrieden und Verbitterung stiftet. Man muss nur nicht glauben, dass alles, was sich in den Reihen der Socialisten der verschiedenen Länder als antimarxistisch giebt, grundsätzlicher Gegner des Lehrgehalts der Marx-Engels'schen Schriften sei. Nichts irreführender, als die Gruppierung nach solchen Schlagworten. Wie das Wort Militarismus seiner grammatischen Ableitung nach etwas sehr Achtungswertes, nämlich den Begriff der Wehrhaftigkeit und Streitbarkeit, der geschichtlichen Abkunft nach aber etwas sehr Verdammenswertes ausdrückt, nämlich den Cultus der feudalistischen Heeresverfassung und Heereseinrichtung, die Gegenüberstellung von Heer und Volk, so kann auch das Wort Marxismus sehr verschiedene Dinge ausdrücken, z. B. das Wesentliche der Lehren von Marx und die zur Kirche gewordene Verbindung derer, welche sich für die allein massgebenden Vertreter dieser Lehren ausgeben. Gegner dieser Kirche sein heisst darum durchaus noch nicht grundsätzlicher Gegner von Marx sein. Es ist eine ganz willkürliche, aber auch wieder im Wesen aller Orthodoxie liegende Unterstellung, dass sie es in denen, für die man in Deutschland den Namen *Revisionisten* geschmiedet hat, durchgängig mit Verächtern von Marx zu thun habe.

Allerdings ist, wo solche Orthodoxie sich einnistet und je engherziger, je gehässiger sie gegen ihre „Ketzer“ vorgeht, ein starker Anreiz für die letzteren vorhanden, schliesslich auch wider den zu rebellieren, in dessen Namen sie verdächtigt und beschimpft werden. Erliegen sie ihm und bildet sich dann eine wirklich antimarxistische Richtung aus, so wird man es in neun von zehn Fällen dem tactvollen Vorgehen jener Orthodoxie zuzuschreiben haben. „Wenn wir gegen Marx kämpfen, meinen wir X.“, sagte mir einmal ein ausländischer Socialist und nannte dabei eine Persönlichkeit, von der Marx sehr wenig und Engels gar nichts gehalten hatte, die aber das marxistische Orakel des betreffenden Landes spielte. Ich kann nicht sagen, dass mir diese Kampfweise sehr imponierte, aber nach Lage der Dinge war sie doch begrifflich, und Aehnliches findet man auch anderswo. Die wenigsten Leute sind eben so genau orientiert, um den Missbrauch aufzudecken, der mit dem Sammelbegriff Marxismus und mit den einzelnen Begriffen des Marxschen Lehrgebäudes getrieben wird.

Welche der zwei Gruppen des französischen Socialismus, die heute in bitterer Fehde liegen, handelt bei den jetzigen Wahlen mehr im Sinne von Marx-Engels: die von den sogenannten Marxisten geführte oder die ihr entgegenstehende? Niemand kann es mit apodiktischer Gewissheit sagen, denn beide könnten sich für ihre Taktik auf Marx-Engels berufen.

Bezweifelt man das? Glaubt man, das Wahlbündnis, welches Jaurès im Departement Tarn mit den radical-demokratischen Republicanern eingegangen ist, um die klerikal-conservative Coalition zu schlagen, schliesse dies aus, verstoße principiell gegen die marxistische Lehre vom Classenkampf?

Nichts irriger, als das. Marx und Engels waren durchaus nicht grundsätzlich gegen Wahlbündnisse mit nahestehenden Parteien. Im Gegenteil. Sie haben solche verschiedentlich gebilligt, und ich kann, wenn es darauf ankäme, einen Brief von Friedrich Engels aus den achtziger Jahren erbringen, worin dieser z. B. einen schon im ersten Wahlgang zu treffenden Wahlhandel

mit den Fortschrittlern für etwas ganz und gar Zulässiges erklärte und sich sehr energisch dagegen aussprach, „auf Congressen im voraus allgemeingiltige Regeln aufstellen zu wollen für taktische Fälle, die der Zukunft angehören“.

Den Streit der Franzosen über die beste Wahltaktik auf Grund formalistisch-buchstäblicher Auslegung des Begriffs Classenkampf entscheiden zu wollen, stände im directen Gegensatz gerade zu dem, was ich für das Bedeutendste in der marxistischen Gesellschaftslehre halte. Andere mögen anderer Ansicht sein, und so wird man, um nicht in theologischen Auslegungstreit zu verfallen, am richtigsten handeln, wenn man die Frage unter Beiseitlassung aller Berufung auf die Evangelien auf Grund der thatsächlichen Verhältnisse und nach Massgabe der zu fördernden Zwecke zu entscheiden sucht. Es werden ja da auch Meinungsverschiedenheiten möglich sein, aber man möge sie als solche behandeln und nicht gleich als Verrat an irgendwelchen heiligen — mit Verlaub zu sagen — Reliquien.

Nein, nicht auf Grund irgend eines Gedankens von Marx und Engels, der lebenswert ist und wirklich lebt, wird Jaurès zu den grossen „Parteiverderbern“ Bakunin und Nieuwenhuis in die Rumpelkammer geworfen, sondern auf Grund von Ueberbleibseln recht kleinlicher Art. Aber wie selbst Marx Bakunin gegenüber nicht durchgängig im Recht war, wie z. B. gerade in Bezug auf die Gestaltung der internationalen Organisation des Socialismus und der Arbeiterbewegung vielmehr Bakunin in wesentlichen Punkten recht behalten hat, so sind noch viel weniger diejenigen, die sich in Frankreich Marxisten nennen, davor gefeit, recht grobe Schnitzer zu begehen. Fern sei es von mir, das schriftstellerische und rednerische Talent eines Jules Guesde, die grosse Belesenheit und geistreiche Ader eines Paul Lafargue in Abrede zu stellen. Aber zu glauben, dass, wer ihren Grimm sich zugezogen hat, darum dasselbe Schicksal erleiden wird, welches die Kirche denen in Aussicht stellt, die „vom Papste essen“, dazu gehört ein „Marxismus“, zu dem ich mich wirklich nicht mehr aufschwingen kann.

*

*

Der Artikel, in dem Kautsky die besagte dräuende Verkündung ausspricht, steht in No. 25 der Neuen Zeit und ist überschrieben: Der Rückzug der Zehntausend. Der Titel bezieht sich auf die Thatsache, dass kürzlich das zehnte Tausend der Schrift: Die Voraussetzungen des Socialismus die Presse verlassen hat. Es ist kein sonderlich bösartiger Artikel — im Gegenteil. Kautsky spricht sich Trost darüber zu, dass die besagte Schrift nicht von dem Schicksal ereilt worden ist, das ihr seiner Zeit prophezeit wurde. Das zehnte Tausend der Auflage werde nicht den Erfolg, sondern den Misserfolg der zehntausend — Revisionisten sehen. Die Revisionsbewegung gehe aus, nicht wie die Anabasis, sondern wie die Katabasis der weiland zehntausend Griechen. Glückliche Reminiscenz an die schönen Zeiten der Beschäftigung mit dem braven Xenophon! Aber mit Reminiscenzen ist es ein eigen Ding. Sie beleben wohl die Darstellung, aber sie führen den Propheten, wie Figura zeigt, leicht in die Irre.

Kein verständiger Mensch wird sich durch den buchhändlerischen Erfolg oder Nichterfolg einer Schrift über ihre Ueberzeugungs- und Wirkungskraft täuschen lassen. Aber noch weniger hat der Umstand zu sagen, dass die fünfte Auflage des Buches eine gelasseneren Stimmung vorfindet, als seine erste. Die erste habe wie eine Bombe gewirkt, wie eine Kriegserklärung, schreibt Kautsky, die jetzige wirke nur noch wie eine litterarische Curiosität. Sie störe selbst ihn nicht mehr in der Nachtruhe.

Wenn's wahr ist, tant mieux. Nur muss ich bemerken, dass, wer einiger-massen Erfahrung in der Parteigeschichte hat, sich das hätte voraussagen

können. Zur Zeit, wo Kautsky noch einer von denen war, die da riefen: „Eine Bombe! Eine Bombe!“, schrieb mir jemand, der nicht weit von ihm sitzt: „In fünf Jahren wird man nicht begreifen, wie dieses Buch solchen Sturm erregen konnte.“ Fast wörtlich ebenso hatten sich, ohne von einander zu wissen, einige „Revisionisten“ damals mir gegenüber ausgedrückt. Die fünf Jahre sind noch nicht um, und es ist erfreulich, schon die Richtigkeit jener Bemerkung durch Kautsky bestätigt zu erhalten. Wir wollen uns die Freude darüber auch nicht durch den Umstand beeinträchtigen lassen, dass die Manier, in der es geschieht, etwas an die Gepflogenheit jugendlicher Seelen erinnert, die, nachdem sie sich vom Schreck über ein vermeintliches Gespenst erholt haben, plötzlich den Ton ändern und todesmutig ausrufen: „Haha, das will ein Gespenst sein!“

* * *

Indes hat Kautskys Artikel eine Seite, bei der wir uns noch etwas aufzuhalten haben. Sie bringt uns wieder auf unser Thema zurück. Kautsky beschäftigt sich im Eingang mit dem Vorwort zur neuen Auflage der Voraussetzungen. In diesem Vorwort werden einige weiteren Thatsachen zur Bekräftigung der in den Voraussetzungen ausgesprochenen Sätze über die Zunahme der Capitalisten gegeben. Es ist bekannt, dass Kautsky, als ich in meiner Zuschrift an den Stuttgarter Parteitag auf die wachsende Zunahme der Zahl der Capitalisten hinwies, mir die Richtigkeit dieser Behauptung sehr entschieden bestritt. Ich habe mir daraufhin die Mühe gegeben, Kautsky an der Hand deductiver Argumente und statistischer Thatsachen von der Hinfälligkeit seines Einwandes zu überzeugen, und habe wenigstens die Genugthuung erlebt, dass Kautsky thatsächlich den Einwand hat fallen lassen, nicht aber die, dass er mir offen zugegeben hätte, mit ihm im Irrtum gewesen zu sein. Das wäre an sich nichts Besonderes: nicht jeder bekommt es fertig, ruhig einen Irrtum einzugestehen. Aber nicht zufrieden, die Discussion von dem ursprünglichen Streitobject abzudrängen, um seinen eigenen Rückzug umso besser zu verdecken, müht sich Kautsky, wie er es früher schon wiederholt gethan, auch diesmal ab, durch ganz ungerechtfertigte Auslegungen und Suggestivfragen mir Widersprüche zu unterstellen. Ich liesse ihn, sagt er zunächst, nach wie vor „im Dunkeln“ darüber, wie ich über die Zunahme des Proletariats denke. Es thut mir sehr leid, aber das ist nicht die Frage, um die der Streit sich dreht. Implicite habe ich in meinem Buch die — von niemand geleugnete — Thatsache der Zunahme der industriellen Arbeiterschaft als allbekannt unterstellt, und ausdrücklich habe ich sie in Entgegnungen auf Kautskys Kritiken des Buches hervorgehoben.⁶⁾

„Vollzieht sich eine Zunahme des Besitzenden auf Kosten der Besitzlosen,“ fährt Kautsky fort, „oder vollzieht sich eine Vermehrung der Capitalisten auf Kosten des Kleinbürgertums? Das ist die Frage. In letzterm Sinne genommen, erkennen wir die Vermehrung der Capitalisten als eine Thatsache an, die wir nie geleugnet haben.“⁷⁾

Wer das Stuttgarter Parteitagsprotokoll nachliest, wird finden, dass das nicht stimmt, dass in Stuttgart von der Frage des Kleinbürgertums überhaupt nicht die Rede gewesen ist. Uebrigens ist die Frage, wie Kautsky sie stellt, auch gar nicht zu beantworten, weil der Begriff des Kleinbürgers sich wissenschaftlich gar nicht genau abgrenzen lässt. Was der Einkommenshöhe nach etwa dem Kleinbürgertum zugerechnet werden kann, hat seinen Charakter

⁶⁾ Vergl. u. a. mein Buch: Zur Geschichte und Theorie des Socialismus, pag. 296, 310 u. a.

⁷⁾ Die Neue Zeit, 1901—1902, I. Bd., pag. 772.

bekanntlich in den letzten Decennien vollständig verändert und befindet sich noch im Zustand der Umwandlung. Ich sagte deshalb in meiner Zuschrift nach Stuttgart: „Die Mittelschichten ändern ihren Charakter, aber sie verschwinden nicht aus der gesellschaftlichen Stufenleiter.“⁸⁾ Das alte Kleinbürgertum verschwindet zum grossen Teil, die kleinbürgerlichen Einkommensclassen aber bleiben und nehmen nicht ab, sondern zu. Nur durch Hinwegsetzen über diese Thatsache und den oben citierten Satz kommt Kautsky dazu, fortzufahren: „Dagegen bestreiten wir ganz entschieden, dass die Gesamtsumme der Capitalisten und der Kleinbürger rascher wächst, als das Proletariat. Bernstein aber spricht auch in seiner neuen Vorrede so, dass man einmal die eine, das andere Mal die andere Auffassung aus seinen Auslassungen herauslesen kann.“⁹⁾ Thatsächlich berühre ich die Frage des Kleinbürgertums da mit keinem Wort; die in Kautskys Worten liegende Unterstellung einer Unklarheit über den thatsächlichen Sachverhalt ist ganz und gar willkürlich.

Das ist eine weitere Probe von Kautskys Art, zu polemisieren.¹⁰⁾ Ich muss darauf verzichten, den Artikel weiter zu analysieren und zu zeigen, wie jedesmal, wo Kautsky mir einen innern Widerspruch nachzuweisen oder mir eine utopistische Auffassung zu imputieren sucht, er nach demselben System verfährt. Ich will nicht so weit gehen und voraussetzen, dass er dabei mala fide verfährt; aber wenn keine Böswilligkeit vorliegt, dann jedenfalls ein ganz ungehöriges, parteisch gehässiges Interpretationsverfahren. Statt da, wo ein Gedanke bloss aphoristisch ausgedrückt ist, ihn nach dem ganzen Zusammenhang logisch weiterzudenken, wird ihm je nach dem polemischen Bedürfnis eine Fortsetzung gegeben, die, auf eine Formalität gestützt, ihn in einen Widersinn auslaufen lässt. Eine polemische Unart, die nicht scharf genug zurückgewiesen werden kann.

Ich weiss, dass, wer von Ethik in der Polemik spricht, sich allen möglichen Spötteleien aussetzt. Aber das soll mich nicht hindern, entschieden dafür einzutreten, dass in der Polemik genau dieselben Regeln der Wahrhaftigkeit beobachtet werden, wie sie im sonstigen gesellschaftlichen Verkehr vorgeschrieben sind. Es verrät eine geringe Meinung von der innern Kraft der Sache, die man vertritt, wenn man glaubt, sie mit Hilfe von Vergewaltigungen der Wahrheit — und selbst die Uebertreibung ist eine Vergewaltigung der Wahrheit — verfechten zu müssen. Das gilt vor allem für den litterarischen Kampf. Hier ist die Möglichkeit vorhanden, die Worte genau zu überlegen und ihnen diejenige Form zu geben, die dem Gegner in jeder Weise gerecht wird. Wer eine starke Sache litterarisch vertritt, wird sich einen starken Gegner wünschen, denn gerade einem solchen gegenüber Sieger zu bleiben ist ein Triumph, der wirklich erhebt. Die ungebührliche Herabdrückung des Gegners ist nicht nur sittlich verwerflich, sie kann auch niemand, der etwas auf sich hält, eine wahre Genugthuung gewähren.

⁸⁾ Vergl. mein Buch: Die Voraussetzungen des Socialismus, pag. VI.

⁹⁾ Die Neue Zeit, 1901—1902, I. Bd., pag. 772—773.

¹⁰⁾ Da lobe ich mir die Redaction der Schleswig-Holsteinischen Volkszeitung! Diese hat neulich in einer Polemik gegen meine Broschüre: Die heutige Einkommensverteilung und die Aufgabe der Volkswirtschaft unentwegt an der Lesart festgehalten, dass die Zahl der Reichen sich nicht vermehrt. Und mögen alle Statistiken der Welt vom Gegenteile zeugen, mag das Zahlenmaterial noch so erdrückend sein, mag selbst die Redaction der Neuen Zeit wanken — impavidum terrent ruinae.

Die neuere Entwicklung des Agrarproblems innerhalb der Socialdemokratie.

Von

Eduard David.

(Mainz.)

Die mit so grosser Begeisterung eingeleitete Bewegung zur Schaffung eines Agrarprogramms für die deutsche Socialdemokratie hatte 1895 in Breslau mit einem völligen Fiasco geendet. Der Breslauer Parteitag desavouierte den Frankfurter in der denkbar schärfsten Form. Der Schutz des Bauern in seiner Eigenschaft als Landwirt, den die 1894er Resolution Schoenlank-Vollmar forderte, wird in der Resolution von 1895 principiell verworfen. Dass die Breslauer Verhandlungen und Beschlüsse die Agitation unter den bäuerlichen Selbstwirtschaftern Mittel-, Süd-, und Westdeutschlands nicht fördern konnten, lag auf der Hand. Die Partei hatte ihrem Eindringen in die Classe der Kleinbauernschaft neue, grosse Hindernisse in den Weg getürmt.

Nach der radicalen, dogmatischen Verurteilung aller auf die Hebung der Lage der Bauernschaft und die Förderung der Landescultur zielenden wirtschaftspolitischen Massnahmen erschien es fast als Hohn, wenn im zweiten Abschnitt der 1895er Resolution Kautsky gesagt wurde, „dass die Landwirtschaft ihre eigentümlichen, von denen der Industrie verschiedenen Gesetze hat, die zu studieren und zu beachten sind, wenn die Socialdemokratie auf dem flachen Land eine gedeihliche Wirksamkeit entfalten soll.“ Für die gedeihliche Wirksamkeit auf dem Lande wäre die praktische Propagierung wirksamer Bauernschuttforderungen die erste Vorbedingung gewesen. Immerhin kann die Einsicht, dass die landwirtschaftliche und die industrielle Entwicklung nicht über den gleichen theoretischen Kamm zu scheren sei, als ein kleiner Erfolg der damaligen Discussion angesehen werden. Der marxistische Glaube an die Analogie zwischen Handwerker und Bauer, den das Erfurter Programm noch unerschüttert aufweist, hatte doch einen Sprung bekommen.

Das schlimmste oder vielmehr das beste an dem Breslauer Beschluss war, dass er in der Praxis gar nicht beachtet werden konnte. Lange vor Breslau waren die socialdemokratischen Vertreter in den Landtagen für eine Reihe der Forderungen und Förderungen der Landwirtschaft eingetreten, die die Resolution Kautsky in Bausch und Bogen verdammt. „Ich bin als gothaischer Landtagsabgeordneter schon seit Jahren für die Forderungen des Agrarprogramms eingetreten. Wird dies Programm jetzt abgelehnt, dann muss ich mich entweder desavouieren, oder ich lege mein Mandat nieder“ — so erklärte Wilhelm Bock in seiner Rede in Breslau. In dieselbe Situation sehen sich die socialdemokratischen Mitglieder der süd-deutschen Landtage gebracht. Und sie thaten das gescheidteste, was sie thun konnten, sie legten weder ihre Mandate nieder, noch desavouierten sie ihre frühere Stellungnahme, sie ignorierten vielmehr den Breslauer Beschluss. Sie mussten dies thun, wenn sie das Ansehen der Partei und ihr Fortschreiten auf dem Lande nicht unheilbar schädigen wollten. Die Partei aber drückte freundlich beide Augen zu ob dieser „Disciplinlosigkeit“.

Die bayerische Landtagsfraction begründete ihre ferneren agrarischen Bewilligungen mit folgenden Sätzen:

„Wir wollen alles irgendwie Zulässige thun, um das Los der Bauern erträg-

licher zu machen und der grösstmöglichen Zahl derselben den drohenden Absturz ins Proletariat zu ersparen. Wir wollen ihnen in dem Kampf gegen das Capital und mit dem Fiscus thatkräftig beistehen, sie als Steuerzahler, als Schuldner, als Wald- und Weiderechtigte, als Erzeuger der zur Volksernährung nötigen Bodenproducte vor Nachteil bewahren. Endlich bringen wir, wie für die culturellen Entwicklungen auf allen Gebieten eintretend, auch der Landescultur, an der das ganze Volk interessiert ist, unser lebhaftes Interesse entgegen und unterstützen alle diese fördernden Massnahmen.“¹⁾

Von denselben Gesichtspuncten ausgehend, bewilligte man in Baden, Hessen und Württemberg nach wie vor grosse Summen für die Hebung der Landwirtschaft in allen ihren Zweigen, für die Förderung des landwirtschaftlichen Unterrichts-, Vereins- und Ausstellungswesens, für die Milderung von Feld- und Flurschäden und für Landesculturunternehmungen mancherlei Art.

Dieser klaffende Widerspruch zwischen Theorie und Praxis besteht bis heute. Denn die Breslauer Resolution ist noch nicht ausser Kraft gesetzt; die Partei als solche hat seit 1895 keinen neuen Versuch zur Lösung der „Agrarfrage“ unternommen. Inzwischen aber hat die marxistische Lehre von dem unvermeidlichen Untergang des landwirtschaftlichen Kleinbetriebes einen schweren Schlag bekommen. Am 14. Juni 1895 fand eine allgemeine Beruis- und Gewerbe-zählung im Deutschen Reich statt. Ihre Ergebnisse besagten das gerade Gegenteil von dem, was der Marxismus über die landwirtschaftliche Entwicklung gelehrt hatte, wie folgende Tabelle zeigt.

Auf die einzelnen Grössenklassen entfielen von je 100 Hektar der landwirtschaftlichen Fläche:

Grössenklasse	1882 Hektar	1895 Hektar	Gewinn (+) oder Verlust (—) Hektar
unter 2 Hektar	5,73	5,56	— 0,17
2—5 „	10,01	10,11	+ 0,10
5—20 „	28,74	29,90	+ 1,16
20—50 „	22,52	21,87	— 0,65
50—100 „	8,57	8,48	— 0,09
100—200 „	4,77	4,75	— 0,02
200—500 „	9,92	9,47	— 0,45
500—1000 „	7,52	7,40	— 0,12
1000 und mehr „	2,22	2,46	+ 0,24

Danach sind es also gerade die Betriebe der bäuerlichen Selbstwirtschafter, d. h. diejenigen, die gross genug und nicht grösser sind, als nötig ist, um einer Bauernfamilie volle Arbeit und Existenz zu gewähren, die im Vormarsch begriffen sind. Und ihnen gerade hatte der Marxismus den jähen Untergang prophezeit, oder vielmehr, er hatte ihn bereits als eine vor unseren Augen sich abspielende Thatsache hingestellt. In Wirklichkeit erfreute sich der Bauer kräftigster Gesundheit; sein Appetit nach mehr Land bewies es. Der absolute Zuwachs, den die Betriebe von 2 bis 20 Hektar zu verzeichnen haben, beträgt nicht weniger als 659 259 Hektar!

¹⁾ Die Socialdemokratie im bayerischen Landtag 1893—99. Handbuch für Landtagswähler. Nürnberg 1899; pag. 50.

Was den Arealrückgang der Zwergbetriebe unter 2 Hektar betrifft, die ihre Zahl von 3 061 831 auf 3 236 367, also um 174 536 vermehrt haben, so umfassen sie 3 Arten von Betrieben: einmal hochintensive rein bäuerliche Gemüse-, Handelsgewächs-, Obst- und Weinbaubetriebe, sodann landwirtschaftliche Nebenbetriebe nichtlandwirtschaftlicher Berufe (Kartoffelacker von Industriearbeitern, Handwerker, Unterbeamten, Wiesenstücke von Fuhrbetrieben u. s. w.) und drittens die landwirtschaftlichen Zwergbetriebe von Gutstigelöhnern. Es ist hier nicht der Ort, dem Schicksal der einzelnen Kategorien nachzugehen. Im übrigen verbieten formalstatistische Gründe, Unterschiede in der Erhebungsart von 1882 und 1895. sichere Schlüsse hinsichtlich dieser Betriebe zu ziehen.

Der geringfügige Zuwachs, den die Riesenbetriebe über 1000 Hektar aufweisen (= 94 014 Hektar), erklärt sich zum Teil ebenfalls aus formalstatistischen Gründen. Jedenfalls haben die vereinzelt Vergrößerungen und Neubildungen herrschaftlicher Güter, Fideicommisses u. s. w. nicht das mindeste mit höherer wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit zu thun. Die Motive, aus denen alte Bodenmagnaten oder neugebackene Industriearb. barone, Finanzgrößen der Börse u. s. w. Bauernland aufkauften, sind ganz anderer Natur. Von einem Niederconcurriren des landwirtschaftlichen Kleinbetriebs durch den landwirtschaftlichen Grossbetrieb ist dabei keine Rede. Es sind die socialen und politischen Privilegien des herrschaftlichen Landbesitzes, die hier ihre culturfeindliche Wirksamkeit entfalten.

Der hervorstechendste Zug des Gesamtbildes: das Vordringen der kleinen, das Zurückweichen der grossen Betriebe, bleibt ungeschwächt bestehen. Die Zahlen dieser Statistik reden deutlich genug. Sie würden aber noch viel, viel deutlicher reden, wenn nicht die grossen Betriebe durch Kornzölle, durch Spiritus- und Zuckerliebesgaben künstlich über Wasser gehalten worden wären. Der Staat hat ihnen in der Zeit von 1882 bis 1895 mit Hunderten und Tausenden von Millionen unter die Arme gegriffen. Ohne diese mächtige Hilfe auf Kosten der Gesamtheit hätte der stolze „Eisenbahnzug“ des Grossbetriebs noch viel klaglicher abgeschnitten im Wettlauf mit der kleinbäuerlichen „Schubkarre“.

Die Ergebnisse der 1895er Zählung kamen für die deutsche Agrarprogrammbeugung leider post festum. Hätte man sie in Breslau bereits gekannt, so wären die Beschlüsse vermutlich anders ausgefallen. Die Einsicht, dass die Kleinbauernmasse kein dahinschwindender, sondern ein beharrender und wachsender Machtfactor in der politischen Arena sei, würde manchen Delegierten anders haben denken lassen über den Versuch, den Bauer für die socialdemokratische Bewegung zu gewinnen. Für die marxistischen Schriftgelehrten und Propheten aber, die alles aufgeboten hatten, die Partei zu jenen Beschlüssen zu bringen, bedeutete das siegreiche Vordringen des landwirtschaftlichen Kleinbetriebs eine Rectificierung empfindlichster Art. Ging der Bauer nicht unter, so musste die marxistische Agrartheorie untergehen.

Das Bewusstsein dieser entsetzlichen Alternative leitete Karl Kautsky die Hand bei der Abfassung seiner Agrarfrage.²⁾ Das ganze Buch ist ein

²⁾ Karl Kautsky: Die Agrarfrage. Eine Uebersicht über die Tendenzen der modernen Landwirtschaft und die Agrarpolitik der Socialdemokratie. Stuttgart. Verlag von J. H. W. Dietz Nachf. 1899.

verzweifelter Versuch, die Weisheit der so lange gepredigten Theorie vor dem Unverstand der Bauern zu schützen, die sich so beharrlich weigern, jener Theorie zu Liebe den Absturz ins Proletariat zu vollführen. Das ist eine harte Arbeit, aber sie gelingt. Kautsky beweist uns, dass sie sich doch bewegt, die Landwirtschaft nämlich, im Sinne der Marx'schen Concentrationslehre. Freilich nicht hinsichtlich der Betriebsform. Da ist nichts zu machen, da erweisen sich die Zahlen der deutschen Statistik und der anderen massgebenden Länder selbst für das Kautskysche Interpretationsvermögen unüberwindbar. Der Grossbetrieb concurrirt nirgends den Kleinbetrieb nieder. Jedoch hinsichtlich der Besitzform, da vollzieht sich „allenthalben“ derselbe Process: „die Loslösung der Landwirtschaft vom Grundeigentum.“ Die von Marx behauptete Concentration vollzieht sich in der Landwirtschaft „auf Umwegen“, d. h. auf dem Wege der Verschuldung und der Ausbreitung des Pachtsystems.

Was die „Expropriation“ des Bauern durch den Hypothekengläubiger betrifft, so habe ich bereits früher einige Kritik an dieser Behauptung geübt.³⁾ Bezüglich der Ausbreitung des Pachtwesens sei hier nur kurz bemerkt, dass es nicht die grossen Pachtbetriebe, in denen Marx den Typus der capitalistisch entwickelten Landwirtschaft sieht, sondern die kleinbäuerlichen Pachtbetriebe sind, die an Boden gewinnen. Das ist kein Beweis für, sondern gegen die Richtigkeit der Marx'schen Auffassung vom Gang der Dinge. Im übrigen kann die ganze Grundeigentumsfrage erst im zweiten Bande meines Werkes ihre Behandlung finden. Die Frage, die uns zunächst zu beschäftigen hat, ist die Frage nach der productionellen Leistungsfähigkeit des landwirtschaftlichen Kleinbetriebs. Sie ist von fundamentaler Bedeutung für das theoretische Verhältnis von Socialismus und Landwirtschaft, wie für das praktische Verhalten der Socialdemokratie zur Landbevölkerung.

In Bezug auf diese Frage kommt Kautsky über den alten Eccariusschen Standpunct von 1868 nicht hinaus. Der bäuerliche Betrieb ist ihm nach wie vor „der irrationellste Betrieb, der sich denken lässt“. Der Kleinbauer als solcher, d. h. da, wo er reiner Landwirt bleibt, kann sich der Concurrenz des Grossbetriebs gegenüber nur halten „durch Ueberarbeit und Unterconsumtion, durch die Barbarei, wie Marx sagt“. Auch die Eccariussche Wendung von der „übermenschlichen Arbeit und untermenschlichen Lebensweise“ kommt bei Kautsky wieder zu Ehren und wird durch allerlei Zahlen und Citate „bewiesen“.

Kurz nach Kautskys Agrarfrage erschienen Eduard Bernsteins Voraussetzungen des Socialismus, die den Anlass zu einer umfangreichen Discussion über das gesamte Gebiet der socialistischen Theorie und Praxis gaben. Auch die Agrarfrage wurde dabei, freilich nur im Vorbeigehen, berührt.⁴⁾ Bernstein kam nach Vergleichung der Agrarstatistik von Deutschland, Holland, Belgien, Frankreich und England zu dem Schluss: „Nach alledem kann es keinem Zweifel unterstehen, dass im ganzen westlichen Europa, wie übrigens auch in den östlichen Staaten der americanischen Union, überall der kleine und mittlere Betrieb in der Landwirtschaft wächst und der grosse oder Riesenbetrieb zurückgeht.“

Zu dem gleichen Resultat kam Friedrich Hertz-Wien. In seiner

³⁾ Vergl. meinen Artikel: Kritische Bemerkungen zu Kautskys Agrarfrage. Die Neue Zeit, 1899—1900. I. Bd., pag. 228 ff. und 260 ff.

⁴⁾ Vergl. Protokoll über die Verhandlungen des Hannoverschen Parteitag (October 1899).

Schrift: Die agrarischen Fragen im Verhältnis zum Socialismus⁵⁾ wirft er Kautsky eine Fülle von agrarstatistischem Material aus den verschiedensten Ländern entgegen, vor dem weder die Lehre von der Concentration des Besitzes auf dem Wege der Verschuldung, noch die Behauptung von der fortschreitenden Verelendung des bäuerlichen Selbstwirtschafers, noch das Dogma von der Leistungsunfähigkeit der kleinen Betriebsform bestehen können. Hinsichtlich des letzten Punctes erklärt Hertz, dass es gar nicht nötig sei, zur Begründung der höherwertigen Leistung des Kleinbetriebs die Feingemüsecultur heranzuziehen. „Nein, selbst in der Getreide- und Zuckerrübenscultur kann der Kleinbetrieb oft weit höhere Rein- und jedenfalls grössere Rotherträge erzielen, als der Grossbetrieb. Die Ueberlegenheit der kleinbäuerlichen Viehzucht wird kaum bestritten.“

Wohl gemerkt, der Kleinbetrieb kann überlegen sein. Er ist es heute keineswegs überall. Hertz betont dies ausdrücklich, und es ist gut, das gewissen ebenso beliebten wie oberflächlichen Einwürfen gegenüber zu wiederholen: „Im Gegenteile zeigen uns zahlreiche Enquêtes, dass ein grosser Teil der Bauern noch in der primitivsten Technik der Landwirtschaft steckt. Wir dürfen eben nicht vergessen, dass bloss ein Menschenalter uns von der feudalen Epoche der Agricultur trennt. Aber mit überraschender Schnelligkeit dringen, besonders durch den Einfluss des Genossenschaftswesens, die Methoden der modernen, landwirtschaftlichen Technik in die früher unzugänglichsten Winkel des flachen Landes ein.“

Und weiter: „Die Leistungsfähigkeit der verschiedenen Betriebsstufen und -arten ist ganz relativ. Unter den verschiedenen natürlichen, gesellschaftlichen, historischen Bedingungen ist bald dieser, bald jener Betrieb geeigneter, die höchste Productivität zu erreichen.“

Die Frage der Concurrenzfähigkeit zwischen landwirtschaftlichem Grossbetrieb und Kleinbetrieb ist in der That nicht nach einer für alle Verhältnisse passenden Schablone zu beantworten. Die Landwirtschaft ist ein Sammelbegriff. Sie umfasst zahlreiche Productionszweige in sehr verschiedenartigen Combinationen; sie kann mit sehr geringer und sehr hoher Intensität betrieben werden⁶⁾, die natürlichen und weltmarktlichen Verhältnisse weisen die grössten Unterschiede auf. Diese Complicirtheit der Frage schliesst eine für alle Zeiten, Orte und Umstände giltige Antwort aus.⁷⁾

Aber eins werden wir sehen: Der Kleinbetrieb ist überlegen in den Zweigen, für die Intensitätsstufen und unter den Productionsverhältnissen, denen die Landwirtschaft der westeuropäischen Culturländer infolge der über-

⁵⁾ Friedrich Otto Hertz: Die agrarischen Fragen im Verhältnis zum Socialismus. Wien 1899; Verlag von L. Rosner. (Vergl. den Artikel von Max Schippel: Hertz gegen Kautsky, im Jahrgang 1899 der Socialistischen Monatshefte, pag. 507 ff.) — Von Hertz erschien ferner: Agrarfrage und Socialismus. Berlin 1901; Verlag der Socialistischen Monatshefte. Letzgenanntes Schriftchen giebt in grossen Zügen einen Ueberblick über die verschiedenen in der Agrarfrage eingeschlossenen Probleme und bringt zum Schluss einen interessanten Entwurf eines socialistischen Agrarprogramms.

⁶⁾ Die Intensität bemisst sich nach dem in einen Betrieb gegebener räumlicher Grösse gesteckten Quantum Arbeit (lebendiger und vergangener = Arbeit und Capital). Fasst man die Wirkung des Arbeitsaufwands auf das Bodenstück ins Auge, so bedeutet Intensivierung des Betriebes stärkere Anspannung der Fruchtbarkeitsfactoren, gesteigerte Bodenausbeutung.

⁷⁾ Vergl. meinen Artikel: Zur Frage der Concurrenzfähigkeit des landwirtschaftlichen Kleinbetriebs. Die Neue Zeit, 18-4—95, II. Bd., pag. 678.

seeischen Concurrenz entgegenstrebt. Damit geraten wir allerdings in den allerschärfsten Widerspruch zu der Marx'schen Agrarprognose. Wir behaupten die entgegengesetzte Entwicklungstendenz. Die Notwendigkeit, einem gegebenen Bodenstück eine immer grössere Wertmasse abzugewinnen, das Fortschreiten zur höchsten Intensität erfordert und fördert den Uebergang zum Kleinbetrieb. Das Schifflin des bäuerlichen Selbstwirtschafter's fährt nicht gegen, sondern mit dem Strom der Entwicklung.

Wir begegnen uns in dieser Auffassung mit namhaften bürgerlichen Agrarökonomern. Obgleich wir wissen, dass das eine schlechte Empfehlung ist in den Augen derer, die ausserhalb der Socialdemokratie nur „Vulgärökonomern“ sehen, deren wissenschaftliche Thätigkeit bewusst oder unbewusst capitalistischen Interessen dient, tragen wir doch kein Bedenken, uns auf die Autorität dieser Männer zu beziehen. Die wissenschaftliche Forschung hat über den Parteien zu stehen. Die Gelehrten sind freilich auch Menschen und als solche engagiert in dem grossen Kampf der socialen und politischen Interessen. Das gemahnt zur Vorsicht, jedem wissenschaftlichem Urteil gegenüber, hüben wie drüben; aber es giebt noch lange nicht das Recht, jedes Urteil, weil es von der einen oder von der anderen Seite kommt, a priori als tendenziös zu verdächtigen.

M. Sering, der die nordamericanische Landwirtschaft einer eingehenden Untersuchung unterzogen hat, und der nichts weniger als die radicale Beseitigung des ostelbischen Grossgrundbesitzes wünscht, gelangt zu dem Schluss: „Es unterliegt nicht dem mindesten Zweifel, dass schlechterdings jeder Zweig der Bodencultur im mittleren und kleineren Betrieb ebenso rationell wie im grossen betrieben werden kann, ja, dass ganz im Gegenteil zur industriellen Entwicklung die fortschreitende Intensität der Bodencultur dem kleineren gegenüber dem Grossbetrieb ein sehr wesentliches Uebergewicht verleiht.“⁸⁾

In dem ersten Teil dieses Satzes ist wiederum das Wörtchen kann nicht zu übersehen. Der zweite Teil hebt den entscheidenden Gesichtspunct heraus. Die der europäischen Landwirtschaft aufgenötigte fortschreitende Intensität ist es, die dem kleinen Betrieb den Wind in die Segel treibt.

In demselben Sinne sagt J. Conrad: „Der Grossbetrieb wird auf die Dauer nicht aufrecht zu erhalten sein, er wird sich mehr und mehr überleben.“⁹⁾ Auch Conrad will dessenungeachtet nicht die „schnelle und gänzliche“ Vernichtung des grossen Grundbesitzes. Das würde einem preussischen Professor auch übel bekommen. Um so gewichtiger fällt für uns sein Urteil in die Wagschale.¹⁰⁾

⁸⁾ Prof. M. Sering: Die innere Colonisation im östlichen Deutschland. Leipzig 1893; pag. 91. — Dieselbe Auffassung verteidigt Sering nachdrücklichst in seiner Abhandlung: Die Agrarfrage und der Socialismus. Schmollers Jahrbuch, 1899.

⁹⁾ Prof. J. Conrad: Die Stellung der landwirtschaftlichen Zölle in den 1903 zu schliessenden Handelsverträgen. Beiträge zur neuesten Handelspolitik Deutschlands, herausgegeben vom Verein für Socialpolitik. Leipzig 1900; pag. 155.

¹⁰⁾ Eine ausgiebige Zusammenstellung von fachmännischen Urteilen über die Leistungsfähigkeit des landwirtschaftlichen Kleinbetriebs giebt Franz Oppenheimer in seiner Siedelungsgenossenschaft (Berlin 1896). Oppenheimer selbst erklärt: „Die Ueberlegenheit des kleinen Betriebes über den grossen ist heute mit unerschütterlicher Sicherheit festgestellt. Kein einziger der uns bekannten neueren Schriftsteller leugnet sie mehr.“

Der landwirtschaftliche Grossbetrieb der europäischen Industrieländer gerat mit dem Fortschritt der weltwirtschaftlichen Entwicklung in steigende Bedrängnis. Uebergang zu hochintensivem Kleinbetrieb oder Rückschritt zu ganz extensiven Formen der Bodennutzung, das sind die beiden Auswege. Beide sind gleich unangenehm für den Grossgutsbesitzer: der erstere widerstrebt ihm als Landwirt, der zweite bedroht ihn als Eigentümer resp. Rentenbezieher. Der verzweifelte Kampf, den die Grossgrundbesitzer und Grosslandwirte seit Einbruch der überseeischen Concurrenz in Deutschlands Parlamenten führen, gilt der Abwehr dieser Alternative. Die alten Privilegien und Bollwerke, die zum Schutze des Grossgutes geschaffen waren, werden verstärkt, neue werden errichtet. Und zur Zeit tobt die Schlacht für oder gegen eine Schutzgesetzgebung allergrössten Stils zur Erhaltung des agrarischen Grossbetriebs.

Die agrarische Schutzzollbewegung hat einen grossen Teil der kleinbäuerlichen Masse mit fortgerissen. Das giebt dieser Bewegung ihre Wucht und Stärke. Wir wollen nicht untersuchen, ob dieser Aufmarsch der Arbeitsbauern hinter den Fahnen der Herrenbauern hätte verhindert werden können. Die Freundschaft kann auf keinen Fall dauern. Die kleinen Bauern werden die Zeche mitbezahlen müssen, die ihre grossen Herren Standesgenossen auf Kosten der Gesamtheit machen. Das wird ihre Meinung über das, was zu ihrem Besten dient, wesentlich corrigieren. Und dann wird auch bei ihnen der Boden bereitet sein für die Vereinigung, die allein im stande ist, das culturhemmende Hindernis des Grossgrundbesitzes hinwegzuräumen: für den politischen und wirtschaftlichen Zusammenschluss der Industriearbeiter- und der Landarbeitermasse.

Den „wirtschaftlichen“ Zusammenschluss — was haben wir darunter zu verstehen?

Während die marxistischen Theoretiker dem Bauer den Socialismus auf ihre Art plausibel und schmackhaft zu machen suchten, war der Bauer eifrig am Werk, dem Socialismus auf seine eigene Art die Wege zu bereiten. Er gründete keine communistischen Ackerbauproduktivgenossenschaften, wie ihm empfohlen wurde. Wohl aber trat er aus seiner Isoliertheit heraus und schloss sich mit seinesgleichen zu Ankaufs-, Credit- und Verwertungsgenossenschaften zusammen. Diese Bewegung hat sich in den letzten zwei Jahrzehnten mit unwiderstehlicher Gewalt Bahn gebrochen, und sie hat heute schon eine so imposante Ausbreitung gewonnen, dass an ihrer Lebenskraft nicht mehr gezweifelt werden kann. Sie hat bereits eine vollständige Regeneration der bäuerlichen Creditverhältnisse bewirkt: in ihr vollzieht sich vor unseren Augen eine Rationalisierung des gesamten inneren Betriebs der Bauernwirtschaft wie ihrer Beziehungen zum Markt.

Ich habe schon vor Jahren auf die Bedeutung dieser modernen landwirtschaftlichen Genossenschaften hingewiesen¹¹⁾. Ich habe sie damals im Unterschied zu den Productivgenossenschaften, wie sie in socialistischen Schriften und Resolutionen propagiert wurden, als bäuerliche Producentengenossenschaften bezeichnet. Wir wollen an dieser Bezeichnung festhalten, um zu verhüten, dass das neue Gebilde durch die Brille des alten Begriffs gesehen und in seinem specifischen Wesen verkannt wird. Es handelt sich hier um einen „Compromiss zwischen dem associativen und dem individuellen Wirtschaftsbetrieb“.

¹¹⁾ Vergl. Die Neue Zeit, 1894—95, II. Bd., pag. 685, und Der Socialdemokrat, 1894, No. 28—35.

Auf diesem Compromiss beruht die Lebenskraft und die wirtschaftsgeschichtliche Bedeutung dieser Organisationen.

Die bäuerlichen Producentengenossenschaften sind noch keine socialistischen Gebilde. Sie sind weit davon entfernt. Aber noch weniger ist „die landwirtschaftliche Productivgenossenschaft dieser Art ein Uebergangsstadium zum Capitalismus“, wie Kautsky behauptet¹²⁾. Mit dieser Stigmatisierung verrammelt man von vornherein den Weg zur richtigen Erkenntnis dessen, was sich hier vollzieht. Es ist die Umbildung des rückständigen isolierten Kleinbetriebs zum rationellen organisierten Kleinbetrieb. Wir haben in dieser Bewegung die machtvollen Anfänge des Socialisierungsprocesses in der Landwirtschaft zu sehen.

Die Entwicklung der bäuerlichen Producentengenossenschaft ist die eine Vorbedingung zur directen wirtschaftlichen Verbindung des Kleinbauern und des industriellen Arbeiters. Die andere Vorbedingung ist die genossenschaftliche Organisation des letzteren als Consumenten. Auch sie sehen wir in mächtigem, zukunftsrohem Werden. Hier wird eine breite Brücke geschlagen, über die einmal die Massen des werktätigen Volkes in Stadt und Land hinüberströmend sich die Hand reichen werden zum festen, befreundeten Bunde.

Ein Buch vom Leide.

Von

Gertrud Kühl.

(Berlin.)

Das neueste Buch von Ricarda Huch: Aus der Triumphgasse gehört wohl zu den merkwürdigsten und grössten in der erzählenden Kunst überhaupt. Es ist selten in ein Buch so viel Leben und Schicksal gebannt, wie hier, und seltener noch ist jedes für sich reich und klar gestaltete Einzelschicksal so in seiner ewigen Bedeutung erfasst worden. Denn dies ist vielleicht das Seltsamste in diesem Buch, dass jedes einzelne für sich gesehen erscheint und dennoch nur jene grosse und fürchterliche Vision des Elends ausdrückt, unter deren Eindruck das Buch entstanden ist. Es ist, als ob man durch eine dunkle Strasse ginge, die in andere ununterscheidbare dunkle Wege mündet. Menschen, wie gespenstische Schatten, huschen schweigsam an einander vorüber, die schwere gewitterschwüle Luft benimmt den Atem, und immer lastender wird die drückende Stille. Da glaubt man vielleicht einen angstvollen, verzweifelten Schrei zu vernehmen, der fast erlösend das bange Schweigen durchbricht, aber man fühlt, dass die Angst den Schrei in der Kehle ersticken würde.

Nur die grössten Künstler aller Zeiten haben Visionen menschlichen Leidens ähnlich gestalten können, wie sie dieses Buch erfüllen. So malte Luca Signorelli die Hölle. Ein fast unentwirrbarer Knäuel nackter menschlicher Leiber, in dem der einzelne in seiner Qual nur ein Glied ist in der dicht aneinander getriebenen Masse der Verdammten, und es ist, als müsste alle Qual in einem einzigen wilden Verzweiflungsschrei zum Himmel gellen.

Die epische Kunst ist mehr, denn jede andere, dazu berufen, die wechselvollen, rätselhaften Verschlingungen wiederzugeben, die wir Schicksal nennen.

¹²⁾ Vergl. Karl Kautsky: Die Agrarfrage; pag. 261.

Leben auf Leben entrollt sich in ihr, das eine greift in das andere und fordert sein eigenes Recht, und aus all dem vergangenen Geschehen entsteigt ein Bild des ganzen seltsam verworrenen Lebens. Und dennoch würde dies alles chaotisch neben einander stehen, wenn nicht all die verschiedenen Strahlen in einem Brennpunct sich sammeln würden. Nicht, wie gewöhnlich, ist dies bei Ricarda Huch ein Einzelschicksal, das in der Vielheit der Dinge den Ausgangspunct bildet, alles vielfältige Geschehen spiegelt sich hier in einer betrachtenden Seele, an der auch ihr eigenstes Erleben in der Erinnerung vorüberzieht, wie ein ferner Traum, aber in den scharfen, sich fest einprägenden Umrissen der Traumbildern eigen ist. So gewinnt hier die Ichform der Erzählung eine neue Bedeutung. Das Ich erzählt hier nicht, wie meist, seine eigene Geschichte, es ist in das Schicksal der anderen, das er miterlebt, irgendwie hinein verstrickt; es schildert dies, wie es ihm nun in der Erinnerung erscheint. So giebt die Erzählung des Ludolf Ursleu, der im Kloster mit der Welt abgeschlossen hat, in der Geschichte von Ludolf Ursleu dem Stil des Romans, der ein so reiches Spiel der Leidenschaften schildert, eine contemplative Ruhe und allem Geschehen die grosse epische Ferne, die hier die höchste Kunstwirkung bedeutet.

Die Form der Erzählung in der Triumphgasse hat demgegenüber eine etwas andere Färbung. Es sind aneinandergereihte zusammengehörige „Lebensskizzen“, die aber ihren eigentlichen Zusammenhang erst darin finden, dass sie von einem Unbetheiligten unmittelbar gesehen und erlebt werden. Es ist hier der Besitzer eines Hauses in der Triumphgasse, der steilen winkligen Gasse im höher gelegenen alten Teile der italienischen Seestadt, in der sich alles abspielt. Beim Hinaufsteigen aus dem unteren vornehmen Stadtteil atmet man befreit die reinere Luft, der Blick auf das weite Meer thut sich auf, und uralte Castellmauern und ein altes, zwischen dürrigen Häusern eingeklemmtes Triumphthor wecken die Erinnerung einer glorreichen stolzen Vergangenheit. Und hier, gerade hier erstirbt der Eindruck befreiender Schönheit in der drückenden Atmosphäre von Armut und Elend. Das Armenviertel, die Altstadt, beginnt, und das hässliche Labyrinth der engen dunklen Gässchen erscheint „wie eine Höhle oder ein unterirdischer Keller, den man von fröhlichen Sonnenhügeln her betritt.“ Nie vielleicht ist der furchtbare Gegensatz der beiden Welten, der sonnigen, erlösenden Schönheit, die das trunkene Auge in Italien überall in sich aufnimmt, und des traurigsten Anblicks menschlichen Elends und menschlicher Verkommenheit — ein Gegensatz, den jeder unbefangene Besucher Italiens als lastend empfinden muss, — erschütternder gestaltet worden, wie in diesem Buch. Die eine Welt greift in die andere, und es scheint, als könnte nie wieder eine reine selige Hingabe an die Schönheit des Seienden möglich werden. Eine in sich abgeschlossene Persönlichkeit wird nun hier in ihrem bisher gleichmässig frohen Leben aufgeschreckt durch das graue Gespenst des Elends. Eine neue Welt voll Entbehrung und Leiden thut sich vor ihr auf, der sie sich zunächst noch widerwillig verschliesst und von der sie sich dann immer mehr bis ins Innerste zerrissen und erschüttert fühlt. Es giebt nun kein Zurück mehr: in das herrliche Sturmlied der Liebe, in das der Fra Celeste ausklingt, dringt der unerbittliche grelle Ton des Elends, und in das wolkenlose heitere Liebesglück starren nun die weit offenen Augen eines Ertrunkenen, der vom Gewürm und Tang der Untiefe umstrickt unsagbare Qualen leidet. Wie anders jene stolzen Gestalten, die Ricarda Huch bisher geschildert hat! Sie tragen ihr Schicksal in sich und müssen ihm rückhaltlos folgen, ohne umzublicken, ohne der Thränen zu achten, die sie anderen bereiten. Stark und sicher gehen sie ihren Weg und fühlen in sich ihr eigenes Sittengesetz. Und niemand dürfte sie doch hart nennen, denn ihr Handeln ist nur der notwendige Ausdruck ihres Seins. Sie wissen nichts von jener Zersplitterung der Seele, die die immer sich

steigernde Complicirtheit des äusseren Lebens heute so leicht mit sich bringt, nichts von dieser Tragik modernen Lebens, die die Instinctsicherheit ertötet. Freilich haben sie wohl mitunter bei all ihrer stolzen Sicherheit ein inneres Zittern und Frieren, eine überweiche Seele, wie Fra Celeste. Sie erinnern dann wohl an jenen stolzen Herzog von Urbino, den Tizian malte, in glänzend starrer Rüstung und fester Haltung, mit dem fast grausam zuckenden Mund und den kranken Augen, die wie verzehrt in die Ferne sehen. Aber ihr ganzes Sein wurzelt in einem uns traumhaft fernen Boden.

Und plötzlich versinkt nun diese ferne Welt einer Seele, die im realen Leben nie ihre Heimat hatte, und diese erfährt an sich die erschütternde Gewalt des Leidens der Armut. Eine reale Welt voll grenzenlosen Jammers steht plötzlich vor ihr, und das Mitleid erwacht. Dieses ungeheure Erlebnis ist das eigentliche Motiv des Buches und giebt auch der Schilderung des einzelnen ihre hinreissende Kraft.

Man fühlt so in diesem Buch mehr, als in den früheren, die Nähe unmittelbaren Erlebens, aber dies nimmt ihm nicht seine epische Grösse, denn das so leidenschaftlich Erlebte verliert nie seine visionäre Ferne. Jedes Schicksal, dem alle Rauheit und Unerbittlichkeit der Wirklichkeit aufgeprägt ist, ist herausgelöst aus seiner Vereinzelnung und in den ewigen Kreislauf menschlichen Leidens einbegriffen, denn jedes trägt in sich das ganze Leben in seiner Substanz, die Leiden ist. Wie eine Vision steigt die Ganzheit des Lebens vor uns auf. Es ist nicht mehr nur das unendliche Elend der Armen und Ausgestossenen des Lebens, es ist die Tragik des ganzen Lebens, ein ewiges Wirrsal von leidenschaftlichem Sehnen, jungem Hoffen, blühend stolzem Leben und grausamster Täuschung, dem inneren Absterben zarter Blütenträume, die ein herbes Schicksal zerstört. Und in diesen Gestalten, die ein unerschöpflich scheinender Reichtum künstlerisch epischer Gestaltungskraft in wenigen Zügen und in fast legendarischer Grösse vor uns hinstellt, lebt ein Wissen um ihr eigenes elendes Geschick. In Momenten zuckt ein klares Erkennen auf, wie ein Blitz, der trübes Gewölk zerteilt, das sich dichter, undurchdringlicher danach wieder zusammenzieht. Jener Moment ist es, in dem die Farfalla, eine der tiefst gesehenen und zugleich rätselvollsten Gestalten im Mittelpunkt der Skizzen, die Frau mit dem trockenen klaren Blick, den runzeligen, verarbeiteten Zügen, die dennoch Spuren ehemaliger Schönheit tragen, die Frau, die fast königlich über ihrer Not zu stehen vermag, inmitten der Mühsal des Tages in der Kirche ihr vergangenes Leben mit all seinen Sorgen und seinem Elend in sich rastlos jagenden Bildern an sich vorüber ziehen sieht und die Zukunft vor sich, eine trostlose Wiederholung des Vergangenen, und ihr zu Mut ist, als könnte sie nie wieder aufhören zu weinen. Aber dann kommt das alltägliche Leben und zieht sie wieder in seinen unentwirrbaren Kreis; es duldet nicht Nachdenken, nicht Klagen, es erdrückt die feineren Regungen der Seele. Mit gierigen Krallen ergreift es von ihr Besitz und löscht die Erinnerung aus an jene Stunde des Erkennens. Träge und müde beugt die gedrückte Seele wieder den Nacken unter das harte Joch: es giebt kein Entrinnen.

Und dennoch: ein fieberhaft krampfhaftes Sehnen nach Glück, ein Zittern um die Strahlen der Sonne des Lebens, die das Schicksal anderen so unverdient und reich zu Teil werden lässt, lebt in diesen innerlich verhungerten Seelen. Unvergesslich ist das Bild der Vittoria, einer Tochter der Farfalla, eines herrlichen, aus der Fülle der Natur heraus geschaffenen Wesens, die an einem lauen Sommerabend mit strahlend stolzen Augen über das Meer sieht und einen Triumphgesang des sonnigen Lebens in sich brausen hört, dessen ihre königliche Natur Herr zu werden glaubt. . . . Und dieselbe Vittoria wird am grausamsten von dem Schicksal geknechtet, getreten. Die Brutalität des Mannes, der ihr

wie ein Märchenprinz, wie ein Bote des sonnigen Lebens erschien, richtet ihre Thatkraft, ihr hoffendes Wesen zu Grunde. . . . Da ist die zarte kleine Anetta mit den hilflosen Kinderaugen, zu der die heitere Fröhlichkeit gehört, wie zu den Vögeln im Mai das lustige Zwitschern im Walde, und die wie ein verirrttes Kind erscheint in ihrem Leben voll harter Arbeit und Entbehrung. Und Antonetta, die in sich in ihrer reichen gütigen Fröhlichkeit, in ihrem sonnigen Lachen, das ihr die Herzen öffnet, das Glück trägt. Auch sie kann dem rätselhaften Schicksal nicht entgehen, das mit den Seelen schaltet, wie mit Blättern, die der Wind vor der Zeit abreisst und die nun in unbestimmte Fernen getragen werden und fern der Wurzel ihrer Lebenskraft verdorren müssen. . . . Aber das Glücksphantom schwindet nicht aus der überhitzten Phantasie der vom Glück vernachlässigten Seelen, die dem Erdenglück übernatürlich prächtige Farben verleiht. Dies drückt das Bild jener armen Frau aus, die die dem Bilde des heiligen Antonius geweihten Lilien mit hungrigen Händen ergreift, weil sie ihr Glück bringen sollen. In inbrünstigen Gebeten erheben sie von Gott den Segen irdischer Herrlichkeit, aber die Erlösung im Glauben, die seligste Hoffnung in den dumpf schlafenden Seelen wieder erwecken könnte, finden sie nicht. Ihr Herz verschliesst sich gegen den wärmenden Strom göttlicher Gnade, die eine andere, unsichtbare Welt ihnen verheisst. . . .

Nur die Kinder mit ihrem hilflosen zarten Körper, mit den wissenden Augen, ernst, unergründlich, von geheimnisvoller Traurigkeit, immer aber sprechend von unbewusstem fernen Leben, diese Kinder, die nur geboren sind, um zu leiden, um an sich denselben unseligen Kreislauf von Träumen und Wünschen, getäuschem Hoffen und geknechteter Seele zu erfahren, sie tragen noch das Zeichen ihrer göttlichen Herkunft. Dies äussert sich am reinsten in Ricardo, dem lahmen, verkrüppelten Sohn der Farfalla, der mit seinen tiefen Augen in dem mageren bleichen Gesicht in der ärmlichen Umgebung auf hartem Lager, in grobe Leinentücher gehüllt, auf die Decke starrt und eine Welt der Träume in sich aufbaut. Er kennt „das Triumphthor, das in der Nacht in das Thal der Träume führt“. Und dieses fast schon erlöschende Leben berauscht sich in seiner Phantasie an aller Herrlichkeit und Seligkeit des Lebens, die er nie geschaut hat und nie schauen wird, denn er weiss um seinen Tod. Seiner Harmonika entlockt er weiche sehnsüchtige Melodien, die von seinem Sehnen sprechen und der unendlichen Traurigkeit menschlichen Lebens, aber sein Glaube an eine unsichtbare Welt hebt ihn über sein Elend hinaus. Niemand in seiner Umgebung begreift ihn, aber jeder liebt ihn, denn sein tieferes Wissen webt einen geheimnisvollen Zauber um den kranken Knaben. . . .

Und dennoch haben all diese armen, gebundenen und getretenen Gestalten, von denen hier nur einige skizziert werden konnten, deren im alltäglichen Leben erstickende Seele scheinbar so klar vor uns liegt, im Grunde ihres Seins etwas Unerklärtes und Rätselvolles, das ihre sichtbare Erscheinung nicht ausdrückt, das sich nur manchmal, in einer Bewegung vielleicht, blitzartig enthüllt. Diese Momente weiss Ricarda Huch festzuhalten und in ihnen das innerste Sein einer Seele zu zeigen. Es ist ein merkwürdiges Doppelsein, das sich hier äussert. Nicht nur Ricardo steht über seiner Not, alle diese armen verlumpten und auch verkommenen Menschen haben oft eine ihnen selbst unbewusste Würde, eine königliche Art, in der sie ihr Elend ertragen. Es ist etwas in ihnen, das sie über das Erleben des Gegenwärtigen, das sie scheinbar doch ganz gefangen nimmt, hinaushebt. Das Bild der königlich stolzen Galanta taucht hier auf, die in der sicheren Freiheit ihres Wesens, ohne der wildesten Stürme zu achten, ihren Weg sich erkämpft. Es ist, als lebte in diesen Seelen die Erinnerung an ein früheres stolzes und seliges Sein, das Wissen um ein vergangenes freudenvolleres Geschick, das ihnen die Ferne zu ihrem unmittelbaren Erleben giebt. Unendlich, wie jetzt ihr Leiden, war vielleicht ihre

Seligkeit. Jede Seele ist mit Vergangenen belastet, aber in diesem Wissen findet sie auch die Ahnung ihrer Ewigkeit, und ihr Schicksal, das seine Bitterkeit verliert im Erkennen ewigen Waltens und Werdens, wird ein Symbol des Ewigen. Hierin liegt vielleicht eine Lösung, freilich eine Lösung, die nur selten, und in Momenten tiefsten inneren Schauens, die dauernde Qual vergessen macht.

Die Grosseinkaufsgesellschaft Deutscher Consumvereine im Jahre 1901.

Von

Heinrich Kauffmann.

(Hamburg.)

Die ausserordentliche Entwicklung, in welche gegenwärtig die deutsche Consumgenossenschaftsbewegung eingetreten ist, spiegelt sich am klarsten in der Entwicklung des „Consumvereins der Consumvereine“, der Grosseinkaufsgesellschaft Deutscher Consumvereine zu Hamburg, wieder. Einen sehr interessanten Einblick in diese Entwicklung, in das Wachsen und Werden dieser neuen wirtschaftlichen Organisation, giebt uns der umfangreiche Geschäftsbericht der Gesellschaft, der vor kurzem an die deutschen Consumvereine versandt ist.

In seiner Einleitung weist der Geschäftsbericht darauf hin, dass auf der einen Seite die durch Krisen verminderte Erwerbsgelegenheit, auf der anderen Seite die durch Preistreibereien der Cartelle und Syndikate und durch die Absperrung der Grenzen gegen die Einfuhr landwirtschaftlicher Producte, insbesondere Vieh und Fleisch, verursachte Verteuerung wichtiger Bedarfsartikel auf den Gedanken der genossenschaftlichen Selbsthilfe fördernd eingewirkt hat. Es entstand eine aussergewöhnlich grosse Zahl von neuen Consumvereinen; die bestehenden Consumvereine hatten überall eine grosse Zunahme der Mitglieder zu verzeichnen. Vor allen Dingen zeigen die Mitglieder der Consumvereine ein viel grösseres Interesse an ihren Vereinen, als in früheren Jahren. Die Consumvereinsbewegung ist eine Massenbewegung geworden; die Mitglieder der Consumvereine sind nicht mehr bloss Käufer von Waren, welche am Jahresschluss ihre Dividende einsäckeln wollen, sondern sie sind Genossenschafter, welche die Idee der Organisation des Consums verstehen lernen und daran mitarbeiten, dieselbe aus der Theorie in die Praxis umzusetzen. Die Genossenschaftsbewegung hat nicht bloss an Breite, sondern auch an Tiefe zugenommen.

Um Missverständnissen vorzubeugen, wollen wir hier gleich hinzufügen, dass unter Organisation des Consums nicht eine vollständige genossenschaftliche Regelung der Distribution verstanden werden kann und soll. Es handelt sich lediglich um die Organisation des Verkaufs der für die Masse hauptsächlich in Betracht kommenden Nahrungs- und Bedarfsartikel. Das ist im Verhältnis zum ganzen Gebiete der Distribution des Volkes nur ein kleiner Teil, und auch die genossenschaftliche Regelung dieses kleinen Teiles der Distribution wird voraussichtlich schon eine lang währende Arbeit sein.

Vor allen Dingen sind es die Verwaltungen der Consumvereine, welche die Idee der Organisation des Consums durchzuführen haben. Erfreulicherweise zeigen jetzt die meisten Verwaltungen der Consumvereine für diese Idee ein grösseres Verständnis; der Gedanke des gemeinsamen Wareneinkaufes gewinnt Form und Gestalt. Namentlich wird in den Kreisen der praktisch thätigen Genossenschafter das Bedürfnis empfunden, den Organisationen der Producenten, den Cartellen und Syndikaten, Verkaufsvereinigungen und Monopolgesellschaften, eine Organisation der Consumenten entgegenzustellen. Die Not ist eine gute Lehrmeisterin, und gerade das verflossene Jahr hat der pädagogischen Thätigkeit der Lehrmeisterin Not ein weites Feld eingeräumt.

So hat denn die Entwicklung der Grosseinkaufsgesellschaft Deutscher Consumvereine im Sinne einer Centralstelle für den gemeinschaftlichen Einkauf der Consumvereine im vergangenen Jahr einen ungeahnten Aufschwung genommen. Das Jahr 1901 war ein Jahr schwerer, mühevoller und harter Arbeit, welche nur mit Anspannung aller Kräfte der Geschäftsleitung bewältigt werden konnte. Es war auch ein Jahr des Erfolges, wie es schöner nicht gedacht werden konnte. Die Zahl der der Grosseinkaufsgesellschaft angeschlossenen Vereine stieg von 102 auf 188; von nicht angeschlossenen Vereinen standen mit der Grosseinkaufsgesellschaft in Geschäftsverbindung 737 gegen 276 im Vorjahre. Insgesamt also arbeitete die Grosseinkaufsgesellschaft im Jahre 1900 mit 378 Vereinen, im Jahre 1901 mit 925 Vereinen; sie zählt somit zwei Drittel der deutschen Consumvereine zu ihren Abnehmern und Freunden.

Der Umsatz der Gesellschaft erreichte eine Höhe von 15 137 761 Mark gegen 7 956 335 Mark im Vorjahre, das ist eine Steigerung des Umsatzes um 90,25 %. Während in den verfloßenen Jahren die jährliche Zunahme durchschnittlich 1 Million Mark betrug, erreichte sie im Jahre 1901 jetzt plötzlich das Siebenfache dieser Ziffer. Die Umsätze der ersten Monate des Jahres 1902 zeigen, dass dieses Wachstum fort dauert. Es ist auch kaum anzunehmen, dass in nächster Zeit ein Stillstand eintreten wird, da mit der Zunahme des Umsatzes zugleich auch die innere Organisation der Gesellschaft eine Form erfahren hat, die ihr gestattet, nach allen Teilen des Landes leistungsfähig zu sein. Die Umsätze der einzelnen Vereine haben bei den älteren Vereinen überall eine Zunahme erfahren. Von den erst in diesem Jahre zu der Grosseinkaufsgesellschaft in Geschäftsverbindung getretenen aber noch nicht angeschlossenen Vereinen hat ein Teil erst Probekäufe gemacht. Von den angeschlossenen Vereinen hat einer nahezu 2 Millionen umgesetzt, 4 Vereine $\frac{1}{2}$ bis 1 Million und 19 Vereine 100 000 bis $\frac{1}{2}$ Million Mark. Wenn alle Vereine sich in demselben Verhältnis an dem Warenbezug durch die Grosseinkaufsgesellschaft beteiligen werden, wie es die meisten der vorstehend erwähnten in verschiedenen Teilen des Landes belegenen Vereine thun, so müsste der Umsatz in kurzem auf 50 bis 60 Millionen Mark emporschnellen.

Der Warenbezug der Grosseinkaufsgesellschaft von den Productivgenossenschaften und den producierenden Consumvereinen hat im vergangenen Jahre eine lebhaftere Steigerung erfahren. Von der Tabakarbeitergenossenschaft wurde nahezu für 100 000 Mark bezogen. Durch das von dieser Genossenschaft eingeführte Gewinnbeteiligungssystem entfiel auf die Grosseinkaufsgesellschaft eine Rückvergütung von rund 3000 Mark. Für diese Summe hat die Gesellschaft Anteile bei der Tabakarbeitergenossenschaft gezeichnet. In wenigen Jahren wird sie die grösste Zahl der Anteile der Tabakarbeitergenossenschaft in ihrer Hand vereinigen; dadurch wird in der einfachsten und natürlichsten Weise eine so innige Verbindung zwischen der Grosseinkaufsgesellschaft und der Tabakarbeitergenossenschaft hergestellt, dass diese letztere ihrem Wesen nach als eine Productivabteilung der Grosseinkaufsgesellschaft betrachtet werden kann.

Von der Kautabakarbeitergenossenschaft in Nordhausen bezog die Grosseinkaufsgesellschaft Kautabak, von der Vereinsbuchdruckerei in Hannover Geschäftsbücher und Formulare, von der Productiv- und Einkaufsgenossenschaft in Frankfurt a. M. Rollenmarkencassetten, aus der Schlächterei des Consumvereins Leipzig-Connewitz Fleischwaren im Werte von 63 000 Mark und aus der grossen Walzmühle des Consumvereins Leipzig-Plagwitz Roggen- und Weizenmehl im Werte von 53 000 Mark. Von dem Verband Schweizerischer Consumvereine wurden gewaltige Posten Emmenthaler Käse bezogen, während die englische Grosseinkaufsgesellschaft einen Teil des Theebedarfs der deutschen Genossenschafter deckte. Es ist das Ziel der Geschäftsleitung, diese nationalen und internationalen Geschäftsverbindungen der Genossenschaften weiter auszubauen und ein möglichst vollkommenes System des genossenschaftlichen Warenaustausche herzustellen.

Das Warengeschäft gestaltete sich im vergangenen Jahre zum Teil recht schwierig, da namentlich die grossen Syndikate und Ringe, wie der Zuckerring, die Petroleummonopolgesellschaft und das Kohlsyndikat, ihre wirtschaftliche Uebermacht in so rücksichtsloser Weise ausnutzten, dass sie sich den Unwillen des gesamten Handels zugezogen haben. Diese Rücksichtslosigkeit der Ringe wird um so stärker fühlbar, als ausserordentliche Warenmengen in Frage kommen. So lieferte die Grosseinkaufsgesellschaft nicht weniger als 10 Millionen Pfund Zucker und rund 20 000 Barrels Petroleum an die Consumvereine. Durch die Zunahme dieses Umsatzes ist allerdings die Möglichkeit gegeben, auch mit diesen Grossen unter den Grossen gelegentlich ein ernstes Wörtlein zu reden. Andere Produzentenorganisationen, wie z. B. der vielgeschmähte Spiritusring, waren weitblickend genug, der Consumgenossenschaftsbewegung gegenüber eine sympathische Haltung einzunehmen, da sie erkannten, dass die durch die Organisierung der Warenverteilung bewirkte Preisersparnis sich zum Teil wieder in einer Vergrösserung des Verbrauches bemerkbar machen muss. Von anderen Massenartikeln aus dem Umsatz der Grosseinkaufsgesellschaft sind zu nennen: 13 000 Ballen Rohkaffee, 417 000 Pfund Röstkaffee, 44 000 Sack Mehl, $3\frac{1}{4}$ Millionen Pfund Margarine, 2 Millionen Pfund Seife, 1 Million Pfund Schmalz und 1 Million Pfund Kaffeesurrogat und Malzkaffee.

Der Ausbau der inneren Organisation war eine der wichtigsten Aufgaben der Verwaltung. An die Stelle der Centralisation musste bei der Grösse des Betriebes eine Bezirkseinteilung treten. Das Land wurde in 4 Bezirke zerlegt, wovon 2 wieder im Laufe des Jahres geteilt werden, so dass endgiltig 6 Bezirke entstehen. Für jeden dieser Bezirke wurde ein Vertreter ernannt, der jährlich die Vereine zwei- bis dreimal zu besuchen hat. Ebenso werden für die zu bildenden Bezirke Vertreter ernannt werden. Für jeden Bezirk wird am geeigneten Platz ein Centrallager errichtet. Die 6 Bezirke umfassen: 1. Nordwestdeutschland, Braunschweig und den Harz, 2. Berlin, Provinz Brandenburg, die Lausitz und die östlichen Provinzen, 3. Provinz Sachsen, Thüringen und Anhalt, 4. Königreich Sachsen und Nordbayern, 5. Süddeutschland, Rhein- und Maingau, 6. Rheinland, Westfalen und das nördliche Hessen. Feste Centralläger sind errichtet für den süddeutschen Bezirk in Mannheim und für den Ostbezirk in Berlin. In der Errichtung begriffen sind die Läger für Königreich Sachsen in Chemnitz und für den nordwestdeutschen Bezirk in Hamburg. Ein Transitlager für Sachsen wird ausserdem in Riesa errichtet werden. Von der Entwicklung dieser Centrale hängt der weitere Ausbau der Organisation ab. Dieser Bezirkseinteilung entspricht auch die Organisation des Hauptcomptoirs in Hamburg. Insgesamt beschäftigt waren am 15. März d. J. 76 Personen.

Eine neue eigenartige und selbständige Abteilung bildet die Schriftleitung der Grosseinkaufsgesellschaft Deutscher Consumvereine, die am 1. Januar vorigen Jahres errichtet wurde. Die Schriftleitung umfasst die Presse (Wochenbericht, Frauengenossenschaftsblatt und Consumgenossenschafts-correspondenz), Statistik, Auskunftsverteilung und Agitation (Flugblätter, Vorträge, Referentenachweis), Buchhandel und Verlag (Genossenschaftslitteratur und Volksbildungsschriften), Drucksachenvertrieb (Formulare, Geschäftsbücher, Statuten, Rollenmarken u. s. w. u. s. w.). In der Schriftleitung, in der anfänglich nur 1 Beamter thätig war, sind jetzt 7 Personen beschäftigt. Während früher der Wochenbericht erhebliche Opfer seitens des Geschäfts beanspruchte, hat diese Abteilung bereits im verflossenen Jahre einen nicht unerheblichen Ueberschuss aufzuweisen gehabt. Dabei ist der Umfang des Wochenberichts von 12 bis 16 Seiten auf 20 bis 24 Seiten wöchentlich erweitert worden.

Einen beispiellosen Erfolg hatte der Vorschlag der Schriftleitung zur Herausgabe des Frauengenossenschaftsblattes. Schon die erste Nummer, die am 1. April zur Ausgabe gelangte, konnte in einer fest abonnierten Auflage von 153 000 Exem-

plaren erscheinen. Beteiligt waren an der Herausgabe 127 Vereine; allein während der Drucklegung liefen Abonnements auf über 30 000 Exemplare ein. Damit ist ein consumgenossenschaftliches Massenorgan geschaffen, wie es fast einzig in der Welt dasteht. Allein das Massenorgan der englischen Grosseinkaufsgesellschaft *Wheatshaf*, das monatlich in einer Auflage von 170 000 Exemplaren erscheint, hat eine grössere Verbreitung. Es ist jedoch anzunehmen, dass schon im Laufe dieses Jahres die Auflage des Frauengenossenschaftsblattes auf nahezu $\frac{1}{4}$ Million steigen wird. Damit würde dann die deutsche Consumgenossenschaftsbewegung bewiesen haben, dass sie einer Kraftentfaltung fähig ist, die vor der der englischen Consumgenossenschaftsbewegung nicht zurücksteht.

Für den geschäftlichen Verkehr mit den Consumvereinen werden von der Geschäftsführung regelmässig wöchentliche Warenberichte und Preislisten in einem Umfange von 8 Seiten herausgegeben. Diese Warenberichte werden gratis an circa 1400 deutsche Consumvereine versandt und sind den Geschäftsführern bei ihren Einkäufen treue und zuverlässige Ratgeber. Ueberhaupt ist das Verhältnis der Consumvereine zu der Grosseinkaufsgesellschaft ein viel innigeres und freundschaftlicheres geworden. Welchen Anteil daran der Wochenbericht hat, drückt der Geschäftsbericht durch folgende Worte aus: „Durch die aufklärende Arbeit unseres Wochenberichts, welcher in reichhaltiger Weise die theoretischen und praktischen Fragen des Genossenschaftswesens bespricht, die Vereine durch Berichte aus denselben über Generalversammlungen und sonstige Vorgänge näherbringt und durch die Besprechung der Geschäftsberichte auf die vorteilhaften Einrichtungen sowie auf die Mängel der einzelnen Vereine hinweist, ist eine grosse Menge von Vorurteilen und Misstrauen beseitigt wurden.“

Erfreulich ist es, dass junge in der Gründung begriffene Vereine jetzt fast überall sich des praktischen Rates und der Hilfe der Grosseinkaufsgesellschaft bedienen. Namentlich wird seitens der Gesellschaft darauf geachtet, dass leichtfertige Gründungen vermieden werden und dass zunächst die Vorbedingungen an Mitgliederzahl und Capital, die für ein gesundes Wachstum der Vereine unerlässlich sind, vorhanden sind. Für diese jungen Vereine wird dann seitens der Gesellschaft die ganze Einrichtung geliefert, damit ihre Unerfahrenheit nicht von GROSSISTEN ausgebeutet wird und damit vor allen Dingen den Vereinen nicht mehr Waren verkauft werden, als sie in 4 bis 6 Wochen umsetzen können. Auch bei der Einrichtung der Buchführung und allem, was sonst für ein gutes Gedeihen der Vereine notwendig ist, steht die Grosseinkaufsgesellschaft mit Rat und That zur Seite. Irgend einen Gewinn hat sie aus dieser Thätigkeit nicht, dafür kann sie aber die erfreuliche Beobachtung machen, dass die bei ihrer Einrichtung von praktischen Erfolgen geleiteten Vereine sich in bester Weise entwickeln und rasch empor blühen. Die Vereine danken für die ihnen geleistete Hilfe dadurch, dass ihr Verhältnis zu der Grosseinkaufsgesellschaft ein ausserordentlich freundschaftliches ist und dass sie den weitaus grössten Teil ihres Bedarfes, 70, 80, 90% und mehr, durch die Gesellschaft beziehen.

Die Organisation der Consumvereine zu **Einkaufvereinigungen** hat auch im verflossenen Jahre gute Fortschritte gemacht. Die meisten dieser Einkaufsvereinigungen waren gute Förderer der Grosseinkaufsgesellschaft. Immer mehr bricht sich die Auffassung Bahn, dass diese Einkaufsvereinigungen, wenn sie Erfolg haben wollen, sich zu Bezirksorganisationen der Gesellschaft auswachsen müssen. Die Geschäftsführer und Vertreter der Grosseinkaufsgesellschaft sind auf den Einkaufstagen gern gesehene Gäste. Mit nicht weniger als 23 Einkaufsvereinigungen steht die Grosseinkaufsgesellschaft in innigster Geschäftsverbindung. Aufgabe dieser Einkaufsvereinigungen ist, die Aufträge der Consumvereine eines Bezirks zu sammeln und einen gemeinschaftlichen Bezug der Waren herbeizuführen, um dadurch günstigere Preise und vor allen Dingen eine Ersparnis an Fracht zu erzielen.

Zu einem Einkaufstag im grössten Stile gestaltet sich die Generalversammlung der Grosseinkaufsgesellschaft, mit der im vorigen Jahre zuerst eine Warenausstellung verbunden war. Der Erfolg dieser Warenausstellung wurde allgemein anerkannt. Von Jahr zu Jahr soll das System weiter ausgebaut werden, so dass die Generalversammlungen nicht bloss Beschlüsse fassende Körperschaften, sondern Hochschulen der praktischen Arbeit für die leitenden Genossenschafter sind und sein werden.

Die Beziehungen der Grosseinkaufsgesellschaft zu anderen Genossenschaften und genossenschaftlichen Verbänden des In- und Auslandes sind im verflossenen Jahre lebhafter und inniger geworden. Das Verhältnis zu den Unterverbänden der Consumvereine ist mit zwei Ausnahmen ein sehr freundschaftliches. Mit den ausländischen Consumvereinsverbänden und Grosseinkaufsgesellschaften wird eine regelmässige Correspondenz unterhalten, werden Zeitungen und Drucksachen ausgetauscht, und die Generalversammlungen und Congresse werden gegenseitig durch Delegierte beschickt. Diese Beziehungen geben nicht nur zahlreiche Anregungen, sondern sie bekommen durch die Herbeiführung eines internationalen Güter-austausches auch immer mehr einen praktischen Gehalt. Auch den deutschen landwirtschaftlichen Verbänden und Centralgenossenschaften ist die Grosseinkaufsgesellschaft im verflossenen Jahre näher gekommen und hat verschiedene Geschäftsverbindungen mit denselben anknüpfen können. Die Geschäftsleitung ist aufs eifrigste bemüht, eine directe Warenabnahme von den genossenschaftlich organisierten Producenten, von den landwirtschaftlichen Genossenschaften, herbeizuführen.

Nur nach einer Richtung hin haben die freundschaftlichen Beziehungen zu anderen Verbänden eine Trübung erfahren, nämlich durch das Verhalten der Leitung des Allgemeinen Verbandes der deutschen Erwerbs- und Wirtschafts-genossenschaften, über das die Leser dieser Zeitschrift ja durch die Berichte der Rundschau, sowie durch den Artikel von A. von Elm im letzten März-Hefte hinreichend informiert sind. Die Geschäftsleitung der Grosseinkaufsgesellschaft lehnt es in ihrem Geschäftsbericht ausdrücklich ab, sich mit diesen Auseinandersetzungen und den sich daran knüpfenden Erörterungen zu befassen, da sie notwendiger und wichtigere Aufgaben und Arbeiten zu erledigen habe.

Die Thätigkeit des Aufsichtsrats der Grosseinkaufsgesellschaft war entsprechend der ausserordentlichen Entwicklung und dem Ausbau der inneren Organisation eine viel angestregtere, als in früheren Jahren. Insgesamt fanden sieben Zusammenkünfte des Aufsichtsrates, die bis zu drei Tagen dauerten, statt.

Der Bilanz entnehmen wir folgende Ziffern: Activa: Cassen- und Bankbestand 85 125, Warenbestand 137 998, Inventar 120 000, Debitoren 1 293 124, nicht einbezahlte Stammanteile 49 713 Mark. Passiva: Stammcapital 300 000, Reserven 30 693, nicht abgehobene Dividenden 11 254, Creditoren 780 093, Accepte 132 169, Spareinlagen 31 488, Darlehen 195 167, Reingewinn 95 565 Mark.

Spareinlagen und Darlehen bei der Gesellschaft anzulegen, ist jeder Consumverein sowie auch ein jedes Mitglied eines Consumvereins berechtigt. Spareinlagen mit kurzer Kündigungsfrist werden mit 4%, Darlehen mit längerer Kündigungsfrist mit 5% verzinst. Ein Vergleich zwischen dem Debitoren- und Creditorenconto einerseits und den Umsätzen andererseits zeigt, dass die Grosseinkaufsgesellschaft durchschnittlich in 2½ Wochen, die Consumvereine durchschnittlich in 4 Wochen regulieren. Die gesamten Geschäftskosten einschliesslich Zinsen und Abschreibungen betragen 147 257 Mark, also noch nicht 1% des Umsatzes. Das ist in einem Jahre der vollständigen Umwandlung der inneren Organisation ein sehr günstiges Ergebnis.

Nach dem Gewinnverteilungsvorschlag sollen von dem Reingewinn 18 346 Mark den Reserven überwiesen werden. An die angeschlossenen

Vereine werden 4 pro Mille, an die nicht angeschlossenen Vereine 2 pro Mille auf den Umsatz zurückvergütet. Auf der Tagesordnung der Generalversammlung vom 27. bis 29. April in Braunschweig stehen als wichtige Punkte, ausser Vortrag des Geschäftsberichts, Entlastung u. s. w., die Anstellung und Wahl eines dritten Geschäftsführers, die Erhöhung des Stammcapitals bis zu 500 000 Mark und der Kauf eines Lagerhauses in Hamburg.

So zeigt das Jahr 1901 eine Entwicklung der Grosseinkaufsgesellschaft Deutscher Consumvereine, wie es in der Geschichte der Genossenschaftsbewegung der ganzen Welt wohl einzig dasteht. Es war ein Jahr angestrenzter, muhevoller Arbeit, aber auch beispielloser Erfolge. Aus kleinen Anfängen heraus ist die Grosseinkaufsgesellschaft zu einem Institut von nationaler Bedeutung emporgewachsen. Ihr Ziel, die Organisation des Warenbezuges für die Consumvereine, rückt in greifbare Nähe. Mit der Grösse und Kraft der Grosseinkaufsgesellschaft wächst aber auch ihre Leistungsfähigkeit und damit die Leistungsfähigkeit und Concurrenzfähigkeit der durch sie beziehenden Vereine. Auf immer breiterer und festerer Grundlage erhebt sich das genossenschaftliche Gebäude. Ein gewaltiger Bau ist es, an dem Generationen werden zu bauen haben. Unserer Generation ist die Ehre zugefallen, den Grundstein zu diesem Gebäude zu legen. Mögen zukünftige Geschlechter froh und glücklich in ihm wohnen!

Ein neuer Versuch zur Rettung des Kleingewerbes in Oesterreich.

Von

Sigmund Kaff.

(Wien.)

Seitdem die Mittelstandspolitik — wenigstens innerhalb der schwarzgelben Pfähle — ein Mittel zum Zwecke geworden ist, wird immer wieder der Versuch erneuert, durch Aenderungen der Gesetzgebung den absterbenden Teilen des Handwerks frisches Blut zuzuführen. Zwar hat sich die Regierung seit langem überzeugt, dass eine blosse Aenderung gesetzlicher Bestimmungen hierzu nicht genügt, und sie hat deshalb eine eigene „Gewerbeförderungsaction“ eingeleitet, welche die technische und wirtschaftliche Unterstützung des Kleingewerbes bezweckt. Allein auch dieses Mittel erweist sich als unzureichend, und so greift man denn wieder zur legislativen Action und revidiert zum so und so vielen Male die sogenannte Gewerbeordnung, d. h. jenen monströsen Codex, an dem die wirtschaftspolitischen Demagogen sich auszutoben pflegen, weil ihm fälschlich die Wirkung zugeschrieben wird, dass er — selbst ein Product und Abbild der gewerbepolitischen Strömungen — die schlimme Lage des Handwerks verursacht habe. Es handelt sich, wie die Regierung vorgiebt, um die Erhaltung und Kräftigung des so zahlreichen gewerblichen Mittelstandes — eine im Jahre 1897 vorgenommene Zählung ergab 564 743 Betriebe der Erzeugungsgewerbe —, in Wirklichkeit aber um die Befriedigung der Wünsche und Begierden einer Wählermasse, die die Regierung um jeden Preis sich warm erhalten will, weil sie ihr, geführt von scrupellosen demagogischen Elementen, sonst unangenehm werden würde.

Die im Jahre 1895 vorgelegte und später stillschweigend zurückgezogene Novelle zur Gewerbeordnung ist durch eine andere Vorlage ersetzt worden, die man durchzubringen hofft, in der Meinung, dass das entmannte Parlament keines ernststen Widerstandes fähig sei. Damals bezog sich die „Reform“ hauptsächlich auf den Befähigungsnachweis, die Genossenschaften (Innungen), den Arbeitsvertrag und seine Beschränkungen (Arbeiterschutz), die Genossenschafts-krankencassen und das Strafsystem. Diesmal hat man die Punkte, welche 1895

hauptsächlich Anstoss erregten: die Verschärfung des Befähigungsnachweises, den Arbeiterschutz und die Krankenversicherung zurückgestellt, dafür das Lehrlingswesen, den Fortbildungsunterricht, die Genossenschaftsinstructoren, die Meistercassen, das sogenannte Witwenrecht u. a. hinzugefügt. Das Schwergewicht wird heute, wie damals (1895), auf die Genossenschaften gelegt, und der Zweck aller dieser Neuerungen ist, den Schwächezustand des von der Grossindustrie bedrohten und decadenten Handwerks zu beheben. Das Mittel zu diesem löblichen Zwecke ist die Wiederbelebung der Organisation der Kleinmeister, der Genossenschaften. Man glaubt dies dadurch erreichen zu können, dass man das Lehrlingswesen und die Arbeiterschaft den Meistern ausliefert, die Genossenschaftsvorstände mit neuen Competenzen und autoritärem Charakter ausstattet und die Gewerbefreiheit einschränkt. Die Einschränkung der Concurrenz durch einen numerus clausus — das ist das uneingestandene, aber für den Sachkundigen offen zu Tage liegende Endziel der zünftlerischen Bestrebungen. Sowie der bäuerliche Grundbesitz durch die eigentümliche Gestaltung des Erbrechts vor der Zerstückelung geschützt werden soll, so auch sollen die gegenwärtigen Nutzniesser des Handwerks vor der Concurrenz der künftigen bewahrt werden. Deshalb stipuliert der Gesetzentwurf für die Lehrlinge und Gehilfen ein fast ausschliessliches Bestimmungsrecht der Genossenschaften, d. h. der Meister, nicht bloss insoweit erstere als Arbeitskräfte, sondern auch insoweit sie als angehende Bewerber um die Rechte der Meisterschaft auf Ausbeutungsfreiheit in Betracht kommen. Von der Wiege bis zum Grabe gleichsam soll die Genossenschaft über den Hilfsarbeiter gebieten dürfen, um die Zahl der Meister auf einem möglichst niedrigen Stande zu erhalten. Diese systematische Unterdrückung der Gewerbefreiheit beginnt naturgemäss bei den Lehrlingen. Denn sie sind ja die Väter der künftigen Gehilfen und aus ihnen recrutieren sich in der Folge die Meister, die Concurrenten der jetzigen Gewerbeinhaber. Soll daher die Einschränkung der Concurrenz wirksam sein, so muss sie bei den Lehrlingen einsetzen. Dies geschieht denn auch mit allen Mitteln, über welche eine reactionäre Zünftlerpolitik, die auf dem nackten Classenegoismus aufgebaut ist, verfügt. Schon in der Gewerbeordnung vom Jahre 1859 war eine Reihe von Bestimmungen festgelegt, die das Lehrlingswesen völlig den Genossenschaften überantworteten, Bestimmungen, die durch die Novelle vom Jahre 1883 eine wesentliche Verschärfung erfuhren. Während aber in der Periode von 1859 bis 1883 sich ein Mangel an Lehrlingen fühlbar machte, der die Meister zu den beweglichsten Klagen veranlasste, verstummten diese Klagen in der Folgezeit einigermaßen. Dafür traten in den Jahren nach 1883 um so mehr die Klagen der Lehrlinge in den Vordergrund und übertönten jene der Herren Meister ganz gewaltig.

Die Periode von 1859 bis 1883 ist die Zeit des Emporblühens der Grossindustrie. Die relativ günstigen Verhältnisse, welche innerhalb derselben herrschen, üben auf die Lehrlinge bezw. deren Eltern und Vormünder eine magnetische Anziehungskraft aus, während das niedergehende Handwerk die entgegengesetzte Wirkung hat. Es ist im höchsten Grade bezeichnend, dass die liberale Partei, welche Anfang der achtziger Jahre die herrschende war und in deren Fahrwasser das Gros der Gewerbetreibenden damals noch segelte, über die Zustände im Lehrlingswesen im wesentlichen die nämlichen Anschauungen hatte wie die „antiliberalen“ Führer des Handwerks von heute. Danach ist nicht die Ausbeutung der Lehrlinge durch die Kleinmeister, nicht der Mangel an Lehrlingsschutz schuld an den desolaten Zuständen, sondern im Gegenteil der Mangel an Ausbeutungsfreiheit und der Lehrlingsschutz. Den Lehrherren müsse die volle, uneingeschränkte Freiheit gegenüber den Lehrlingen eingeräumt, und sie müssen dagegen geschützt werden, dass ihnen die Lehrlinge entweichen. Denn nicht nur strömen gerade die besten Elemente unter

den Lehrlingen in hellen Haufen von vornherein den Fabriken und Etablissements der Grossindustrie zu, viele von ihnen entweichen auch dem Bannkreise der kleingewerblichen Werkstätten noch vor der Absolvierung ihrer Lehrzeit, jedenfalls aber nach der Beendigung derselben, weil ihnen die Grossindustrie günstigere Chancen bietet und sie es vorziehen, Werkführer in einer Fabrik zu werden, als ewig Gehilfen in der Werkstatt des Kleinmeisters zu bleiben.

Diese Flucht aus den patriarchalischen Verhältnissen in die Grossindustrie und die daraus resultierende Leutenot sind jedoch nicht Ursache, sondern Wirkung der im Kleingewerbe grassierenden Zustände. Dieses hat somit ganz ähnliche Erscheinungen zeitigt, wie die Landwirtschaft mit ihren altherwürdigen Arbeitsbedingungen. Und sowie die agrarischen Wortführer nicht genug über den Vertragsbruch und die masslosen Ansprüche der Landproletarier jammern können, die nicht einsehen wollen, wie gut es die Grundbesitzer mit ihnen meinen, so auch klagten die liberalen Kampfahne Anfang der achtziger Jahre und jammern heute ihre antiliberalen Epigonen über die Unbotmassigkeit der städtischen Proletarierjugend. Es hätte ein christlich-socialer Percy unserer Tage sagen können, was ein liberaler Heissporn, der verstorbene Abgeordnete Reschauer, 1880 als Referent des Gewerbeausschusses schrieb:

„... Seit der Einführung der Gewerbefreiheit machten jedoch gerade diese Meister von guter Art mit den Lehrlingen die traurigsten Erfahrungen. Kaum hatten sie den Lehrlingen die notdürftigsten Handgriffe und Geschäftsvorteile beigebracht, so traten die jungen Leute aus der Lehre aus und suchten entweder bei einem andern Handwerksmeister oder in einer Fabrik ihr Fortkommen zu finden. Daher die vielen Tausende von gänzlich unbrauchbaren Arbeitern in fast allen Gewerbszweigen, die nicht genug gelernt haben, um sich ihr Brod zu verdienen, die nur zu den untergeordnetsten Hantierungen verwendet werden können und jedesmal mit unter den ersten sind, welche beim Eintritt einer geschäftlichen Krise, sobald Arbeiterentlassungen vorgenommen werden, auf das Trockene geraten. Diese Unbrauchbaren und Untüchtigen bilden diejenige Kategorie der Lohnarbeiter, welche mit der bestehenden Ordnung am unzufriedensten ist und der Socialdemokratie die wärmsten Sympathien entgegenbringt.“ Also: aus staatspolitischen Gründen muss der Lehrherr in seinem Ausbeutungsgeschäfte geschützt werden! Denn was war die Folge davon, dass der Staat dem Meister diesen Schutz versagt hat? Dass diese „es schliesslich in ihrem Interesse fanden, die Arbeitskraft des Lehrlings gleich von allem Anfange an, soweit dies nur anging, auszunutzen, um im Falle der Vertragsbrüchigkeit des Lehrlings den möglichst geringen Schaden tragen zu müssen. Entweder wird also der Lehrling vorwiegend zu häuslichen Arbeiten oder als Laufbursche verwendet oder, wo dies nicht geschieht, zu irgend einer leichten Hantierung rasch ausgebildet, durch deren Besorgung er dem Lehrherrn das Halten eines besonderen Hilfsarbeiters erspart. Der Lehrling mag dann gehen, sobald es ihm beliebt, der Lehrherr hat keinen Schaden dabei. An Stelle des ausscheidenden oder durchbrennenden Lehrlings wird ein neuer aufgenommen, dessen Ausnutzung nach demselben System vor sich geht.“

Also zu lesen im Berichte des Gewerbeausschusses vom 26. April 1880, welchen der liberale Abgeordnete Reschauer über die Gewerbenovelle erstattete. Was damals der liberale Gewerbehpolitiker beklagte, bildet auch jetzt den Gegenstand der Klage unserer „antiliberalen“ Gewerbetreiber, und was die liberalen Gewerbefreunde vor zwanzig Jahren begonnen, setzen die „antiliberalen“ von heute fort. Nach der Regierungsvorlage soll die Lehrzeit verlängert werden können, die Lehrlingsprüfung erschwert und die Oberhoheit des

Lehrherrn bezw. der Genossenschaft über den Lehrling verschärft werden. Dazu kommen noch einige andere Bestimmungen, welche den Zweck verfolgen, das Aufdingen und Freisprechen zu erschweren. So will man von den Lehrlingen Prüfungstaxen erheben, ein Vorgehen, das die Väter und Vormünder der Lehrlinge — fast ausschliesslich arme Proletarier — um so härter treffen würde, als sie heute schon durch die teuren Aufding- und Freisprechgebühren sowie durch die Krankenversicherungsbeiträge enorm belastet sind und als die Genossenschaften mit diesen Einnahmen den weitaus grössten Teil ihrer Ausgaben decken, obgleich die Krankenversicherungsbeiträge auf das Conto der Lehrherren gehören und obgleich die Genossenschaften ihre Ausgaben durch eigene Umlagen zu decken verpflichtet sind.

Wie sehr man es darauf abgesehen hat, das Kleingewerbe vor der Grossindustrie auch hinsichtlich des Lehrlingswesens zu privilegieren, geht daraus hervor, dass die Lehrzeit für Lehrlinge in Fabriken verlängert werden soll. Das Kleingewerbe gönnt dem Grossbetriebe die Ausbeutung der Lehrlingskräfte nicht; daher das Bestreben, die Bedingungen der Lehrlingshaltung für die Grossindustrie zu verschärfen, wodurch natürlich der Zufluss zur Grossindustrie nur gesteigert wird.

Von dem gleichen Geiste sind auch jene Bestimmungen dictiert, die den Fortbildungsunterricht der Lehrlinge betreffen. Obschon die wirklichen Ursachen des schlechten Schulbesuchs und des mangelhaften Unterrichtserfolges im Lehrvertrag oder — deutlicher gesprochen — beim Lehrmeister zu suchen sind, werden dennoch für die Folgen fast ausschliesslich nur die Opfer des privatcapitalistischen Lehrverhältnisses, d. h. die Lehrlinge verantwortlich gemacht.

So wie den Lehrlingen, ergeht es den Gehilfen selbst. Der Arbeitsvertrag soll nicht mehr „frei“ sein; die Regierung sieht ein, dass die Abschliessung des Arbeitsvertrages von Mann zu Mann — den Arbeiter? nein, — den Gewerbetreibhaber vogelfrei macht. Ja, die österreichische Regierung denkt allen Ernstes daran, den Arbeitgeber die Vertragschliessung zu erleichtern. Was die Arbeiter in vielen Branchen und Gewerben seit Jahren anstreben, die collective Vertragsschliessung, das gewährt sie — den Kleinmeistern. Sie räumt der Genossenschaftsversammlung, d. h. den Meistern, das Recht ein, mit Umgehung der Gehilfen über wichtige Punkte des Arbeitsvertrages — wie Arbeitszeit, Arbeitspausen, Zeit der Entlohnung, Kündigungsfrist — für den Bereich ihres Gewerbes bindende Beschlüsse zu fassen, die als integrierende Bestandteile der Genossenschaftsstatuten rechtsverbindliche Wirkung erlangen könnten. Damit wären nicht bloss die Errungenschaften der organisierten Arbeitergruppen in Frage gestellt, es wäre auch für die Zukunft die Erreichung besserer Arbeitsbedingungen vielfach erschwert, insbesondere dort, wo eine schlecht organisierte Arbeiterschaft der festgefühten Meisterclique gegenüberstehen würde. Diese Octroyierung ungünstiger Arbeitsbedingungen durch die Genossenschaft ist wohl das stärkste Stück Arbeitertrutz, das in der vom reactionärsten Zünftlertum beeinflussten österreichischen Gesetzgebung der letzten Jahrzehnte geleistet worden ist. Wie die Regierung glauben kann, dass sich die Arbeiter des Kleingewerbes an Händen und Füssen gebunden den Meistern werden ausliefern lassen, ist ein psychologisches Rätsel, dessen Lösung wohl nur in einer vollständigen Unterschätzung und Verkennung der Arbeiterschaft zu suchen ist.

Davon abgesehen wäre die Frage zu beantworten, wie sich eine solche einseitige Normierung der Arbeitsbedingungen mit den Voraussetzungen der freien Vertragsschliessung überhaupt verträgt. Die „Anhörung“ der Gehilfenversammlung ist, ohne dass letzterer ein Einspruchsrecht eingeräumt wird, völlig wertlos; überdies muss gesagt werden, dass eine Regierung, der die Ge-

nehmung der von der Genossenschaft beschlossenen Arbeitsbedingungen obliegt, sich durch den Ausschluss der Arbeiter von der Mitbestimmung hierüber in höchst bedenklicher Weise exponieren würde, und dies zu gunsten einer Classe, die trotz aller Wiederbelebungsversuche nur vorübergehend eine politische Bedeutung erlangt hat und für die so einseitig Partei zu nehmen allen Grundregeln der Staatsraison widerspricht.

Die Regierungsvorlage beschränkt sich aber nicht darauf, die Arbeiter des Kleingewerbes zu benachteiligen; durch den freiwilligen Beitritt fabrikmässig betriebener gewerblicher Unternehmungen zu den Genossenschaften werden auch die Arbeiter dieser Betriebe Genossenschaftsangehörige, ohne dass der damit verfolgte Zweck ersichtlich wäre. Sollen etwa die kargen Vorteile, welche das Gesetz für die Arbeiter in Fabrikbetrieben hinsichtlich der Arbeitszeit und der Concurrenz durch die Kinderarbeit festsetzt, auf diese Weise wieder escamotiert werden? Dass dies keine ganz unbegründete Frage ist, beweist die vielfach vorgekommene Ausschaltung fabrikmässiger Betriebe aus der Unfallversicherung, wodurch zahlreiche Arbeiter bei Unfällen benachteiligt wurden. Da dies trotz des guten Willens fanatischer, kleinbürgerlicher Widersacher der Arbeiterinteressen seitens der Regierung nicht beabsichtigt sein kann, so ist die Ausdehnung des genossenschaftlichen Angehörigkeits-, richtiger: des Hörigkeitsverhältnisses auf die Arbeiter der Grossindustrie nicht recht zu verstehen. Auch scheint sich die Regierung nicht klar darüber zu sein, dass durch diese retrograde Revision der Gewerbeordnung der Charakter mancher Genossenschaft als kleingewerbliche Organisation verwischt werden kann. Es ist übrigens bekannt, dass die Kleinmeister den Beitritt von Fabricanten zu den Genossenschaften nicht wünschen, weil sie darin eine Gefahr erblicken, während es den Intentionen der klerical-socialen Gewerbetreter wohl entspricht, die Grossindustrie durch die genossenschaftliche Incorporierung ihrer Einflusssphäre einzuverleiben. Rom ist nicht an einem Tage erbaut worden, und so begnügt man sich vorläufig mit der facultativen Einverleibung der Grossindustrie.

Den Genossenschaften selbst will der Gesetzentwurf erhöhte Autorität gegenüber ihren Mitgliedern verschaffen durch Ertheilung des Recursrechtes bei Entscheidungen der Behörden über die Errichtung von Gewerbebetrieben, in Genossenschaftsangelegenheiten u. s. w. Ausserdem soll ihr Nutzen für die Mitglieder durch die Erweiterung ihrer Competenzen hinsichtlich der Krankenversicherungs- und Unterstützungscassen für Meister, durch die Ausgestaltung zu Verbänden u. a. gesteigert werden. Da die Erfahrungen die geringe Fähigkeit der Gewerbetreibenden zur Verwaltung der Genossenschaften hinlänglich erwiesen haben, sollen besondere Instructoren diesem Mangel abhelfen. Hier, wie bei den Bestimmungen über den Fortbildungsunterricht, verrät die Regierung das Eingeständnis der Unzulänglichkeit des Volksschulwesens. Es ist ja gewiss eine traurige Thatsache, dass die österreichischen Gewerbetreibenden an einem Deficit an Bildung und Wissen laborieren, allein es genügt nicht, dieses Deficit nachträglich beseitigen zu wollen in einem Alter, in dem die Aufnahmefähigkeit der zu Belehrenden bereits vermindert ist und die schädlichen Folgen des Bildungsmanco's nicht mehr vollständig behoben werden können. Das Uebel sitzt zu tief, als dass es sich so leicht entwurzeln liesse, und ein Staat, der für den Volksschulunterricht so lächerlich geringe Aufwendungen macht, wie der österreichische, darf sich nicht wundern, wenn das investierte Capital sich nur gering verzinst. Eine schlechte Aussaat kann eben nur eine schlechte Ernte bringen. Das Fiasco, welches die Organisation des Kleingewerbes in Zwangsgenossenschaften gemacht hat, ist heute so offenkundig, dass alle ihre Fürsprecher sowie die Organe der Regierung es seufzend zugeben müssen. Es ist daher beinahe fraglich, ob die

Ausgestaltung der Genossenschaften durch Verbände und die Creierung von Beiräten, die Errichtung von Meistercassen und dergl. zum Ziele führen wird, sofern dies darin besteht, die Genossenschaften zu Institutionen zur Förderung der gewerblichen und wirtschaftlichen Interessen ihrer Mitglieder (Meister) mittels Unterdrückung ihrer Angehörigen (Gehilfen) zu machen. Des weiteren aber ist die Möglichkeit eines noch grösseren Missbrauchs der Genossenschaften zu politischen Zwecken seitens klericaler und christlich-socialer Marodeure nicht zu bezweifeln.

Von Bedeutung für die wirtschaftspolitische Wertung des Gesetzentwurfs ist die Erschwerung, die er bei der Errichtung von Gewerbebetrieben bringt, und es ist fast überflüssig zu bemerken, dass sich diese Erschwerungen nur auf den Antritt handwerksmässiger und concessionierter Gewerbe — insbesondere aber der ersteren — beziehen. Die freien — darunter die liberalen — Berufe bleiben davon unberührt. Zwar sind viele derselben überhaupt von der Geltung der Gewerbeordnung ausgenommen, allein es wäre, da man eine Revision der Gewerbeordnung als unaufschiebbar erachtet, wohl auch an der Zeit gewesen, das Chaos einigermassen zu beseitigen und Ordnung in die Gewerbeordnung hineinzubringen. Manche Erwerbszweige drängen förmlich nach der Unterstellung unter die Gewerbeordnung, wenigstens hinsichtlich der in ihnen herrschenden Arbeitsverhältnisse, und teilweise ist dies ja auch schon geschehen, indem für gewisse Gruppen von Arbeitern, auf die sonst die Gewerbeordnung keine Anwendung fände, die Competenz der Gewerbegerichte und der Versicherungszwang ausgesprochen wurde. Ist es da nicht sonderbar, dass diese Arbeitergruppen in Bezug auf Arbeitszeit, Vertragschliessung u. s. w. unter anderen Gesetzen oder überhaupt unter einem Ausnahmerecht stehen?

Hinsichtlich der Ausübung handwerksmässiger Gewerbe werden verschärfte Bestimmungen für die Erbringung des Befähigungsnachweises vorgeschlagen, wobei den Genossenschaften ein weitgehender Einfluss eingeräumt wird. Heute klagen die Kleinmeister, dass die Wirksamkeit des Befähigungsnachweises durch die allzu häufig erteilten Dispense abgeschwächt werde, ein Vorwurf, der in den Thatsachen nicht begründet ist. In Niederösterreich z. B., wo dieser Vorwurf gegen die Gewerbebehörden am lautesten erhoben wird, wurden nach einer Zählung im Jahre 1897 4675 handwerksmässige Gewerbe angemeldet; der Befähigungsnachweis wurde in 4267 Fällen durch die vorgeschriebenen Lehr- und Gehilfenzeugnisse erbracht, in 238 Fällen erfolgte die Ausstellung des Gewerbescheines unter erleichterten Bedingungen, weil es sich um gemeinlich von Frauen betriebene Gewerbe handelte; in 7 Fällen wurde der Befähigungsnachweis durch das Zeugnis einer gewerblichen Unterrichtsanstalt erbracht; in 143 Fällen wurde der Dispens von der Beibringung des Lehrzeugnisses ausgesprochen, endlich wurde an 20 Gewerbetreibende ein Gewerbeschein für den Betrieb eines verwandten Gewerbes unter Befreiung vom Befähigungsnachweis ausgestellt.

Von den concessionierten Gewerben sind es besonders die Schankgewerbe und Droguerieen, deren Concessionierung erschwert wird. Dabei verdient bemerkt zu werden, dass heute bei der Verleihung einer Schankconcession politische Gesichtspunkte massgebend sind in einem Grade, dass man von einem Missbrauche sprechen kann. Wer irgendwie im Geruche socialdemokratischer Neigungen steht, darf auf eine Schankconcession nicht rechnen, und da die Wirtshäuser vielfach in Händen grosser Brauereien sich befinden, ist die Ausübung des Schankgewerbes in manchen Gegenden geradezu zu einem Monopol einflussreicher Grosscapitalisten und feudaler Grossgrundbesitzer geworden.

Es ist nur consequent, dass, wenn man den Antritt eines Gewerbes erschwert, dies auch hinsichtlich der Ausübung geschieht. Den Genossen-

schaftsvorständen wird eine Machtfülle verliehen, die sie zur Chicanierung politisch missliebiger Concurrenten weidlich ausnutzen können.

Im Zusammenhange mit diesen Massnahmen einer kleinbürgerlichen Gewerbepolitik steht das Bestreben, das Hausierwesen einzuschränken. Auch in Bezug auf dieses sind die Klagen der Gewerbetreibenden nicht begründet. Heute schon üben die Verwaltungsbehörden bei der Ausstellung von Hausierpässen eine strenge Praxis; stehen sie doch vielfach, insbesondere wo es sich um autonome Gemeindebehörden (Magistrate) handelt, unter dem Dictum, — um nicht zu sagen: unter der Dictatur des Kleinbürgertums. In Niederösterreich erloschen 1897 230 Hausierpässe, während nur 60 neue ausgestellt wurden.

Alle die bisher aufgezählten Massregeln werden dem Handwerk so wenig auf die Beine helfen, wie der Ansturm auf die Consumvereine dem Kleinhandel. Das Handwerk bedroht weniger die Grossindustrie, als vielmehr die geänderte Art der Consumbefriedigung. Die Erleichterungen des gewaltig gesteigerten Verkehrs, sowie die Erhöhung der Lebensansprüche in allen Classen der Bevölkerung haben eine Aenderung der Bedarfsgestaltung herbeigeführt, die durch kein Gesetz in ihren Wirkungen paralytisch werden kann.

Rundschau.

Oeffentliches Leben.

Politik.

Die innerpolitische Situation im Reiche wird von Woche zu Woche verfahrenere. Und das hat der Zolltarifentwurf der Regierung zu Wege gebracht. Als voriges Jahr in Preussen die Canalvorlage der Regierung in die Sackgasse geraten war, da zog man den Entwurf zurück, um nicht in die Lage zu kommen, die Agrarier bekämpfen zu müssen, während man im Reiche ihre Unterstützung bei der in Aussicht stehenden Zolltarifvorlage brauchte. Und nun sorgen die gehätschelten Agrarier erst recht dafür, dass die Regierung aus der ersten Sackgasse in die zweite gerät. Wenn die Reichsregierung durch ihre officiösen Federn sich den Anschein zu geben versucht, sie schau den Verhandlungen der Zolltarifcommission kühl bis ans Herz hinan zu, so ist das nichts anderes, als eine Verlegenheitsausflucht. Die Reichsregierung unter Bülow treibt ziel- und steuerlos dahin und verliert auch in den bisher noch regierungsfremden Parteien des Centrums und der Nationalliberalen den letzten Rest von Autorität. Sogar mit Reichstagsauflösung für die nächste Zeit wurde gedroht. Es käme der Wirkung eines reinigenden Gewitters gleich, wenn wir in nächster Zeit Wahlen bekämen; aber weder die Regierung noch die massgebende Centrapartei haben den Mut, unter dem Zeichen des Zolltarifentwurfes die Wähler zu einer principiellen Entscheidung anzurufen. Wir halten alle

derartigen Drohungen für ein Pressionsmittel, das auf die conservative und auf die Centrapartei wirken soll. Diese haben das meiste Interesse, dass der Zolltarif zu stande kommt. Und nach den Andeutungen des Abg. Spahn in der Zolltarifcommission ist eine Verständigung für die zweite Lesung auch noch nicht ausgeschlossen. Freilich, wann wird die Commission zur zweiten Lesung gelangen, wann das Plenum mit der zweiten Lesung beginnen? Ohne Diäten keinen Zolltarif — schallt's unisono aus der Centrumpresse. Es ist ganz unmöglich, die Commission und gar erst eine zu bildende schutzzöllnerische Majorität im Plenum Wochen und Monate lang zusammenzuhalten, ohne dass die Regierung sich zu Anwesenheitsgeldern versteht. Vorläufig weigert sich die Regierung, diesen dringenden Wunsch der massgebenden Partei zu erfüllen, und versperrt sich damit den einzigen Weg, ihre Zolltarifvorlage unter Dach und Fach zu bringen. Warum diese Weigerung? Man sagt, der Kaiser habe sich strict gegen Reichstagsdiäten erklärt. Sollte dieser Widerspruch nicht zu überwinden sein, wenn es sich um einen so hohen Preis wie den Zolltarif handelt? Oder sagt sich am Ende die Regierung, dass die Bewilligung von Diäten ihr noch keine Majorität für den Zolltarif bringt. Erst die sichere Majorität, dann zur Unterstützung der Ausdauer dieser Mehrheit Diäten — so dürfte die geheime Parole der Regierung lauten. Ob das Centrum diese Majorität zu schaffen vermag, das müssen

die nächsten Wochen lehren. Denn so ziel- und zwecklos, wie gegenwärtig, lassen sich die Verhandlungen über den Zolltarif nicht lange mehr fortführen.

*

Die **Bürgermeisteraffaire in Berlin** endet mit einem totalen Rückzug des Freisinns aller Schattierungen. Der zum zweiten Male gewählte Bürgermeister Kauffmann ist das Opfer der Schwächlichkeit der eigenen Parteigenossen geworden. Anstatt ihm die Vertretung der Amtsgeschäfte des zweiten Bürgermeisters zu übertragen, hat Oberbürgermeister Kirschner, der zehnmal mehr für einen Ministerposten als für den Repräsentanten eines Selbstverwaltungskörpers taugt, Herrn Kauffmann umgangen und einen anderen Stadtrat mit der Vertretung beauftragt. Die ganze leidige Angelegenheit hat Herrn Kauffmann dermassen seelisch deprimiert, dass er eine Nervenheilstätte aufsuchen musste. Kaum war dies bekannt geworden, als man sofort diese Gelegenheit beim Schopfe ergriff, um Herrn Kauffmann zu bewegen, Platz für eine Neuwahl zu machen. Anstatt die Sache ruhen zu lassen, bis Kauffmann wieder völlig hergestellt war, suchte Oberbürgermeister Kirschner, sobald wie nur irgend möglich, den Kranken in der Heilstätte auf. Einige Tage später wurde den Stadtverordneten in geheimer Sitzung ein Schreiben unterbreitet, in dem Kauffmann erklärte, dass er von seiner Candidatur zurücktrete. Mit Recht wurde diese Willens- kundgebung nicht für vollgiltig angesehen, da Kauffmann sie in seelischer Depression abgegeben hat. Aber wie jauchzte die Presse des Freisinns über diese günstige Wendung der Bürgermeisteraffaire auf! Nun ist die Bahn frei für einen dem Hofe genehmen Candidaten; auch unter den Mitgliedern der Freisinnigen Volkspartei finden sich Candidaten mit einwandfreiem Reserveofficiers- patent.

*

Das weitaus wichtigste Ereignis des abgelaufenen Monats ist zweifellos die **revolutionäre Bewegung in Belgien**. Das allgemeine und gleiche Wahlrecht, das man dem arbeitenden Volke so lange vorenthalten hat, sollte durch den Generalausstand erzwungen werden. Schon vor dem Termin, an dem der Generalausstand beginnen sollte, kam es infolge von Strassendemonstrationen zu Zusammenstößen zwischen dem Volke und der bewaffneten Macht. Die eigentlichen Unruhen begannen in der Nacht vom 9. auf den 10. April. Am 13. April kam es in Brüssel zu einer förmlichen Strassen- schlacht. Das Blut floss in Strömen; es

gab drei Tote und etwa 100 Schwer- verwundete. Hervorgehoben muss werden, dass die Plünderungen nicht auf das Conto der Arbeiter zu setzen sind. Wie bei jeder revolutionären Bewegung, drängten sich auch diesmal jene verzweifelten Existenzen auf den Schauplatz, die nichts zu verlieren, aber in der unruhigen Zeit viel zu gewinnen haben. Als Hauptwaffe der Arbeiter zur Erzwingung der Wahlrechtsrevision wurde der Generalausstand benutzt. Am 15. April begann derselbe officiell, nachdem schon Tage zuvor Tausende von Arbeitern in Bergwerken, Hütten und Glasfabriken die Arbeit niedergelegt hatten. Die Zahl der Streikenden wuchs rasch auf ca. 350000 an. Regierung und Kammer blieben aber auch unter dem Eindruck der Proclamation des Generalausstandes unverrückt auf ihrem die sofortige Wahlrechtsrevision ablehnenden Standpunkt bestehen. Am 18. April votierte die Kammer mit 84 gegen 64 Stimmen gegen den Antrag auf Revision der Verfassung. Gleichzeitig wurde die Kammer nicht geschlossen, sondern auf den 22. April ver- tagt. Um den Bestand der Coalition der Socialdemokraten mit den Liberalen gegen die klericale Partei für die bevorstehenden Wahlen nicht zu gefährden, liessen sich die Arbeiterführer, vor allem der Rufer im Streit, Vanderveelde, bestimmen, den Arbeitern die als- baldige Wiederaufnahme der Arbeit zu empfehlen. Am 20. April beschloss denn auch der Generalrat der socialistischen Partei mit 24 gegen 1 Stimme und 2 Enthaltungen das Ende des Generalstrikes. In dem Manifest an die Arbeiter wird der Hoffnung Ausdruck gegeben, dass die Revision, obgleich die Reaction dem Anscheine nach triumphiere, nahe bevorstehe. Die nächsten Wahlen würden die Entscheidung bringen. Am 21. April wurde fast allgemein von den Streikenden die Arbeit wieder aufgenommen.

*

Kurze Chronik. Kurz nach einander starben folgende, im politischen Leben hervorragende Männer: am 23. März Graf Koloman Tisza, am 26. März Cecil Rhodes und am 31. März der Führer der Centrunspartei Dr. Ernst Lieber. — Am 24. März teilte der Kriegsminister Brodrick im Unterhause mit, Schalk Burger habe sich von Lord Kitchener freies Geleit erbeten, um mit Steijn über die Möglichkeit von **Friedensvorschlägen** zu sprechen. Kitchener habe mit Zustimmung der Regierung eingewilligt. — In China gährt es wieder. In Ningpo ist ein Aufstand gegen die Euro- päer ausgebrochen. — Misshelligkeiten des Schweizer Bundesrates mit dem beglau-

bigten Vertreter der italienischen Regierung führen am 10. April zum Abbruch der officiellen Beziehungen beider Staaten. — Am 15. April wurde der russische Minister des Innern Ssipjagin von dem Studenten Maglyschew ermordet. — Eine Proclamation vom 16. April verhängt über Irland den Belagerungszustand.

Richard Calwer.

Wirtschaft.

Die Quartalswende mit ihren ausserordentlichen Zählungsanhäufungen hat für die Banken, die Börse und den gesamten Geschäftsverkehr stets ihre besondere Bedeutung gehabt. Vielleicht ist diese Bedeutung mit der Zeit sogar gewachsen, da die Geldwirtschaft immer neue, vor allem die ländlichen Kreise immer stärker erfasst, und da die Herausbildung gleichartiger Zahlungs-terminen mit der ganzen Concentration und Egalisierung des modernen Geschäftsverkehrs wachsen muss. Zu den „an den Wechsel der Jahreszeit gebundenen Naturbedingungen der Production“ ist in immer stärkerer Masse der Einfluss socialer Zusammenhänge getreten, die gleichfalls darauf hinarbeiten, die sonst tausendfältig zersplitterten Zahlungen an gewissen Tagen des Jahres stark zusammenzudrängen.

Für die jetzige Geschäftsstille und den „Geldüberfluss“ ist es darum doppelt bezeichnend, wie glatt alles abgelaufen ist. Die Banken haben vorher keinerlei Anstrengungen machen müssen, sich auf den „Ansturm“ nach Barmitteln besonders zu rüsten. Und umgekehrt, nachdem nun alles vorbei ist, strömt der ausgestreute Segen von Dividenden, Zinsen, Mieten, Pachten nicht, wie sonst, belebend nach den Börsen und ähnlichen Anlagegebieten zurück. Das grosse Publicum ist in solchen Dingen so zurückhaltend geblieben, wie es seit dem Krach ununterbrochen der Fall war.

*

Um so grösser der Erfolg der grossen Staatsanleihe, welche die letzten Wochen gebracht haben: der Ausgabe der neuen russischen vierprocentigen Schuldscheine. Die Ueberzeichnung — gleichviel, ob mehr aus Speculation oder aus wirklichem Anleihebedürfnis — ist eine ganz kolossale gewesen, man spricht von hundertfacher Zeichnung der aufgelegten 400 Millionen Mark. Dieser Heiss hunger nach festen Rentenwerten entspricht vollständig der Abneigung gegen Industrieactien, auf die bei aufsteigender Con-junctur sowohl Anlagebedürfnis wie Speculation sich mit Vorliebe werfen.

*

Dass der Tiefpunkt der Productions-krisis in grossen Gewerbszweigen noch immer nicht erreicht ist, kommt in dem Beschluss des Roheisensyndikats von 23. März zum Ausdruck: die Erzeugung noch weiter einzuschränken, sodass nunmehr die Herabsetzung 30% beträgt. Die Production des Kohleisensyndikats war im ersten Quartal um 10 1/2% geringer, als im Vorjahr; für den April ist hier die Fordereinschränkung auf 24%, gegen bisher 20%, festgesetzt. Die Kohlenwerte sind an der Börse wieder einmal zurückgegangen. In der Vossischen Zeitung dürfte die Lage in den Montangewerben richtig charakterisiert sein, wenn es heisst: „Die ungünstigere Lage des Kohlenmarktes tritt immer schärfer zu Tage, und was das Eisengewerbe betrifft, so kommt man allmählich zu der Ueberzeugung, dass die Besserung in dem heimischen Absatze, auf welche hin frohe Hoffnungen aufs neue emporschossen, nur als eine vorübergehende zu betrachten sei. Man hat bisher den Umstand ganz übersehen, dass ein grosser Teil der zu den billigsten Preisen des vorigen Jahres gethätigten Abschlüsse bis zum Ende des ersten Quartals zu erfüllen waren. Wenn bis dahin keine Specificationen einliefen, stand es dem Verkäufer frei, vom Verträge zurückzutreten, und er hätte dies unweigerlich in Rücksicht auf die jetzigen höheren Preise gethan. Dies mag viel zu einem beschleunigten Eingange der Specificationen und zu zeitweilig reichlicher Beschäftigung der Werke beigetragen haben. Den höheren neuen Preisen scheinen aber die Käufer in Bezug auf Abgabe von Aufträgen ziemlich kühl gegenüberzustehen, so dass nicht allein fraglich ist, ob die Beschäftigung weiter eine reichliche sein werde, sondern auch zu berücksichtigen ist, dass die Ablieferungen immer noch auf Grund sehr wenig lohnender Abschlusspreise erfolgen.“

*

Auch die Verhandlungen wegen Gründung eines deutschen Walzwerksverbandes, die am 10. April in Berlin stattfanden, sind ein Symptom der ungünstigen, unhaltbaren Lage. Die Anregungen sind von der einzigen organisierten Gruppe, vom schlesischen Walzwerksverband, ausgegangen. Je rascher die rheinischen Werke ihre Productionsfähigkeit gesteigert hatten, desto mehr warfen sie ihre Uebererzeugung auf die bisherigen Absatz- und Grenzgebiete Schlesiens; aber doch nur mit Hülfe von Preisen, die nichts sehnlicher als einen Friedensschluss herbeiwünschen lassen. Eine Schwierigkeit beruht jedoch darin, dass Rhein-

land-Westfalen in sich selber noch wenig consolidiert ist und für eine eigene Gruppenbildung im Augenblicke auch keine allzu günstigen Voraussetzungen bietet. Die Perioden vollzogener grosser Erweiterungen und Neuanlagen sind erklärlicherweise wenig geeignet, eine Verständigung über die „Productionsfähigkeit“ jedes Werkes zu erleichtern — und die Produktionsfähigkeit muss stets erst abgeschätzt sein, ehe man eine gemeinsame Richtschnur für Productionseinschränkungen aufstellen und durchführen kann. Wäre die rheinisch-westfälische Ecke erledigt, so bliebe noch immer der alte Gegensatz dieses Produktionsgebietes zu Luxemburg Lothringen, das unter wesentlich anderen Bedingungen bezüglich der Kohlen und Erze producirt. Nach dem, was bisher verlautet, will man auch zunächst in Rheinland-Westfalen eine Gruppenorganisation anzubahnen suchen.

Dagegen hat die bereits bestehende Stabeisenvereinigung in ihrer inneren Festigung Fortschritte erzielt. Sie hat sich bindende Satzungen gegeben, von einer Preiserhöhung — man sprach von 10% — jedoch abgesehen: die bisher bestehenden Preise sollen als Mindestpreise fortgelten, während günstigere Abschlüsse jedem Einzelwerke unbenommen bleiben.

Fast zur gleichen Zeit, am 9. April, hat eine gemeinsame Besprechung hervorragender Syndikatsleitungen in Berlin stattgefunden, auf Anregung seitens des Centralverbandes Deutscher Industrieller und unter der Aegide der Herren Jencke (Krupp) und Bueck. Teils mag ja ein wirkliches Bedürfnis bestehen, über die verschiedenen Erfahrungen der Syndikatspraxis gegenseitig die Meinungen auszutauschen und aus diesem Meinungsaustausch Fehler vermeiden und Vorzüge sich aneignen zu lernen. Andernteils scheint die Rundfrage des preussischen Handelsministers den Herren etwas in die Glieder gefahren zu sein, zumal diese Rundfrage, wie sich herausgestellt hat, vom Reichsamt des Innern veranlasst und von allen Einzelstaaten erbeten worden ist. Dies kam besonders in dem Referat Buecks zum Ausdruck. Er äusserte nach den Berliner Neuesten Nachrichten: Man wünsche eine Vereinigung der Cartelle und Syndikate, deren Aufgabe zunächst sein müsse: die Sammlung sämtlichen Materials über das Cartellwesen in ähnlicher Weise, wie das seitens der Reichsbehörde geschieht, die Verfolgung der Gesetzgebung und Sammlung des auf diese bezüglichen Materials; es soll die Rechtsprechung genau beachtet und über die Folgen derselben Klarheit geboten werden;

die Interessen der Cartelle sollen in der Presse und sonst im öffentlichen Leben vertreten werden. Hauptaufgabe aber würde es sein, für den Fall, dass die Gesetzgebung wirklich in das Cartellwesen eingreifen sollte, dahin zu wirken, dass sie mit den Interessen des Cartellwesens vereinbar bleibe, und wenn die Gesetzgebung in Bewegung gesetzt worden ist, sollen die Folgen genau controlirt und Aenderungen, wenn notwendig, angestrebt werden. Natürlich würde jeder Eingriff in die innere Verwaltung, Organisation und Handhabung des einzelnen Cartells zu vermeiden sein, obschon sich ja wohl der Fall denken liesse, dass, wenn ein Cartell nach Meinung der Centralstelle in Wahrnehmung der eigenen Interessen zu weit ginge, ratend und mahnend gewirkt werden könnte. Die Leitung würde darum auch über die inneren Vorgänge in den Einzelcartellen zu informieren sein und bei Bildung neuer Cartelle helfend einzutreten haben. Am Schlusse der Conferenz entschied man sich dafür, einen Ausschuss von sechs Mitgliedern aus der Versammlung zu wählen, welcher im Verein mit den Mitgliedern des Directoriums des Centralverbandes die vorbereitenden Schritte für die definitive Schaffung einer gemeinsamen Vertretung der deutschen Cartelle zu thun und demnächst den in der Versammlung vertretenen Cartellen geeignete Vorschläge zu unterbreiten haben wird. Die Wahl der sechs Vertreter wurde auch noch dem Directorium des Centralverbandes Deutscher Industrieller überlassen.

Man muss die Rührigkeit des deutschen Industriegrosscapitals auch hier anerkennen. Wir bestreiten den bestehenden, aus der ganzen ökonomischen Entwicklung notwendig hervorwachsenden Interessen auch niemals das Recht, sich zu verständigen und zu organisieren — vorausgesetzt, dass den Gegeninteressen auch völlig freie Bahn gegeben ist. Aber hier hapert es eben.

Max Schippel.

Socialistische Bewegung.

Die Unruhen in Russland haben in unerwarteter Weise an Umfang und an politischer Bedeutung zugenommen. Einen Wendepunct bezeichnet in dieser Hinsicht die Moskauer Studentenversammlung vom 22. Februar. Sie war von gegen 600 Studenten und Studentinnen besucht, von denen rund 530 der folgenden Resolution zustimmten:

„In Erwägung, dass die abnormen Zustände an den Hochschulen nur der Widerhall der allgemeinen Rechtlosigkeit in Russland

sind, werfen wir für immer die Illusion eines abgesonderten studentischen Kampfes von uns und erheben hiermit die Fahne allgemeiner Forderungen, tief überzeugt, dass eine regelmässige Entfaltung des akademischen Lebens ohne vorherige Umgestaltung der gesamten Staatseinrichtungen auf Grundlage der persönlichen Freiheit unmöglich ist. Ohne diese Reform kann Russland keinen Schritt vorwärts kommen, da die besten Kräfte sich nutzlos aufreiben und dieschmachvolle Knechtschaft niemals enden kann.

Wir fordern darum: 1. Unantastbarkeit der Person, 2. Freiheit der Presse, 3. Gewissensfreiheit, 4. Versammlungsfreiheit, 5. unmittelbare Verantwortlichkeit der Verwaltungsbeamten, 6. freien Zutritt der Frauen zu den Bildungsanstalten, 7. nationale Gleichberechtigung; für die Arbeiter ausserdem 8. den achtstündigen Arbeitstag, 9. das Recht, zu striken.

Da wir das gegenwärtige Regime nicht für fähig halten, diese Reformen durchzuführen, so appellieren wir an das gesamte denkende Russland, das an seine politische Reife glaubt, und machen es aufmerksam, dass der Augenblick für die Einberufung einer constituierenden Versammlung gekommen ist. Fest entschlossen, für dies unser politisches Programm auch auf der Strasse in die Schranken zu treten, erklären wir uns bereit, vereint mit den Arbeitern und der übrigen Gesellschaft, die obigen Forderungen mit Gewalt durchzusetzen.“

Die Aula der Universität, wo diese Versammlung stattfand, wurde von Militair umzingelt, sämtliche Teilnehmer und Teilnehmerinnen wurden verhaftet. Seither wurden die meisten von ihnen zu drei bis sechs Monaten Gefängnis verurteilt, dagegen 95 Personen, die sich zum Teil gleichfalls aus den Teilnehmern an jener Versammlung recrutieren, zu jahrelanger Zwangsarbeit in Sibirien bezw. zu jahrelanger Verschickung.

In Petersburg fand am 16. März eine gewaltige Strassendemonstration statt. Obgleich die Polizei am Vorabend der durch Flugblätter angekündigten Demonstration gegen hundert Studenten verhaftet und nach ihren Heimatsorten abgeschoben hatte und am 16. selbst die von Arbeitern bewohnten Vororte polizeilich von der Stadt abgesperrt wurden, leisteten doch gegen 50 000 Menschen der Einladung der socialistischen Comités Folge; die Menge erfüllte die Hauptstrasse von Petersburg, den Newskij-Prospect, seiner ganzen Länge nach. An mehreren Punkten zugleich wurden rote Fahnen mit revolutionären Inschriften entfaltet, worauf die Menge in den Ruf ausbrach: Nieder mit dem Absolutismus! Es lebe die politische Freiheit! Die Gen-

darmen gebrauchten ihre Säbel, die Polhizisten ihre Peitschen; Studentinnen wurden bei den Haaren gerissen und zu Boden geworfen, mehrere Personen wurden schwer verwundet, etwa ein Dutzend Menschen getötet. — Bei den Mannschaften wie auch den Officieren der in Petersburg stationierten Kosakenregimenter zeigt sich eine wachsende Abneigung, gegen die Manifestanten vorzugehen; das Officiercorps eines Regiments hat für den Fall, dass das Regiment zur Unterdrückung der Demonstration ausgeschiedt werde, mit collectiver Demission gedroht, und dieses Regiment wurde in der That am 16. März nicht verwendet.

Auch aus einzelnen grossrussischen Provinzstädten liegen wichtige Nachrichten vor. In Tula haben die Soldaten einen Officier, der ihnen befahl, auf Strikende zu feuern, niedergeschossen. In Tambow haben die Zöglinge des theologischen Seminars ein Manifest erlassen, worin sie in flammenden Worten dagegen protestieren, dass die Regierung ihre Armut dazu ausnütze, um sie zu volksverdummenden Knechten der Staatskirche zu drillen; sie verlangen volle Studienfreiheit und freien Zutritt zu allen Facultaten. Dieselben Forderungen enthält eine einmütig beschlossene Resolution des Theologenseminars von Pensa. In Perm wurden unter den Arbeitern socialistische Proclamationen verbreitet.

In Ukraina, d. h. in den ruthenischen Landen, gährt es gleichfalls. In Kiew haben die Officiere eine Petition eingereicht, des Inhalts, man möge sie nicht mehr zur Unterdrückung der Demonstrationen verwenden. In einem in Stadt und Land verbreiteten Flugblatt werden folgende Forderungen aufgestellt: 1. Nationalisierung der grossen Landgüter, 2. Achtstundentag für alle Fabriken, 3. Strikefreiheit, 4. Einberufung der Constituante. In Charkow wurden am 15. Februar socialistische Flugblätter verbreitet. In Rostow am Don zog am 19. Februar eine Menschenmenge, die rote Fahnen schwenkte und revolutionäre Lieder sang, durch die ganze Theaterstrasse; verhaftet wurden acht Personen. In Poltawa, wo die revolutionäre ukrainische Partei (R. U. P.) die Bewegung in Händen hat, fand eine äusserst energische Demonstration statt. An zweihundert Menschen wurden verhaftet; sie steckten die rote Fahne zum Gefängnisfenster heraus, worauf die Strassendemonstration vor den Fenstern des Gefängnisgebäudes ihren Fortgang nahm.

Die Universität zu Dnepropetrowsk ist der Schau platz fortgesetzter Studentenunruhen. In

Riga wurden während einer Theatervorstellung socialdemokratische Proclamationen in lettischer, deutscher und russischer Sprache unter das Publicum gestreut, das sie begierig in die Taschen steckte, noch ehe die Polizisten dies verhindern konnten.

Eine Beteiligung des Landvolks an der revolutionären Bewegung ist bis jetzt nur an zwei Punkten zu verzeichnen: im Gouvernement Saratow, wo neuerdings in fünf Dörfern etwa zwanzig Anhänger der agrar-socialistischen Liga verhaftet wurden (darunter ein 75jähriger Bauer, der Vater eines bekannten Socialrevolutionärs) und im Gouvernement Poltawa, wo die heimlich über die Fluren verstreuten Broschüren der R. U. P. von den Bauern begierig gelesen werden. Einem Dorfpfarrer haben die Bauern zwei Drittel seines Gehalts gestrichen, weil er sie wegen Lesens der R. U. P.-Broschüren denunciirt hatte. Ueber die Aufnahme der socialistischen Flugschriften durch die Bauern der Gegend von Kiew verlautet noch nichts bestimmtes.

Kurze Chronik. * Bei der Reichstagswahl in Gerdauen-Rastenburg-Friedland erhielt Genosse Ehardt 3618 Stimmen; gewählt wurde Rauters (conservativ) mit 9546 Stimmen. — Im Fürstentum Reuss wurde Genosse Patzer in den Landtag gewählt. — Gemeinderatswahlen in Deutschland: in Nowawes und Neu-Weissensee wurden je 3 Genossen gewählt, in Britz und Pankow je 2, in Rummelsburg, Friedrichshagen, Velten je 1; ferner in der Gegend von Magdeburg in Gross-Ottersleben 3, in Biederitz 2, in Priester, Legendorf, Lemsdorf, Rothensee je 1; in Halle 2 Genossen, in der Nachbarschaft von Halle in Untermerschen, Benneckenbeck, Döllnitz, Ennewitz, Stockwitz, Gutenberg und Schmeiditz je 1; in der Gegend von Stettin in Warsaw 2, in Frauendorf 1; in Niederzieher bei Landeshut in Schlesien, Altwarthau in Schlesien je 1; in Borbyd bei Eckernförde 1; in Bremerhaven 2 (womit die Gesamtzahl der socialistischen Gemeindevertreter auf 10 steigt); in Slamen bei Spremberg siegte in der 3. Classe die ganze socialdemokratische Liste; in Bieber bei Offenbach a. M. wurden 3 Genossen gewählt; in Pommelke in der Provinz Sachsen 2, in Atzendorf und Zwitzschönau je 1; in Johannisthal 1, in Rödlitz bei Glauchau 1, in Goldlauter in Thüringen 1, in Klein-Schönebeck 1, in Hainsholz bei Elmshorn 1. — Für die Reichstagswahl in Frankfurt-Lebus wurde Genosse Dr. Heinrich Braun als Candidat aufgestellt. — Bei den Delegiertenwahlen für die Ortskrankencasse

in Krakau wurde in der Abteilung für Arbeitnehmer einstimmig die socialdemokratische Liste gewählt. — Die Socialdemokraten Niederösterreichs haben auf ihrer Osterconferenz beschlossen, bei den Landtagswahlen in aussichtsreichen Bezirken eigene Candidaten aufzustellen, in den übrigen Bezirken aber unter allen Umständen für den Gegner der Christlich-Socialen (d. h. der Klericalen) zu stimmen. — Die Socialdemokratie in Ungarn hielt zu Ostern in Pest ihren Congress ab. Die Partei giebt Zeitungen in ungarischer, deutscher und serbischer Sprache heraus; sie agitirt für das allgemeine Wahlrecht und ventilirt die Idee eines Generalstrikes behufs Erzwungung desselben. Ferner fand in Mezötur eine Conferenz socialistischer Feldarbeiter statt, auf welcher die Forderung aufgestellt wurde: die Fideicommisslandgüter seien zu verstaatlichen und parcellenweise dem Volke in Pacht zu geben. — In Italien haben die socialistischen Abgeordneten Turati und Nofri als Leiter des Eisenbahnerverbandes der Regierung sehr beträchtliche Löhnerhöhungen für das Personal der Staatsbahnen abgenötigt. Die Socialisten unterstützen jetzt wieder das Ministerium, und zwar vor allem aus Rücksicht auf die rasch wachsenden Landarbeiterverbände, deren Coalitionsfreiheit das Ministerium Zanardelli im allgemeinen respectirt, während ein Ministerium Sonnino für sie soviel bedeuten würde wie gewaltsame Vernichtung. — In Schaffhausen am Rhein wurde Genosse Müller in den Grossen Stadtrat und Genosse Blum in den Kleinen Stadtrat (Magistrat) gewählt. — Beide Fractionen der englischen Socialdemokratie hielten zu Ostern Congress ab; an dem Congress der I. L. P. zu Liverpool nahmen 140 Delegierte teil, an jenem der S. D. F. zu Blackburn 81 Delegierte. — Auch die holländische Socialdemokratie hielt zu Ostern ihren Congress ab und zwar in Groningen. Die Partei zählt derzeit 7 Vertreter im Parlament, je einen im Landtag der Provinz Friesland und einem der Provinz Overysse, ferner in 181 Gemeinden zusammen 58 Vertreter. — Bei den Ergänzungswahlen zum Gemeinderat von Kopenhagen siegten die verbündeten Liberalen und Socialdemokraten; es wurden vier Liberale und drei Socialdemokraten gewählt, so dass jetzt der Gemeinderat aus 20 Socialdemokraten, 21 Liberalen und einem Conservativen besteht. — Die japanische Socialdemokratie hat ihr Parteiorgan aus einem Wochenblatt in ein Tageblatt umgewandelt, das den Titel Naigwai Shimpō führt.

Ladislau Gumplowicz.

Gewerkschaftsbewegung.

Am 22. April ist Heinrich Möller, der Vorsitzende des Deutschen Bergarbeiterverbandes, in Ober-Langenbielau gestorben. Möller hat als Vorsitzender seiner Gewerkschaft, wie als Abgeordneter im Reichstag, dem er 1893—98 angehörte, sich um die Sache der Bergarbeiter verdient gemacht. Die letzten Monate seines Lebens wurden ihm verbittert durch einen Kampf mit dem Führer der christlichen Bergarbeiter, Herrn Brust, der ihm die Ehre abschneiden wollte, vor Gericht aber als Verleumder blossgestellt wurde. Der Verstorbene ist auch speciell den Lesern der Socialistischen Monatshefte als Mitarbeiter bekannt. Noch im vorigen Hefte ist ein Artikel von ihm: Zur Verstaatlichung des Bergbaus erschienen. Die Arbeiterbewegung wird das Andenken des wackern Kämpfers in Ehren halten.

Die Nachrichten vom Arbeitsmarkte lauten zur Zeit noch wenig günstig. Der Vorstand des Deutschen Berg- und Hüttenarbeiterverbandes hat ermittelt, dass in den letzten Wochen 1870 Bergleute im rheinisch-westfälischen Industriegebiete entlassen worden sind. Am 15. März wurden auf den Ruhrzechen allein 2000 Arbeiter entlassen. Die Zahl aller in den letzten Monaten entlassenen Arbeiter wird für das Ruhrgebiet auf 10000 angegeben. Diesen enormen Arbeiterentlassungen gegenüber wird ein höchst unverständlicher, aber allem Anschein nach wohlorganisierter Massenzug ausländischer Arbeiter beobachtet. Die Zahl der nach den westdeutschen Industriegebieten zugezogenen italienischen Arbeiter schätzt man auf 20000. Eine Zeche bei Hamborn (Ruhrrevier) stellte an Stelle der entlassenen heimischen Arbeiter Leute aus Südungarn ein. Auch von Osten her wird ein Massenzug ausländischer Arbeiter gemeldet. Nach der Kattowitzer Zeitung sind an einem Tage 20 000 Sachsengänger nach dem Innern des Reichs befördert worden. Der Directionsbezirk hatte nicht genügend Wagen, um alle Leute befördern zu können. Deshalb sind kurze Zeit vorher aus allen übrigen Directionsbezirken Preussens Personenwagen requiriert worden. Die Leute, meist Galizier, gehen in der Hauptsache nach Mitteldeutschland. Die deutschen Gewerkschaften bemühen sich bekanntlich, durch Herausgabe italienischer und polnischer Zeitungen Aufklärung unter den Fremden zu verbreiten. Unter den gegenwärtigen Verhältnissen erscheint aber eine wirksame, durch die Gesetzgebung zu regelnde Beschränkung solcher Zuwanderung durchaus am Platze.

Im Laufe der letzten Monate haben die nachstehenden Organisationen Berufskonferenzen bzw. Verbandstage abgehalten: Steinsetzer in Mainz, Lagerhalter in Berlin, Gastwirtsgehilfen in Mainz, Buchdruckereihilfsarbeiter in Berlin, Elektromonteuere in Frankfurt a. M., Textilarbeiter in Cassel, Schuhmacher in München, Maschinisten in Magdeburg, Lederarbeiter in Magdeburg, Conditoren in Berlin, Fleischer in Berlin. Das Gesamtbild aller dieser Tagungen zeigt einen Fortschritt in der Organisationsarbeit trotz der hier und da noch starken Abneigung gegen Unterstützungseinrichtungen und wirksame Verbandsbeiträge.

Die Gastwirtsgehilfen brachten Beschwerden gegen Gewerkschaftshäuser, die Lagerhalter solche gegen Consumvereine vor. Man hat im Hinblick auf die vielfach verbesserungsfähigen Verhältnisse in Arbeiterunternehmungen das Wort geprägt: Arbeiter als Arbeitgeber, und so hat dieses Wort vorläufig eine mehr uble, als vorteilhafte Bedeutung erhalten. Wenn auch zugegeben werden mag, dass im Anfangsstadium der Entwicklung der einzelnen Arbeiterunternehmungen gewisse Schwierigkeiten herrschten, so musste doch manchmal schon energisch vorgegangen werden, um die später leistungsfähiger gewordenen Unternehmungen an ihre socialen Pflichten zu erinnern.

Der Textilarbeiterverband hatte infolge der Depression 12 000 Mitglieder verloren, was allerdings nicht weiter erstaunlich ist, da der Organisationsgedanke unter diesen Arbeitern noch sehr schwach entwickelt ist. Der Verlauf des Verbandstages eröffnet aber dennoch einen beruhigenden Ausblick für die weitere Entwicklung der Organisation. Die Krankenunterstützung wurde neu geregelt. Die Buchdruckereihilfsarbeiter haben ihre Vorsitzende und Redactrice wiedergewählt, da sich kein geeigneter männlicher Verbandscolleague bereit finden liess, für 600 Mk. jährlich dieses Amt zu verwalten. Für die Verbandsleiterin ist es gewiss ehrend, dass sie ein derartiges Opfer bringt, aber für den Verbandstag wäre es noch ehrender gewesen, wenn er auf dieses Opfer verzichtet und so gehandelt hätte, wie die numerisch nur ebenso starke Organisation der Schlachter und die noch weit schwächere der Conditoren, — nämlich sich dazu entschlossen hatte, die Beiträge zu erhöhen und angemessen zu honorieren.

Die Schuhmacher lehnten diesmal wieder die Arbeitslosen- und die Krankenunterstützung mit teils erheblicher, teils schwacher Majorität ab. Die Maschinisten und Heizer führten die Arbeitslosenunterstützung ein.

Auf dem Verbandstag der Lederarbeiter konnte auf das dreissigjährige Bestehen dieses Verbandes hingewiesen werden. Die Fleischermeister versuchen die Teilnehmer des Gesellenverbandstages zu massregeln.

* Die deutsche Strikebewegung ist umfangreicher geworden. Der Strike der Stuccateure in Posen ist beendet, dagegen herrschen an anderen Stellen in dieser Branche teils allgemeine, teils partielle Ausstände.

Die Schneider führen in München einen heftigen Kampf, in dem Aussperrung, schwarze Listen und von seiten der Arbeiter der Boycott zur Anwendung gelangen. In Mannheim haben die Schneider gesiegt. 2000 Bauhandwerker (Maurer und Zimmerer) sind in Kiel und Halberstadt ausgesperrt und ausserdem an über 15 Orten an Ausstandsbewegungen engagiert. Ähnlich steht es mit dem Holzarbeiterverbände. In Osnabrück strikten mit Erfolg die Buchdrucker für den Tarif. Das Gewerbegericht vermittelte. Es strikten ferner Steinmetzen in Braunschweig, Maler und Lackierer in Isenburg, Goldschläger in Dresden, Schuhmacher in Kiel, Tapezierer, Polsterer und Decorateure in Düsseldorf, Lederarbeiter in Erlangen u. a. m.

Der Weberstrike in Dittersbach und die Aussperrung in Crimmitschau sind beendet. Der Ring der Flaschenfabricanten sperrt zur Zeit noch 80 Arbeiter wegen Teilnahme am vorjährigen Strike aus. Die Situation in der Berliner Holzindustrie ist sehr kritisch, die Unternehmer planen eine Machtprobe.

* Die ausländische Strikebewegung hat sich ebenfalls verstärkt. Aus der Schweiz wird berichtet, dass die Tapezierer in Zürich, die Schneider in Zürich, Winterthur und Frauenfeld, die Schuhmacher in Basel, St. Gallen und Genf und die Steinbrucharbeiter von St. Sulpizen strikten.

Es strikten ferner die Heizer in Havre, Transportarbeiter in Boston, Hafnarbeiter in Fiume, 4000 Textilarbeiter in Reims, 300 Arbeiter der Rothschild'schen Werke in Batum (Tiflis). Eine erhebliche Ausstandsbewegung zeigt Moskau.

Die Aussperrung der Weber in Enschede und der Bauarbeiter in Amsterdam dauert fort, während der Kampf der Diamantarbeiter in Amsterdam nach $\frac{1}{4}$ -jähriger Dauer beendet ist.

* Kurze Chronik. Von ausländischen Congressen und Verbandstagen sind anzumerken: Französische Eisenbahner in Paris, schwedische Metallarbeiter in Stockholm, schweizerischer Gewerkschaftscongress in Bern, ferner schweizerische Metall-

arbeiter, Holzarbeiter, Typographen und Transportarbeiter. — Der Wirteverband in Nordhausen befahl bei Strafe der Entlassung den Kellnern den Austritt aus dem Kellnerbund, da dieser der Urheber der lästigen Kellnerschutzverordnung sei. (!) — Im Holzarbeiterverbände fand eine Urabstimmung über die Einführung der Arbeitslosenunterstützung statt. Es haben abgestimmt 48 944 Mitglieder, d. i. 69%. Es stimmten 24 907 dafür und 24 037 dagegen. Der Verbandstag, welcher am 4. Mai d. J. zu Mainz stattfindet, hat nun das Weitere zu beschliessen. — Auch die Lederarbeiter haben mit 2551 gegen 1416 Stimmen die Arbeitslosenunterstützung beschlossen. — Die österreichischen Eisenbahner feiern das zehnjährige Bestehen ihres Verbandes. Vor zehn Jahren gab es in Wien drei organisierte Eisenbahner, jetzt giebt es deren 22 000. 1897 erfolgte durch Badeni die „Auflösung“, die aber die Eisenbahner nicht auseinander treiben konnte. *Heinrich Bürger.*

Genossenschaftsbewegung.

Aus Sachsen ist uns einmal eine angenehme Ueberraschung geworden. Die Mitte März dem Landtage vorgelegte und wegen ihres agitatorischen Wertes von der Grosseinkaufsgesellschaft vervielfältigte **Denkschrift der sächsischen Regierung über die Umsatzsteuer** ist eine runde Absage an die Freunde einer staatlichen Erdrosselungssteuer. Die Denkschrift ist die Antwort auf das im vorigen Jahre von den beiden Kammern an die Regierung gestellte Ansuchen, an Stelle der bisherigen, den Gemeinden überlassenen facultativen eine landesgesetzliche Sonderbesteuerung solcher Betriebe treten zu lassen, „die durch die Concentration des Detailhandels mit verschiedenen Warengattungen oder durch eigenartige Massnahmen, die augenscheinlich auf einen Eingriff in den Umsatz des Kleinbetriebes berechnet sind, sich besondere Vorteile verschaffen“. Nach einer Umfrage bei den Handels- und Gewerbekammern, die von den ersteren durchweg im steuerfeindlichen, von den letzteren mit einer Ausnahme (Zittau) im steuerfreundlichen Sinne beantwortet wurde, hat die Regierung nun ihren Standpunkt dahingehend präcisirt. Zu einer Aenderung des bisherigen Verfahrens läge keine Veranlassung vor. Nur 30 Gemeinden, d. h. etwa 5% der Gemeinden mit über 1000 Einwohnern, hätten von dem ihnen zustehenden Rechte einer Sonderbesteuerung Gebrauch gemacht, ein allgemeines Bedürfnis nach einer solchen sei also offenbar nicht vorhanden. Eine Notlage des Kleinhandels-

sei in der That nicht zu verkennen. Diese habe aber ihre Hauptsache in der Ueberfüllung dieses Gewerbes, wofür die Denkschrift ausführliche statistische Belege giebt, und zwar in der Ueberfüllung mit Existenzen ohne Berufsbildung, die anderwärts nicht vorwärts kommen könnten. Die Hilfsmittel müssten dementsprechend bestehen in besserer Ausbildung der Lehrlinge in der Praxis und in Fachschulen, in dem corporativen Zusammenschluss der Besten und Tüchtigsten und endlich in der Selbsthilfe gegenüber der Concurrenz der Grossen durch Gründung von Einkaufsgenossenschaften und deren Vereinigung in eine leistungsfähige Grosseinkaufsgesellschaft. Nicht die Starken zu schwächen, sondern die Schwachen zu stärken gelte es! Eine ausdrückliche Anerkennung zollt die Denkschrift den grossen Vorteilen, die die Consumvereine ihren Mitgliedern, die zu 61 % aus Arbeitern und zu 11 % aus selbständigen Handwerkern bestehen, bieten, so insbesondere der Gewöhnung der Mitglieder an Sparsamkeit, Ordnung und Pünctlichkeit, wie auch der Erziehung unbemittelter Leute zur Verwaltung grosser Unternehmungen. Bedauerlich ist es nur, dass die Regierung nicht die volle Consequenz ihres Standpunctes gezogen und auch den Gemeinden die Berechtigung zur Umsatzsteuer entzogen hat. Diese Inconsequenz wurde von ihr bei der Besprechung der Denkschrift im Landtage ziemlich schwach durch den Hinweis verteidigt, dass in einzelnen Gemeinden die Dinge doch so lägen, dass dort eine Besteuerung angezeigt erscheine. Damit ist der Hetze der Mittelstandspolitiker also weiterhin die communale Arena geöffnet.

Die Denkschrift fand im Dreiclassenlandtage natürlich keine sehr freundliche Beurteilung, und die sächsische Regierung musste sich sogar manchesterliche Grundsätze vorwerfen lassen. In der Hoffnung, dass man am Ende doch noch zu einer landesgesetzlichen Regelung der Frage gelangen werde, überwies man schliesslich die Denkschrift an die Gesetzgebungsdeputation.

Welche Bedeutung das Genossenschaftswesen für Sachsen hat, das beweist eine kürzlich aufgenommene und vom Hamburger Wochenbericht veröffentlichte Statistik. Von 199 existierenden Vereinen berichteten 179. Diese zählten 1901 204312 Mitglieder und hatten einen Umsatz von 51 692 274 Mark im eigenen und 2 361 573 Mark im Lieferantengeschäft. Der erzielte Reingewinn betrug 6205362 Mark. Ständig angestellt waren 2750 Personen und diese erhielten eine Besoldung von 2502520 Mark. An Steuern

zahlten die betr. Vereine, von denen keiner steuerfrei war, 402880 Mark.

* Die 7. Generalversammlung des Verbandes der Lagerhalter und Lagerhalterinnen Deutschlands fand am 16. und 17. März in Berlin statt. Das meiste Interesse beansprucht die daselbst mitgetheilte Statistik, die einen kleinen Fortschritt gegenüber den im Vorjahre gemachten Erhebungen aufweist. Es berichteten 692 Personen, darunter 35 Lagerhalterinnen. Nach Abzug der innerhalb der Geschäftszeit liegenden Pausen betrug die eigentliche wöchentliche Arbeitszeit: für 40 Personen unter 60 Stunden; für 132: 60—70; 473: 71—80; 83: 81—90 und 2: 91—93 Stunden. Sonntagsarbeit hatten 1—3 Stunden: 194 Personen, über 3—5 Stunden: 91 Personen. Mittagspause geniessen 552 Personen, davon 194 infolge von Mittagsschluss ihrer Vereine. Den Achtuhrladenschluss hatten 576 Personen, 420 hatten die gesetzliche Ruhepause. Im allgemeinen bestätigen diese Zahlen die neulich von uns aufgestellte Behauptung, dass Consumvereine bezüglich der Arbeitsbedingungen den Vergleich mit Privatgeschäften nicht zu scheuen brauchten; sie zeigen aber auch, dass doch noch sehr viel zu thun übrig bleibt. In Bezug auf die vorkommenden exorbitant hohen Arbeitszeiten, die wohl auch immer mit der mangelnden Mittagspause zusammenfallen, ist allerdings anzunehmen, dass es sich hier um junge Vereine oder kleine Filialen mit nur einer Verkaufskraft handelt, die dann eben immer zur Verfügung stehen muss, wie dies ja schliesslich der Inhaber eines kleinen Privatgeschäftes auch muss, also im allgemeinen um vorübergehende Verhältnisse. Da aber, wo Hilfskräfte vorhanden sind, müssten die Verwaltungen noch viel mehr auf eine allmähliche Einschränkung der Arbeitszeit, wenigstens bis auf 60 Stunden wöchentlich, bedacht sein.

Bezüglich der Besoldung lässt sich überhaupt kein Vergleich mit Privatunternehmungen anstellen, da die hier zu leistende Arbeit in vielen Fällen kaum die eines gewöhnlichen Verkäufers übersteigt, in manchen Fällen (bei Vorstehern grosserer, viel Personal beschäftigender Filialen) aber auch ein ausserordentliches Mass von kaufmännischem Ueberblick und organisatorischem Geschick voraussetzt. Es erhielten Gealter. 56 Personen monatlich unter 80 Mark, 55. bis 90 Mark, 78: bis 100 Mark, 208: über 140 bis 250 Mark, 1: unter Umständen bis 300 Mark; 219 Personen erhielten ausserdem noch Wohnungszuschuss. Mit festem Gehalt

besoldet waren 489 Personen, mit Prozenten 68, mit beidem 124. Die auf die Arbeitskraft kommende Umsatzleistung beträgt unter 2000 Mark bei 41 Personen, 2000 bis 2500 Mark (der in den Mindestforderungen der Lagerhalter bezeichneten Höchstgrenze) bei 384; 2500 bis 3000 Mark bei 104 und über 3000 Mark bei 117 Personen. Mancovergütung erhielten: keine oder unbestimmte: 47; bis $\frac{1}{4}\%$: 44; $\frac{1}{2}\%$: 261; $\frac{3}{4}\%$: 63 und $1-2\%$: 261 Personen.

Das Verhalten der Consumvereinsverwaltungen wurde im allgemeinen als ein entgegenkommendes bezeichnet, nur wurde darüber Klage geführt, dass sich die Verwaltungen den Beschlüssen des Schiedsgerichts, das doch nach ihren Wünschen umgestaltet sei, nicht gefügt hätten. Das müsse in Zukunft besser werden.

Die Mitgliederzahl des Verbandes hat sich seit dem Erscheinen der Monatsblätter bedeutend vermehrt; sie beträgt heute 772. Da der Vorstand die Verwaltungsarbeiten nicht mehr allein bewältigen kann, so wurde die Anstellung eines besoldeten Secretairs beschlossen.

*

Am 22. März fand in Rom, Mailand, Florenz und anderen grossen italienischen Städten eine Demonstration gegen die Consumvereine statt, indem sämtliche Ladeninhaber und Restaurantsbesitzer von 2 Uhr nachmittags ab ihre Localitäten geschlossen hielten. Zugleich wurde den 5 römischen Abgeordneten eine Petition der italienischen Handelstreibenden „gegen die Missbräuche und Privilegien der Consumvereine“ überreicht. Die „Privilegien“ sollen in der teilweisen Befreiung der Consumvereine vom Octroi und in der Unterstützung der Unione militare durch den Kriegsminister bestehen, die „Missbräuche“ jedenfalls in ihrem Erfolg. Wie dem Wochenbericht mitgeteilt wird, nahm das grosse Publicum die Demonstration nicht ernst, der Erfolg der Petition bleibt abzuwarten.

Die Missstimmung der italienischen Gewerbetreibenden ist übrigens begreiflich, wenn man die ungemein rasche Entwicklung des Genossenschaftswesens in Italien in der letzten Zeit ins Auge fasst. Die Zahl der Genossenschaften überhaupt ist von 179 im Jahre 1899 auf 240 in 1900 und 374 in 1901 gestiegen. Die betreffenden Ziffern für die Consumvereine lauten: 59, 76, 139, was einer Vermehrung von 135% im Laufe von 2 Jahren entspricht.

*

Kurze Chronik. Der Umsatz der Gross-einkaufsgesellschaft Deutscher Con-

sumvereine hat sich von knapp 8 Millionen im Vorjahre auf über 15 Millionen Mark in 1901 gehoben. Die diesjährige Generalversammlung der Gesellschaft wird vom 26. bis 28. April in Braunschweig abgehalten werden. Eine Warenausstellung, ein allgemeiner Börsentag und eine Conferenz von verschiedenen Einkaufsvereinigungen werden mit der Versammlung verbunden sein. Die Tagesordnung weist die Erhöhung des Stammcapitals auf 500 000 Mark und die Anstellung eines 3. Geschäftsführers auf. — Die erste Nummer des Frauengenossenschaftsblattes ist sofort in einer Auflage von 153 000 Exemplaren erschienen. Sie enthält in gefälliger Ausstattung einen Brief an die deutschen Frauen, Bild und Lebensbeschreibung von Adele Gerhard, novellistische Darbietungen, einen Artikel über Kindererziehung, Feuilleton, Recepte etc. 127 Vereine sind an der Herausgabe des Blattes beteiligt. — Die deutsche Genossenschaftsbank von Soergel, Parisius & Co. (Actiengesellschaft) hat infolge der allgemeinen ungünstigen Geschäftslage im letzten Jahre nicht gut abgeschnitten. Das Reinertragnis ist von 2022 277 Mark im Vorjahre auf 1 132 056 Mark gesunken. Statt 5% Dividende werden nur 3% verteilt werden. — Die Hamburger Production hat ihren Siegeslauf im vergangenen Jahre fortgesetzt. Der Geschäftsbericht zeigt eine Steigerung des Umsatzes gegen das Vorjahr von 940 584 Mark auf 1 659 307 Mark eine solche des Reingewinnes von 15 952 Mark auf 51 362 Mark. Die Mitgliederzahl hob sich von 7157 auf 10 651, die Zahl der Geschäftsstellen von 14 auf 21. — Einkaufsvereinigungen wurden gegründet für Stuttgart und Umgebung und für die eingetragenen Genossenschaften Berlins. — Neue Consumvereine wurden constituirt in Kirchhain, Schleswig, Cöln-Ehrenfeld, Burgkundstadt, Grosstreiben b. Torgau. In Vorbereitung ist die Gründung in Cleve, Aachen und Hagen i. W. — Die bei den englischen Consumvereinen veranstaltete Erhebung in Sachen der Kohlenfrage hat einen Bedarf der vier zunächst in Betracht kommenden Districte von rund 500 000 Tons im Jahre ergeben, wozu die 50 000 Eigenbedarf der englischen C. W. S. kommen. In Rücksicht auf die gewaltigen nötig werdenden Ausgaben, will die C. W. S. zunächst als Händler auftreten, um dann mit den gewonnenen Eriahrungen an den Erwerb von eigenen Gruben zu gehen. — Das an der Seeküste gelegene Reconvalescentenheim der schottischen Genossenschaften wurde im letzten Jahre von 2275

Personen, nämlich 1089 Männern, 1050 Frauen und 127 Kindern besucht. Der durchschnittliche Aufenthalt eines Patienten betrug $13\frac{1}{2}$ Tage; die Verpflegungskosten, die von den Consumvereinen getragen werden, 9,25 Mark pro Woche. Die Gesamteinnahmen und -ausgaben der Anstalt beliefen sich auf 53330 resp. 39500 Mark.

Gertrud David.

Sociale Communalpolitik.

Anlässlich der Beratung eines Gesuches eines Bürgervereins, der um die Concessionierung einer Apotheke bat, hat sich der Stuttgarter Gemeinderat mit der Frage zu beschäftigen, ob nicht in Zukunft die Stadtgemeinde die Concession neu zu errichtender Apotheken für sich in Anspruch nehmen sollte. Das Apothekenwesen ist zur Zeit in Württemberg durch die königliche Verordnung vom 4. Januar 1843 geregelt. In § 1 derselben heisst es: „Die Concession zur Errichtung einer Apotheke wird nur als persönliche Befugnis an einen approbierten Apotheker verliehen.“ Danach kann also auf eine Gemeinde eine Apothekenconcession zur Zeit nicht übertragen werden. Die Verordnung wäre aufzuheben und so zu ändern, dass auch Gemeinden Concessionen erhalten und dieselben in ihrem Interesse ausnützen können. Bei den vorbereitenden Verhandlungen in der Gewerbeabteilung des Gemeinderats waren die Freunde der Communalisierung der Apotheken begreiflicherweise von den hessischen Verhältnissen ausgegangen. Auf eine Anregung des Referenten hatte das Statistische Amt eine Umfrage bei den verschiedenen hessischen Städten veranstaltet, deren Resultate wir nachstehend folgen lassen. Zunächst sei vorausgeschickt, dass nach den landesgesetzlichen Bestimmungen in Hessen die Verleihung der Concession für eine neu zu errichtende Apotheke und die Wiederverleihung einer heimgefallenen, sogenannten geschenkten Apothekenconcession nach dem Ermessen des Ministeriums des Innern und der Justiz auch an eine Gemeinde oder einen Kreis erfolgen kann, wenn diese darum nachsuchen. In diesen Fällen muss die Apotheke an einen approbierten Apotheker verpachtet werden. Die Bedingungen der Verpachtung sind durch die beiden Ministerien mit dem Concessionsträger festzustellen. In neuerer Zeit sind alle Neuconcessionen von Apotheken an Städte und Gemeinden, nicht aber an Private erteilt worden. Hören wir nunmehr die Berichte der hessischen Städte über die Rentabilität ihrer Gemeindeapotheken. Aus Eberstadt mit 5150 Einwohnern wird berichtet, dass der durchschnittliche Ertrag

2200 Mark jährlich betrage und dass die Gemeinde mit dem Resultate sehr zufrieden sei. Flonheim mit 1800 Einwohnern erzielt eine Pachtsumme von 3500 Mark pro Jahr. In Mainz besteht die Gemeindeapotheke seit 1891, sie ist auf Lebenszeit an einen Apotheker verpachtet. Die Stadt bezieht zur Zeit 6000 Mark, wovon für Miete 2650 Mark abgehen, und ausserdem noch für Mobilversicherung, Verzinsung, Tilgung der Einrichtungskosten 1181 Mark in Abzug zu bringen sind. Auch diese Stadt schreibt „Die mit der Apotheke gemachten Erfahrungen sind die besten.“ In Bad Nauheim, das nur 4500 Einwohner hat, zugleich aber eine grosse Fremdenfrequenz besitzt, ist die Apotheke seit 1887 verpachtet, und zwar in den ersten 5 Jahren zu 4250 Mark, in den zweiten 5 Jahren zu 6250 Mark, in weiteren 5 Jahren zu 9000 Mark, und vom 1. April 1902 an zu 15000 Mark ausser dem zur Stadtcasse fließenden Erträgnis an Grundsteuern und Umlage des Objectes. Es wird dabei bemerkt: „Ausgezeichnete Rentabilität wird erzielt, und der Pächter ist vermögend geworden“. Nauheim hat ausserdem die Concession für eine zweite Apotheke unter den gleichen Bedingungen wie bei der ersten erhalten. Undenheim mit 1300 Einwohnern hat die Apotheke ebenfalls auf Lebenszeit verpachtet, der Pächter zahlt ein jährliches Fixum von 1200 Mark, ausserdem 25% des über 7500 Mark hinausgehenden jährlichen Umsatzes, was zur Zeit etwa 800 Mark ausmacht. Auch hier wieder heisst es: „Das finanzielle Ergebnis unserer Apotheke ist recht günstig“. Offenbach errichtet zur Zeit eine Communalapotheke, die Stadt Worms ist ebenfalls um die Concession einer Apotheke eingekommen. Die Erfahrungen der hessischen Städte haben den Beweis geliefert, dass eine Communalisierung der neuerrichtenden Apotheken sich sehr leicht durchführen lässt. Die hessische Regierung macht allerdings den Gemeinden noch die Auflage, die ihnen concessionierten Apotheken an approbierte Apotheker zu verpachten; in dem Masse aber, wie das communale Apothekenwesen an Ausdehnung gewinnt, wird es nicht möglich sein, an dieser Bedingung festzuhalten. Es lässt sich in der That kein Grund dafür anführen, weshalb nicht die Gemeinden die ihnen concessionierten Apotheken in eigener Regie betreiben sollten. Ob der Apotheker als Gemeindebeamter oder als Pächter den Betrieb führt, ist für die Güte seiner Betriebsführung ziemlich gleichgiltig. Der einzige Unterschied wird, wenigstens zunächst, darin bestehen, dass der Profit, den er als Pächter

über die angemessene Entlohnung seiner Dienste hinaus eingesteckt haben würde, den Gemeinden zufällt. Für die Eigenregie der Gemeinden spricht aber ein sehr wesentlicher weiterer Grund — nämlich die dadurch allein zu erzielende Verbilligung der Arzneimittel. Durch die Verpachtung der Gemeindeapotheken wird an den bestehenden Preisverhältnissen gar nichts geändert. Der Pächter erhebt die Sätze der Medicinaltaxe, wie jeder andere Apotheker auch, und die Gemeinde ist an dem Profite beteiligt. Betreibt sie dagegen die Apotheke in eigener Regie, so ist sie im stande, die Arzneimittel so billig abzugeben, dass nur die Selbstkosten gedeckt werden. Durch diese Herabsetzung der Arzneimittelpreise wird ein gewisser Druck auf die Preise der übrigen Apotheken ausgeübt, und mag er zunächst auch nur klein sein, so wird er doch in dem Masse an Bedeutung gewinnen, in dem die Zahl der communalen Apotheken wächst. Diese Preisconcurrentz der communalen Apotheken ist besonders wichtig gegenüber den Apotheken, welche auf Realconcession beruhen. Ist einmal der Grundsatz allgemein gültig geworden, dass neue Concessionen nur an Gemeinden und andere communale Körperschaften erteilt, dass ferner die heimgefallenen Personalconcessionen ebentalls nur auf sie übertragen werden, so wird es nach Ablauf von einigen Jahrzehnten nur noch communale und auf Realconcession beruhende Apotheken geben können. Es liegt auf der Hand, dass mit dem Verschwinden der auf persönlicher Concession beruhenden Apotheken die Preisconcurrentz der Communalapotheken sich immer schärfer geltend machen und es dadurch ermöglicht wird, die heutzutage oft in schwindelhafter Weise hinaufgetriebenen Werte der Realconcessionen ganz bedeutend herabzudrücken. Die Communalisierung der letzteren, die nicht zu umgehen ist, würde in diesem Falle ganz bedeutend billiger sein, als wenn die Gemeinden schon heute ohne weiteres an dieselbe herangehen wollten. Wenn man diesen anzustrebenden Entwicklungsgang ins Auge fasst, gewinnt die Forderung, den Gemeinden alle Neuconcessionen zu übertragen, ihre volle Bedeutung und werden die Einwände der Gegner, die auch im Stuttgarter Gemeinderat wieder erhoben wurden, gegenstandslos. Diese Einwände laufen im wesentlichen darauf hinaus, dass unsere Apothekenverhältnisse sehr solide und gute seien und daher kein Grund für einen Eingriff in dieselben seitens der öffentlichen Gewalten vorliege. Aber allein die geradezu scandalösen Speculationen mit den Apotheken weisen zur Genüge nach, was

es mit dieser Behauptung auf sich hat. Selbst da, wo man die Verhältnisse im Apothekergewerbe als ungesund bezeichnet, verspricht man sich eine Besserung weniger von einer Communalisierung der Apotheken, als von einer Freigebung des Gewerbes. Es soll nicht bestritten werden, dass durch diese und die mit ihr verbundene Concurrentz eine Verbilligung der Arzneipreise erreicht werden kann. Das gilt aber nur so lange, bis das Grosscapital sich auch dieses Gebiet unterworfen und durch Ringbildung die preisermindernden Wirkungen der Concurrentz ausgeschlossen haben wird. Dagegen wird von den Anhängern der Communalisierung gerade die Notwendigkeit betont, ein Gewerbe, das von so grosser Bedeutung für die öffentliche Gesundheit ist, aus den Concurrentzverhältnissen unserer Wirtschaftsorganisation herauszuheben. Schliesslich bestreiten die Gegner, dass durch die Erteilung einzelner Concessionen an die Gemeinden eine Verbilligung der Arzneipreise erreicht werden könnte. An dieser Behauptung ist nur soviel richtig, dass allerdings die billigeren Arzneimittelpreise anfänglich nur einem kleinen Teile der Bevölkerung zu gute kommen werden, vorausgesetzt, dass die Gemeindeapotheke die Arzneien zu Selbstkostenpreisen abgeben. Der begünstigte Bevölkerungsteil muss aber wachsen, in dem Masse, wie die Personalconcessionen heimfallen, und wie die Concurrentz der Gemeindeapotheken auch auf die Apotheken mit Realconcession zu wirken beginnt.

*
So kläglich die Action des Berliner Magistrats gegen die Wohnungsnot begonnen hat, ein so klägliches Ende hat sie auch genommen. Die Berge haben gekreist — das Resultat war eine jämmerliche Maus. Mit der König Friedrich-Stiftung glorreichen Andenkens begann der Magistrat seine Thätigkeit, und er schloss sie mit der Erklärung, dass eine Wohnungsnot nicht mehr existiere, in einer Zeit fortdauernder hoher Wohnungsmieten und fortgesetzter Steigerungen. Bare 500 000 Mark, das ist die Riesensumme, mit der er das Berliner Wohnungselend aus der Welt zu schaffen gedenkt. Dieser Betrag ist nämlich vom Magistrate der Actiengesellschaft Verein zur Verbesserung der kleinen Wohnungen in Berlin als Darlehen gegeben worden. 332 000 Mark davon sind auf 10 Grundstücke des Vereins hypothekarisch sicherzustellen, der Rest wird auf Terrains der Gesellschaft hergeliehen unter der Bedingung, dass die Capitalien nur zur Herstellung von Häusern mit kleinen Wohnungen innerhalb

zwei Jahre verwendet werden dürfen. Das Capital soll mit $3\frac{1}{2}\%$ jährlich verzinst werden. Die Höhe der Mieten für die Wohnungen soll so bemessen sein, dass nur die Verzinsung und Amortisation des aufgewandten Capitals, die Ausgaben für Instandhaltung, Verwaltung etc. durch dieselben gedeckt werden. Bei der Vermietung haben Berliner Familien das Vorrecht; solche mit zahlreichen Kindern dürfen nicht zurückgewiesen werden. Dem Ausschusse des Magistrats, dessen Aufgabe das Studium der Wohnungsfrage war, lagen 50 Gesuche von gemeinnützigen Baugenossenschaften und Baugesellschaften vor, die alle um Unterstützung ihrer Thätigkeit durch ein Darlehen baten. Von ihnen hat allein diese Actiengesellschaft ein Darlehen erhalten, deren Gemeinnützigkeit in einer 4procentigen Verzinsung des Actien Capitals gipfelt. Vor einer Unterstützung der Baugenossenschaften, von denen einzelne in Berlin ganz hervorragendes geleistet haben, scheute offenbar der Magistrat in seinem capitalistischen Manchestertum zurück. Wer die socialpolitischen Leistungen desselben verfolgt hat, wird sich darüber nicht wundern. Aber selbst dann muss die Behauptung des Magistrats in Erstaunen versetzen, dass eine Wohnungsnot in Berlin gegenwärtig nicht mehr existiere. Wenn es möglich wäre, durch derartige Erklärungen das Wohnungselend aus der Welt zu schaffen, so würde sich Berlin schon seit Jahrzehnten der glänzendsten Wohnungsverhältnisse erfreuen. Das Vorgehen des Magistratsausschusses ist sehr einfach und probat. Er erklärt, dass kein Wohnungselend existiert, und verweigert auf Grund dieser Erklärung den Gesellschaften, die sich mit Bekämpfung der Wohnungsnot beschäftigen, die Darlehen. Berliner Socialpolitik!

* Die Conferenz der Gemeindevertreter der Provinz Sachsen, die während der Osterfeiertage in Halle tagte, hat in Sachen der Budgetbewilligung die folgende Resolution angenommen: „Die Gemeindevertreterconferenz der Provinz Sachsen erklärt es für taktisch incorrect, wenn Vertreter der socialdemokratischen Partei in Gemeindevertretungen den städtischen Behörden den Etat bewilligen. Die Zusammensetzung der Collegien auf Grund des Dreiclassenwahlsystems sowohl wie die Verwendung kommunaler Gelder zu arbeiterfeindlichen Bestrebungen und die Art der Steuerbelastung müssen alle socialistischen Gemeindevertreter zur Ablehnung des Gemeindecets veranlassen.“ Vorausgesetzt, dass der Wortlaut richtig ist, so handelt es sich doch

hier auf jeden Fall, ebenso wie bei der Ablehnung der Budgets im Reich und in den Einzelstaaten, nicht um eine taktische, sondern um eine principielle Frage. Es ist eine notwendige Folge des von uns vertretenen Parlamentarismus, dass wir als Oppositionspartei die Etats im Reich und in den Einzelstaaten verweigern. Die Gemeindebehörden sind aber keine Landtage, sie stehen nicht autonom wie diese da, sondern sind in weiten Grenzen in ihrer Thätigkeit durch gesetzliche Bestimmungen beschränkt. Die Zusammensetzung der Collegien auf Grund des Dreiclassenwahlsystems, die Art der Besteuerung, zwei der Gründe, die in der Resolution die Ablehnung des Gemeindecets rechtfertigen sollen, entziehen sich vollständig oder in weiter Ausdehnung jedem Einflusse der Gemeindebehörden. Eine Verweigerung der Etats, vorgenommen durch eine socialistische Mehrheit in der Gemeindeverwaltung, wurde nur eine Zwangsetatisierung der gesetzlich vorgeschriebenen Posten durch die Regierungsbehörden oder die Verwaltungsgerichte nach sich ziehen. Es erscheint uns geradezu verhängnisvoll, politische Principien von einem Gebiete der Staatsverwaltung auf die Gemeindeverwaltung zu übertragen, ohne zu untersuchen, ob nicht die Wesensverschiedenheit der beiden die Anwendung ganz anderer Grundsätze erforderlich macht. Die Budgetabstimmung in den Parlamenten ist ein politischer Act, die Feststellung der Gemeindecets dagegen eine reine Verwaltungshandlung.

* Kurze Chronik. Die Hamburger Bürger-schaft hat in ihrer Sitzung vom 12. März das Gesetz zur Förderung des Baues kleiner Wohnungen unter Streichung der vom Senat beantragten Einführung des Erbbaurechts angenommen; ein socialdemokratischer Antrag auf Erbauung von Wohnungen durch den Staat wurde abgelehnt. — Die Stadtverordnetenversammlung in Mainz hat die unentgeltliche Lieferung der Lehrmittel in den Volksschulen abgelehnt, obschon bereits jetzt 45% aller Schulkinder auf Antrag die Lehrmittel unentgeltlich erhalten. — Die Frankfurter Stadtverordnetenversammlung hat den Antrag Wedel auf Einführung der unentgeltlichen Bestattung dem socialpolitischen Ausschusse überwiesen, obschon der Magistrat auf Grund der Schweizer Erfahrungen die Ablehnung desselben beantragt hatte. — Der Conflict zwischen Gewerkschaften und Stadtverwaltung in Frankfurt a. M. über das Statut der städtischen Arbeitsvermittlungsstelle ist beigelegt worden. Der Magistrat hat die Geschäftsordnung im wesentlichen nach den Wünschen der Gewerkschaften ab-

geändert. — Der Magistrat von Charlottenburg beabsichtigt in den Gemeindeschulen französischen Sprachunterricht einzurichten; die befähigtesten Schüler der 3 oberen Classen, bis zu 5 aus jeder, sollen zu dem unentgeltlichen Unterricht zugelassen werden, der in den schulfreien Nachmittagsstunden erteilt wird. Ferner ist die Errichtung eines städtischen Mädchenreformgymnasiums beschlossen worden.
Hugo Lindemann.

Diversa.

Bücher.

Dr. Moriz Kende: Die Entartung des Menschengeschlechts, ihre Ursachen und die Mittel zu ihrer Bekämpfung.

Dr. P. J. Möbius: Ueber den Kopfschmerz.

Dr. P. Näcke: Die Unterbringung geisteskranker Verbrecher.

Prof. Dr. Sante de Sanctis: Die Träume. Medicinisch-psychologische Untersuchungen. Autorisierte und durch zahlreiche Nachträge des Verfassers erweiterte Uebersetzung von Dr. O. Schmidt nebst Einführung von Dr. P. J. Möbius.

Sämtlich Halle a. S. Verlag von Carl Marhold. 1901—1902.

Näcke, der um die Durchsetzung der freien Irrenbehandlung verdiente und wohl-erfahrene Oberarzt von Hubertusburg, kritisiert hier die im Titel seiner Schrift ausgesprochene brennende Frage an der Hand eines vorzüglichen Materials mit gewohnter Ruhe und Sachkenntnis. Besonders die Zerpfückung des Begriffes geisteskranker Verbrecher verdient lebhaften Beifall. Näcke spricht sich hinsichtlich der deutschen Verhältnisse für die Errichtung von Adnexen an den Strafanstalten aus, mit dem gar nicht genug zu beherzigenden und auch immer wieder bekannten Hinweise darauf, dass um keinen Preis die Irrenanstalt zum Detentions-hause werden dürfe. Die gelegentliche Schilderung amerioanischer Irrenhäuser mit ihrem Comtoirt auch für die Patienten III. Classe wirft ein sehr lehrreiches Streiflicht auf unsere Zustände, unter denen bekanntlich die Culturaufgaben nicht leiden. Die Schrift ist, wengleich sie in erster Linie den Arzt interessieren wird, doch auch für den Laien lesenswert; sie kann viele thörichte Vorurteile zerstreuen.

Was Kende beabsichtigte, als er sein Buch schrieb, ist mir nicht recht klar geworden. Die ersten Bogen lesen sich leidlich; dann wird die Sprache nachlässig, und zum Schluss reisst der Verfasser seine Ausführungen in einem österreichischen Deutsch

herunter, das einfach beleidigend wirkt. Neues bringt die Schrift nirgends. Es ist anzuerkennen, dass Kende sehr viel gelesen hat, vor allem Statistiken, aber er schwört leider auf Ziffern, und in der Entartungsfrage ist das so ziemlich das Verkehrteste. Die letzten 40 Seiten enthalten des Verfassers eigene Ansichten über die Entartung. Wirr genug sind sie. Was soll man z. B. sagen, wenn man das alte Argument findet: Seuchen wirkten selectiv, weil nur die Schwachen ihnen unterliegen! Das schreibt ein Arzt anno 1902. Gegen das Ende häufen sich die Phrasen bedenklich. Aber den Trumpf spielt Kende zum Schluss aus: er befürwortet die Fruchtabtreibung auf Wunsch des geschwängerten Mädchens; Frauenärzte sollen das Geschäft besorgen. Gründe: Zum ersten sei das Weib sinnlicher, als der Mann, also falle ihm die Enthaltbarkeit schwerer. Wer mag das dem Verfasser aufgebunden haben? Zum zweiten: es ist ungerecht, dass reiche Frauen sich den Luxus des Abortes leisten können, arme Mädchen aber nicht; ergo — gestattet dasselbe auch den armen! Von den psychischen Wirkungen solcher Handlungen auf das Weib sagt der Verfasser keine Silbe. Das ist nur ein Präbchen; das meiste andere steht kaum viel höher. Die ganze Schrift ist durch ihre letzten Capitel geradezu gefährlich; denn den Laien besticht der zur Schau getragene Idealismus leicht, unter dem doch so unerquickliche Ziele und so viel Wertloses sich verbergen. Schon im Interesse der deutschen Sprache blieben solche Bücher besser ungedruckt; sprechen mögen die Herren dies- und jenseits der Leitha nach Belieben, aber schreiben — nein!

Volles Lob verdient die kleine Schrift von Möbius, der sich hier wieder einmal als Popularisator ersten Ranges zeigt. Ihr wünsche ich weiteste Verbreitung. Je mehr die Leute solche Dinge lesen, desto mehr werden sie über physiologische Sachen nachdenken, und den Schaden davon hat das Kurfuschertum. Sprachlich ist Möbius auf der Höhe; es fehlen die geschraubten Originalitäten, die mir neuerdings an ihm manchmal unliebsam auffielen, er schreibt von der ersten bis zur letzten Seite seinen prächtig einfachen, anschaulichen Stil. Und jeder, der es noch nicht weiss, mag daran gemahnt sein, dass der unbestritten erste deutsche Nervenarzt hier das Wort hat. „Nervenkliniker“ kann man leider nichtsagen; denn die allzeit voraussetzungslose deutsche Wissenschaft hat dafür gesorgt, dass diesem erleuchteten Kopfe die Pforten der Professur versperrt blieben.

Zu Sante de Sanctis reichhaltigem Buche hat Möbius die Einleitung und in ihr die denkbar beste Kritik geschrieben. Der italienische Psychiater hat mit ungeheurem Fleiss gearbeitet, und auch seine theoretischen Ausführungen fesseln und regen an, wo immer es sei. Leider arbeitet der Verfasser psychiatrisch noch mit der ganz alten Schablone; so ist das Capitel über die Traumpsychosen das schwächste von allen geworden. Den Hinweis auf die kindlichen Angstträume als ein wichtiges diagnostisches Hilfsmittel zur rechtzeitigen Erkennung neuropathischer Anlage hat Möbius einleitend noch verschärft, und mit vollem Recht. Die Beobachtungen de Sanctis' über die Kinderträume im allgemeinen sind sehr schön und wertvoll. Geradezu classisch in seiner Art aber erscheint mir das letzte Capitel, das von den wunderbaren Träumen handelt. „Wenn man die Thatsachen, welche die modernen Mystiker zum Beweise ihrer Lehren anführen, studiert, so heisst das nicht für den Mysticismus Partei ergreifen.“ Ein goldenes Programmwort, das die medicinische Forschung nicht wieder vergessen sollte! — De Sanctis hat durch sein Buch die ganze, lange Zeit brachgelegene Traumfrage wieder in Fluss gebracht. Seitdem sind schon die bedeutsamen Publicationen Freuds (vergl. meinen Bericht über Psychologie in dieser Zeitschrift, 1901, Heft XII) erschienen, und so bald wird die Debatte nun nicht wieder zur Ruhe kommen. Mögen sich dann unsere Anschauungen noch wesentlich umgestalten: grundlegend vor allem durch sein schönes Material ist das vorliegende Buch gewesen.

Ernst Gystrow.

Notizen.

In dem Aufsatz Paul Göhres: **Das religiöse Problem im Socialismus** (Socialistische Monatshefte, 1902, I. Bd., No. 4, pag 267 ff.), der gegen mich gerichtet ist, giebt es mehrere unklare Punkte und, meiner Meinung nach, direct sich widersprechende Stellen von sehr wichtiger, ja man kann sagen principieller Natur, welche ganz klar zu stellen ich nicht nur für mich und Paul Göhre, sondern auch für den Leserkreis von hoher Bedeutung halte. Um der Sache selbst willen also sehe ich mich gezwungen, Paul Göhre folgende Fragen zu stellen:

1. In dem erwähnten Artikel entrüstet sich Paul Göhre darüber, dass ich ihn verdächtige, die Socialdemokratie „christianisieren“ zu wollen, und klagt mich an, dass ich ihm „nun schon zum zweiten Male Falsches unterschiebe“. In dem vorletzten Absatz seines Artikels erklärt er aber

selber, dass er „auch in Zukunft an dem religiösen Problem im Socialismus arbeiten“ werde, von der Ueberzeugung durchdrungen, dass „gerade“ er bei seiner „Vergangenheit und Vorbildung für diese Mitarbeit“ besonders „berufen“ sei. Wie definiert er aber näher diese seine Missionsarbeit? „Herausschälung des wahren und unvergänglichen Wesens christlicher Religion aus dem Wust und aus dem Missbrauch derselben durch Kirchen, Nachweis, wie wenig dieses wahre Wesen mit aller fortschrittlichen Wissenschaft und Erkenntnis, vor allem mit allem socialistischen Handeln im Widerspruch steht, Nachweis vor allem auch, wie eng es sich mit ihnen vielmehr verschmelzen lässt!“ Und auf Seite 276: „In Zukunft aber wird — das ist meine felsenhafte Ueberzeugung — diese Wechselwirkung zwischen dem geschichtsmaterialistischen Socialismus und der christlichen Religion eine noch viel mannigfaltigere und fruchtbarere werden...“ Ich frage hier: Wonach strebt also Göhre, wenn nicht nach Christianisierung des Socialismus?

2. Wie stimmt das mit einander, wenn Paul Göhre auf Seite 271 behauptet, dass „Weltanschauungen kommen und gehen“, auf Seite 272, dass die Ethik „in stetem Fluss“ sich befindet, im Gegensatz zu nur den Socialismus aufs ernsthafteste davor warnt, „an keine Form von Philosophie seine Zukunft zu ketten“ (NB. an „Ketten“ hat der Schreiber dieser Zeilen niemals gedacht) — und zugleich seinerseits nicht nur dem modernen Socialismus, sondern sogar der ganzen Zukunft die Moral und die Weltansicht eines halbmythischen Jesus, welche vor nahezu 2000 Jahren entstanden, aufwärmste zu empfehlen und zu verbreiten versucht? Sagt er doch auf Seite 275, dass „eine neue socialistische Gesellschaft eine neue Blüte religiösen Lebens im specifischen Gewande der Urlehre Jesu erleben“, dass „wahres Christentum nur bei einer bestimmten grossen geistigen Reife möglich“ und dass diese Reife „erst die socialistische Gesellschaft bringen wird...“ Will also nicht gerade Paul Göhre den Socialismus an eine bestimmte Lehrkette? Und an welche? An die Lehre, die — wie das Fr. Engels, in vollster Uebereinstimmung mit... Fr. Nietzsche, vorzüglich gezeigt hat — für die Zeit „der allgemeinen Erschlaffung und Demoralisation“ als die „passendste Religion“ erschien. (Vergl. Friedrich Engels über Bruno Bauer, und das Urchristentum. Documente des Socialismus, 6. Heft, pag. 253 und 256.)

3. Wie stimmt es mit einander, wenn Paul Göhre im ersten Teile seines Artikels nicht nur jede „Ablenkung“ des modernen Socialismus von seiner praktischen Thätigkeit, (woran niemand denkt), sondern auch jede Erweiterung seiner belebenden und revolutionierenden Wirkung auf das philosophische und ethische Gebiet als „eine Kraftvergeudung sondergleichen“ bezeichnet, wir aber am Schlusse desselben Artikels doch lesen: das religiöse Problem müsse von der Socialdemokratie „gelöst werden bei Strafe einer Stockung der Propaganda und weitem Ausbreitung des modernen Socialismus“ . . . Nebenbei bemerkt, nimmt Göhre die „Lösung“ dieses Problems, allem Anschein nach, zu leicht, da er den Schlüssel dazu in der Hand zu haben glaubt, nämlich seine Lehre Jesu. Mir aber scheint die Sache etwas complicierter zu sein. Und Göhre unterstellt mir mit Unrecht, dass ich das religiöse Problem mit „einigen schönen Declamationen abthun“ wolle. Als wenn nicht gerade ich die absolute Notwendigkeit einer Lösung des religiösen Problems, wie überhaupt einer gründlichen Revision unserer (der socialistischen), in ungeheuerem Rückschritt gebliebenen, Ideologie in meinem Artikel mit besonderem Nachdruck hervorgehoben hätte! Ich meine bloss: religiös werden heisst noch nicht unbedingt Christ werden . . .

4. Paul Göhre sagt weiter: „Der Socialismus ist ein politisches und ökonomisches Programm, aber keine Weltanschauung, keine Sittenlehre, keine Religion“, und dagegen lässt sich gewiss nichts einwenden. Der Socialismus ist selbstverständlich keine Weltanschauung und keine Sittenlehre, aber er muss eine Weltanschauung, eine Sittenlehre haben. Der Socialismus muss sich stützen auf die letzten und höchsten Ergebnisse des ganzen grossen Gebiets der Wissenschaft und Philosophie, das heisst auf eine bestimmte Weltansicht und Sittenlehre. Ich kann mir gewiss einen Socialisten in den Reihen der modernen Socialdemokratie denken, der nicht nur an „wahres“ Christentum, sondern sogar an Spiritismus und Astrologie glaubt, aber das beweist mir nur die grossmütige Duldsamkeit dieser Partei; es gar für natürlich und normal zu halten, vermag ich keineswegs. Und ferner: Sind nicht gerade wir Socialisten besonders dazu berufen, in dieser schweren Zeit der „Umwertung aller Werte“ der Menschheit in ihrem qualvollen Suchen und Streben nach einer neuen Moral und religiösen Synthese zu helfen, das heisst vor ihren Augen

nicht nur einen neuen socialen und politischen Horizont, sondern auch neue ethische und religiöse Ideale zu eröffnen? Ja, neue, nicht alte, — hier eben liegt der Unterschied zwischen uns, Genosse Göhre.

5. Und zum Schluss noch eine Frage: Heisst es nicht den proletarischen Classenkampf „christianisieren“, das heisst schwächen wollen, wenn man ihm den politischen Gegnern gegenüber als Richtschnur eine eminent christliche „Taktik der Geduld, der Belehrung, der Verzeihung, der Mitarbeit“ anempfiehlt, wie das Paul Göhre auf Seite 274 seines Artikels zu thun scheint? Ebenso lesen wir auch auf Seite 274: „Durch den Socialismus werden heutzutage geradezu christliche Eigenschaften, Tugenden, Grundsätze u. s. w. zu neuer Lebenskraft erweckt.“ Unter diesen christlichen Tugenden wird auf derselben Seite der „unbedingten Nächstenliebe“ der erste Platz eingeräumt, demselben Liebet euch unter einander!, das Fr. Engels in seinem Feuerbach als „eine alte Leier, einen allgemeinen Versöhnungsdusel“ bezeichnete, „durch den aus Feuerbachs Philosophie der letzte Rest der revolutionären Stimmung entschwunden sei.“ Derselben Nächstenliebe, über die ich unlängst, zu Ostern, im gemütvollen Leitartikel des Vorwärts das Folgende las: „Das war die gefährlichste Tendenz des Christentums, dass es die Idee der strengen, kämpfenden Gerechtigkeit in das unklare, verwirrende Gefühl des liebeseligen Mitleids erweichte . . . Der Herr, der zum Knecht sprach: Liebe deine Nächsten!, konnte bequemer die Geissel schwingen; dieser christliche Slave war leichter auszubeuten, als der Slave, den man im Namen der Gerechtigkeit belehrte, dass es sein Recht sei, ein Auge zu fordern, wenn ihm der Herr gewalthätig das seine ausgestossen. Dieses Untergehen in unterwürfige . . . Liebe . . . war in der That eine Slavenmoral, aber nicht eine Moral zu gunsten der Slaven, sondern eine Herrenmoral gegen Slaven.“ Diese Nächstenliebe empfiehlt uns Paul Göhre, und er glaubt damit im Geiste der ganzen modernen revolutionären Bewegung zu sprechen. Aus den beiden letzten Stellen ersieht man, meine ich, dass er sich dabei ganz gewaltig irrt, dass eher einmal Georg Herwegh im Geiste dieser Bewegung sprach, als er dichtete:

„Die Liebe kann uns helfen nicht

Die Liebe nicht erretten, —

Halt du, o Hass, dein jüngst Gericht

Brich du, o Hass, die Ketten!“

Eugen Losinsky.